



AFRIKA – der geschundene Kontinent

I. Beiträge zum Schwerpunktthema

<i>Helmut Strizek:</i>	20. Jahrestag des Attentats und das Frankfurter Ruanda-Urteil vom 18. Februar 2014.....	5
<i>Reinhard J. Voss:</i>	Friedenskultur und Versöhnungsarbeit im Kongo	14
<i>Pater Gregor Schmidt MCCJ:</i>	Brief über Lage im Südsudan	33
<i>Pater Gregor Schmidt MCCJ</i>	Interview: „Die Bevölkerung wird doppelt geplündert“	45
<i>Kuno Füssel und Michael Ramminger:</i>	Dem Kapital an die Wurzel	56
<i>Herbert Böttcher:</i>	Kommentar zu „Evangelii Gaudium“ von Papst Franziskus.....	67

II. Aus dem Bistum

<i>Norbert Arntz:</i>	Gott wird geehrt, wo und wenn die Armen leben können	74
<i>Siegrid Wittkamp:</i>	Der Auftrag von Adveniat und sein Beitrag in Deutschland	83
<i>Peter Kopmeier:</i>	60 Jahre LVHS u. 40 Jahre MKW	87
<i>Friederike Bude:</i>	Frieden – Nichts für Feiglinge.....	94
<i>Hans-Joachim Werner:</i>	Leserbrief.....	100
<i>Stefan Leibold</i>	Leserbrief.....	103

III. Hinweise

<i>Termine</i>	aktuelle Übersicht	107
----------------	--------------------------	-----

Herausgeber: PAX CHRPA CHRISTI Bistumsstelle Münster

Breul 23, 48143 Münster, Telefon: 0251/511 420, e-mail: muenster@paxchristi.de

Internet: www.muenster.paxchristi.de

Bankverbindung: Darlehnskasse Münster – Kto.Nr. 3 962 600 – BLZ 400 602 65

Redaktion: Ernst Dertmann, Ferdinand Kerstiens, Stefan Leibold, Eberhard Ockel

Layout: Inga vom Rath

Bildnachweis: Privatfotos (Ernst Dertmann, Peter Kopmeier, Gregor Schmidt, Reinhard Voss, KSHG, PuFo)

Druck: Kleyer-Druck, Münster-Roxel

Liebe Freundinnen und Freunde von Pax Christi,

die mediale Öffentlichkeit richtet sich auf Syrien (manchmal noch), die Ukraine (vielleicht beim Lesen jetzt schon nicht mehr), vielleicht noch Afghanistan und Konflikte, in denen deutsche Politiker und Unternehmen Interesse haben. Die mediale Halbwertszeit ist oft gering, und über das, was tatsächlich in Staaten und Regionen der Welt passiert, erfahren wir oft nichts.

Mit dieser Ausgabe lenkt die Redaktion bewusst den Fokus auf kaum beachtete Konflikte in Afrika. Afrika liegt auf den ersten Blick nicht nur geographisch, sondern auch politisch und ökonomisch weit weg von uns. In fast jedem Land scheint es unlösbare und dramatische Konflikte zu geben, so viel wissen wir. Oft gilt Afrika deshalb als „abgehängter“ Kontinent oder als „Kontinent ohne Hoffnung“. Was oft nicht sichtbar ist, ist die Verstrickung westlicher Politik und Konzerne in die dortigen Konflikte. „Was hat mein Handy mit dem Krieg im Kongo zu tun?“ fragte eine Broschüre der Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“ vor einigen Jahren, und wir lernten einiges über uns selbst. Wir wollen in dieser Ausgabe Einblicke in einige unbekannte und uns fremde Welten geben: wir blicken in die Demokratische Republik Kongo, nach Ruanda und in den Südsudan. Es ist möglich, liebe LeserInnen, dass ihr nicht alles gleich versteht und einordnen könnt. Aber es lohnt auch eine mehrmalige Lektüre.

Der ehemalige Generalsekretär von Pax Christi, Reinhard Voss, berichtet aus der DR Kongo, über die dortige Situation und seine friedensbildenden Maßnahmen. In das Schicksal des Kongo verwoben sind auch die Situation und Politik in Ruanda.

Helmut Strizek bietet uns eine andere Lesart des Völkermords in Ruanda, als wir sie gewohnt sind, und setzt sich kritisch mit der deutschen Justiz auseinander, die in Deutschland Prozesse gegen Ruander führt. Dies führt unweigerlich zu der Frage: Was wissen wir wirklich? Wer

kann uns Deutungen an die Hand geben, weil es über Afrika kaum unabhängige Berichterstattung gibt? Ein anderer Autor könnte die Dinge anders interpretieren.

Schließlich dokumentieren wir zwei Berichte eines Ordensbruders im Südsudan. Auf eine Erfahrung sei verwiesen: Schon der persönliche Kontakt mit einem Menschen, der Mails aus dem Südsudan schreibt, verändert die eigene Sensibilität. Es ist wichtig, dass wir die Menschen in Afrika nicht vergessen, auch wenn Friede dort mehr eine Hoffnung als Realität darstellt.

Außerdem lest ihr in dieser Ausgabe:

- zwei Einschätzungen des Apostolischen Schreibens „Evangelii Gaudium“ von Papst Franziskus: Michael Ramminger und Kuno Füssel freuen sich, dass der Papst Kapitalismuskritik eine gute Vorlage gibt; das findet Herbert Böttcher auch, ist aber der Meinung, dass der Papst den Kapitalismus noch nicht so ganz verstanden hat.
- Dazu passt auch die herausragende Predigt von Norbert Arntz im Politischen Nachtgebet am 21.3.2014, in der er Linien von Oscar Romero zu Papst Franziskus zieht.
- einen Bericht von Peter Kopmeier über 60 Jahre Landvolkshochschule Freckenhorst und 40 Jahre Maximilian-Kolbe-Werk
- einen Bericht von Siegfried Wittkamp über den Studientag der Region östliches Münsterland über den Auftrag von Adveniat
- interessante Einblicke von Friederike Bude über das Treffen der Hochschulgemeinden in Münster
- und zwei Leserbriefe: Hans Joachim Werner kritisiert die Berichterstattung zu Syrien und Stefan Leibold ärgert sich über die Rede von Bundespräsident Gauck bei der diesjährigen Sicherheitskonferenz

Eine interessante und kurzweilige Lektüre wünschen

*Ernst Dertmann,
Ferdinand Kerstiens,
Stefan Leibold,
Eberhard Ockel*

Helmut Strizek

Der 20. Jahrestag des Attentats vom 6. April 1994 und das Frankfurter Ruanda-Urteil vom 18. Februar 2014. Ein Kommentar.

Am Abend des 6. April 1994 wurde das Flugzeug des ruandischen Präsidenten Juvénal Habyarimana bei der Rückkehr von einer Konferenz in Daressalam über Kigali abgeschossen. An Bord befand sich auch der erst kürzlich vom Parlament gewählte burundische Präsident Cyprien Ntaryamira. Neben zwei burundischen Ministern kamen wichtige Mitglieder der ruandischen Militärführung ums Leben. Der ruandische Staat war enthauptet und auch Burundi konnte nicht in den Krieg eingreifen, den die Exil-Tutsi-Rebellenarmee der *Ruandischen Patriotischen Front (RPF)* einige Stunden danach im entstandenen Machtvakuum mit dem Ziel der Eroberung der Macht begann. Die RPF wurde 1987 von der zweiten Generation der Exil-Tutsi, deren Eltern nach der Abwahl des Königtums und der Machtverschiebung zugunsten der Hutu-Mehrheitsbevölkerung das Land verlassen hatten, in Uganda gegründet.

Die jungen Exil-Tutsi hatten Yoweri Museveni bei der Machteroberung 1986 geholfen. 1988 hatte die RPF bei einer von ihren amerikanischen Sympathisanten unterstützten Konferenz in Washington die bewaffnete Wiedereroberung der von ihren Eltern verlorenen Macht in Ruanda beschlossen. Ihr Angriff vom 1. Oktober 1990 endete mit einer auch durch französische Hilfe bewirkten Niederlage. Museveni half ihnen aber mit neuer Führung unter Paul Kagame mehrere neue Angriffswellen vorzubereiten. Die USA verhinderten im Februar 1993 noch den schon greifbaren militärischen RPF-Sieg und traten für eine Machtteilung ein, die am 4. August 1993 tatsächlich vereinbart wurde. Inzwischen hatte sich in der Clinton-Administration aber der Museveni-Sympathisantenkreis durchgesetzt und verhinderte die Entsendung amerikanischer Soldaten in

die im Arusha-Abkommen vereinbarte UNO-Friedenssicherungstruppe UNAMIR.

Das war das Signal, dass die USA nun offiziell den Sieg der RPF zu unterstützen begannen. Ein Hindernis stellte noch der nach der Ermordung des ersten Hutu-Präsidenten Melchior Ndadaye in Burundi am 21. Oktober 1993 wiedererstarkte ruandische Präsident Habyarimana dar. Dieses Hindernis wurde am 6. April 1994 per Attentat beseitigt.

Mit der danach einsetzenden Aggression brach die RPF den gültigen Arusha-Friedensvertrag. Die westliche Welt unternahm nichts, als während des schließlich am 17. Juli 1994 siegreich beendeten RPF-Vormarsches Hunderttausende Inlands-Tutsi vornehmlich von marodierenden Hutu-Jugendbanden massakriert wurden. Um nicht eingreifen zu müssen, dekretierte die Clinton-Administration, die Massaker dürften nicht Völkermord genannt werden. Damit die vorhandenen UNO-Friedenssicherungs-Blauhelmsoldaten nicht auf die Idee kommen konnten, zum Schutz der bedrohten Tutsi einzugreifen und somit den RPF-Vormarsch zu behindern, setzten Washington und London am 21. April 1994 im UNO-Sicherheitsrat zusätzlich die Reduktion dieser Blauhelmsoldaten von ca. 2.500 auf eine symbolische Zahl von 270 Soldaten durch. Das Schicksal der ruandischen Inlandstutsi war damit besiegelt. Die westliche Welt hatte sie ihren strategischen Interessen geopfert.

In Washington hat man die am 9. April 1994 in Kigali gegründete und danach auf der Flucht befindliche Interimsregierung beschuldigt, sie hätte den Tutsi-Völkermord geplant und nichts gegen die marodierenden Mörderbanden unternommen. Die Wahrheit ist: Washington hat alles getan, um einen von ihr geforderten Waffenstillstand zu verhindern. Nur unter solchen Bedingungen wäre diese eher als Nicht-Regierung zu bezeichnende Vertretung des Reststaates in der Lage gewesen, dem Morden Einhalt zu gebieten. So aber konnte sie während des Vordringens der RPF-Armee nichts tun und ließ sich später vor dem vom UN-Sicherheitsrat schon am 8. November 1994 gegründeten Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda mit Sitz in Arusha hervorragend als Sündenbock nutzen.

Wie viele Tutsi zwischen dem 6. April und dem 17. Juli 1994 umgebracht wurden, weiß man nicht. Den von den Siegern in Umlauf gebrachten

Opferzahlen von bis zu einer Million ist zu misstrauen. Aber sicher ist, dass es sich bei den mehreren Hunderttausend Tutsi-Opfern um einen Völkermord gehandelt hat. Ob auch die während des RPF-Vormarsches nachgewiesenen zivilen Hutu-Opfer als Teil eines Völkermords anzusehen sind, wird vom Unterstützerkreis der Siegermacht – also auch allen seither amtierenden deutschen Bundesregierungen – zurückgewiesen. Außenminister Kinkel setzte auch mit SPD-Unterstützung die Anerkennung der neuen Militärdiktatur und den Verzicht auf Forderungen nach schneller Demokratie durch. Dabei blieb es bis heute. Im Zentrum des Schutzes der Kagame Diktatur – seit 2003 mit einer Verfassung nach dem DDR-Modell regierend – steht nach wie vor die Clinton-Stiftung mit ihrem weit verzweigten Einflussystem. Dieses konnte auch die Verurteilung der vier seit 1996 von der „vereinten ruandisch-ugandischen Diktatorenunion“ geführten Kongo-Kriege verhindern. Im ersten dieser Kriege wurden 1996/1997 unter den Augen der Weltöffentlichkeit mehrere Hunderttausend zivile Hutu-Flüchtlinge von RPF-Soldaten vernichtet.

Die Clinton-Administration und danach alle US-Regierungen konnten durchsetzen, dass bisher keine internationale Untersuchung des Attentats vom 6. April 1994 – wieder von allen deutschen Regierungen unterstützt – durchgeführt wurde. Das ist zur Aufrechterhaltung der in Umlauf gebrachten offiziellen Lesart der ruandischen Ereignisse erklärlich. Wären nämlich die beiden Präsidenten Habyarimana und Ntaryamira von der RPF ermordet worden, wofür erdrückende Beweise vorliegen, wäre die offizielle These, extremistische Hutu hätten den kompromissbereiten Präsidenten Habyarimana zur Ausführung eines von ihnen seit langem geplanten – von Frankreich unterstützten – Tutsi-Völkermords umgebracht, hinfällig. In das Washingtoner Erklärungsschema passt auch die Beseitigung des burundischen Hutu-Präsidenten nicht. Kein Hutu-Extremist hätte ihn umgebracht, da er beim Kampf gegen die RPF hätte hilfreich sein können. Aber das hat das „letzte Rom“ nicht davon abgehalten, seine Hutu-Extremistenthese allen Verbündeten mit großem Aufwand „aufzudrücken“. Wer sie in Frage stellte, wurde als Freund der Hutu-Völkermörder verunglimpft.

Als ziemlich effizientes Instrument zur Etablierung der einheitlichen Sichtweise erwies sich das Arusha-Gericht, das Ende 2014 nach zwan-

zigjähriger Tätigkeit seine Pforten schließen soll. Damit mit dem Ende dieses Instruments die offizielle These vom Tutsi-Völkermord durch Hutu-Extremisten nicht völlig in Vergessenheit geraten kann, gelang es dem vom Clinton-Clan gesteuerten Kagame-Freundeskreis weltweit, so auch in Deutschland, Prozesse gegen Hutu-Exil-Ruander zu veranlassen, die mittels Beweismaterials und Zeugen aus Kigali deren Implikation in den Hutu-Extremisten-Tutsi-Völkermord gerichtlich verankern sollten.

Derartige Verurteilungen sind in Belgien schon 2000 erfolgt, wobei die Urteile gegen zwei katholische Ordensschwestern damals noch ganz besonders gut in das allgemein verbreitete Schema einer Mitschuld der katholischen Kirche am Tutsi-Völkermord passte. Verurteilungen erfolgten in vielen Ländern und so ist verständlich, dass es Kagame ein Dorn im Auge war, wenn sich Deutschland lange derartigen Prozessen versagte.

Aber als Bundespräsident Köhler nach seinem Besuch im Februar 2008 in Kigali Kagame schon im April 2008 zum Staatsbesuch in Berlin empfing, nutzte Kagame die Gelegenheit die Bundesregierung zu attackieren. Man hatte in Berlin geglaubt, der Erlass einer Abschiebehaft von Onesphore Rwabukombe am Tag des Beginns des Staatsbesuchs würde ausreichen. Insbesondere versprach die Bundeskanzlerin, sich der Frage der in Deutschland lebenden FDLR-Chefs Ignace Murwanashyaka und Straton Musoni anzunehmen und „ermunterte“ danach die Generalbundesanwaltschaft tätig zu werden.

Als die Staatsanwältin Becker-Toussaint beim Frankfurter Oberlandesgericht am 6. November 2008 die Auslieferung nach Ruanda ablehnte und Rwabukombe frei ließ, war die Aufregung in Kigali groß. Die Generalbundesanwaltschaft setzte am 23. Dezember 2008 seine erneute Verhaftung durch. Der Bundesgerichtshof hob jedoch am 14. Mai 2009 die Untersuchungshaft aufgrund mangelnden Tatverdachts auf und ließ ihn frei.

Die deutsche „Justizmaschine“ ruhte aber nicht und bereitete jetzt einen Prozess in Deutschland vor. Rwabukombe wurde am 26. Juli 2010 erneut – diesmal dauerhaft - inhaftiert. Die Generalbundesanwaltschaft verfasste auf der Grundlage des Haftbefehls aus Kigali eine Anklage-

schrift und setzte Ende 2010 vor dem Staatsschutzsenat des Frankfurter Oberlandesgerichts einen Prozess durch.

Frankreich, das sich lange gegen den Druck aus Washington gewehrt hatte und dessen Beziehungen zu den USA unter Präsident Chirac wegen des Irak-Kriegs 2003 ohnehin auf dem Nullpunkt waren, gab als letztes Land nach und beraumte für den 4. Februar 2014 vor dem Pariser Schwurgericht einen auf nur wenige Wochen angesetzten Prozess gegen den früheren ruandischen Offizier Pascal Simbikangwa an.

Wie erwartet, fällt der Frankfurter 5. OLG-Strafsenat - rechtzeitig vor dem zwanzigsten Jahrestag des Beginns des Tutsi-Völkermords - unter Vorsitz von Thomas Sagebiel, der für mich während des Verfahrens nach anfänglicher Wertschätzung zum „Richter der traurigen Gestalt“ wurde, sein Urteil gegen Onesphore Rwabukombe. Er wurde zu 14 Jahren Gefängnis wegen Beihilfe an einem vom Gericht festgestellten Massaker gegen Tutsi im Gelände der Kirche von Kiziguro am 11. April 1994 während des Vormarschs der später siegreichen Kagame-Armee verurteilt.

Das Gericht präsentierte dies als mildes Urteil im Vergleich zur Forderung der Generalbundesanwaltschaft, die eine lebenslängliche Strafe in besonders schwerem Fall gefordert hatte. In einer Presseerklärung des Gerichts heißt es: „*Eine Verurteilung wegen täterschaftlichen Völkermordes konnte nicht erfolgen, weil das Gericht nicht mit ausreichender Sicherheit feststellen konnte, dass dem Angeklagten beim Massaker eine derart wesentliche Funktion zukam, dass er durch seinen Tatbeitrag Tatherrschaft über diejenigen hatte, die die Tötungen unmittelbar ausführten. Deshalb hat das Gericht den Angeklagten in Anwendung des Grundsatzes „in dubio pro reo (Im Zweifel für den Angeklagten)“ der Beihilfe zum Völkermord schuldig gesprochen.*“ Diese verklausulierte Formulierung verdeckt, dass es keinen einzigen zweifelsfreien dokumentarischen Beweis für den Ablauf der Ereignisse im Kirchengelände von Kiziguro und die Anwesenheit des Angeklagten am 11. April 1994, dem Tag des in der Anklageschrift beschriebenen Kirchenmassakers, gab.

Das Urteil und die Tathergangsbeschreibung beruhen auf Aussagen von Belastungszeugen, die unter den Bedingungen der Kagame-Diktatur in

Ruanda leben. Am Tag der Verurteilung konnte man in der Süddeutschen Zeitung lesen, nach Ansicht des Marburger Strafrechtlers Christoph Saferling sei „kein einziger wirklich überzeugender Zeuge“ dabei gewesen. Weniger verständlich ist sein Hinweis, es habe aber auch „keine wirklich überzeugende Entlastung“ gegeben. Will er sagen, dass von nun an ein Angeklagter seine Unschuld beweisen muss, wo man doch allgemein davon ausgeht, dass die Anklage die Schuld eines Verdächtigen zweifelsfrei beweisen muss?

Zusätzlich beruht die Verurteilung auf einem Urteil des Arusha-Gerichts gegen den früheren Bürgermeister Jean-Baptiste Gatete aus der gleichen Region. Aber auch dort konnte kein Beweis für die Anwesenheit Gattes oder seines zeitweiligen Kollegen Onesphore Rwabukombe am 11. April 1994 in Kiziguro erbracht werden. Gatete ist ausschließlich auf der Basis der Aussagen von problematischen Zeugen aus Kigali verurteilt worden, die die Arusha-Richter für glaubwürdig gehalten haben. Das gleiche Muster liegt auch in Frankfurt vor: Der Senatsvorsitzende Thomas Sagebiel erklärte, die Form der Betroffenheit der zentralen Belastungszeugin unterstreiche ihre Glaubwürdigkeit. Ich kam bei der Anhörung dieser jungen Frau zu einem anderen Schluss. Es war völlig unplausibel, dass sie bei der beschriebenen lärmhaften Situation mit etwa tausend Personen im Kirchengelände wörtliche Befehle von Onesphore Rwabukombe verstanden haben könnte.

Das Urteil wurde vor dem Hintergrund der über Jahre durchgehaltenen Weigerung des Gerichts gefällt, sich mit dem komplexen politischen Geschehen des ruandischen Völkermords im Sommer 1994 zu befassen. Diese Weigerung wurde dem Gericht durch den am Beginn des Verfahrens erklärten Verzicht der Verteidigerinnen auf einen „politischen Prozess“ erleichtert.

Die Richterbank hatte offenkundig selbst Zweifel über die Einordnung dessen, was ihr die Belastungszeugen vorgetragen haben. Man hat den Eindruck, die Richterinnen und Richter hätten mit dem Hinweis, sie hätten ein mildes Urteil nach dem Prinzip „im Zweifel für den Angeklagten“ gefällt, ihr Gewissen für die mangelnde Suche nach der historischen Wahrheit entlasten wollen.

Sicher ist, die Richterinnen und Richter in Frankfurt waren auf einen solchen politischen Prozess nicht vorbereitet. Das sagen sie selbst in ihrer Presseerklärung: „*Das Verfahren war wegen der umfangreichen und schwierigen Beweisaufnahme sehr aufwändig und langwierig. (...) Die Organisation der Beweisaufnahme war mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, insbesondere weil die in Ruanda lebenden Zeugen zunächst aufgesucht, ihre Reisebereitschaft und -fähigkeit ermittelt und die Reisen der Zeugen organisiert werden mussten.*“ Diese allen vorher bekannten Schwierigkeiten enthoben die Richterbank aber nicht der Pflicht, das Geschehen politisch einzuordnen, oder dem Antrag der Verteidigung auf Freispruch mangels Beweisen zu folgen. Die Verteidigung hat einen Revisionsantrag beim Bundesgerichtshof angekündigt.

Dass es von Anfang an um deutsche Politik ging, zeigt der Zusammenhang zwischen der ersten Verhaftung des Angeklagten am 24. April 2008 und dem Staatsbesuch, zu dem Bundespräsident Köhler den ruandischen Diktator eingeladen hatte. Ruanda hatte schon 2007, als sich abzeichnete, Onesphore Rwabukombe werde einen Prozess zur Gewährung von politischem Asyl in Deutschland gewinnen, einen internationalen Haftbefehl mit dem Ziel der Auslieferung des ehemaligen Bürgermeisters ausgestellt. Dieser Antrag wurde von der deutschen Justiz bis zum Staatsbesuch allerdings dilatorisch behandelt. Erst nach dem Staatsbesuch und den erwähnten öffentlich an die Bundeskanzlerin gerichteten ruandischen Vorwürfen, war die Generalbundesanwaltschaft bereit, dem politischen Druck zur Ermittlung gegen Onesphore Rwabukombe nachzugeben. Oberstaatsanwalt Ritscher hat sich dann der Sache mit ungewöhnlicher Zähigkeit angenommen - von Dominic Johnson, dem englischen Afrikaredakteur der *tageszeitung*, ermuntert und getrieben.

Das Urteil spiegelt die Erwartungen an einen deutschen Staatsschutzsenat wider. Dass es der Anklage wohl weniger um Wahrheitsfindung, als um einen politischen Abschreckungseffekt ging, lässt die Erklärung von Generalbundesanwalt Harald Range nach dem Urteil vermuten: „*Das Urteil gibt uns Rückhalt für weitere Verfahren und zeigt, dass niemand damit rechnen kann, als Verantwortlicher für Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Deutschland einen ‚sicheren Hafen zu finden‘.*“ Ich

werde den Eindruck nicht los, dass die deutsche Justiz, die in der Bundesrepublik so kläglich versagt hat bei der Verfolgung von Nazitätern, nun ihre Zuverlässigkeit beim Kampf gegen Völkermörder beweisen wollte. Dass sie Anlass dazu hat, hat die Rede von Ralph Giordano am 13. Juni 2013 bei der Vorstellung des Zwischenberichts zur Aufarbeitung der Rolle der „Rosenburg“, dem ersten Sitz des Justizministeriums in Bonn, gezeigt. Dafür konnte als Sündenbock ein in die Mühlen der Weltgeschichte geratener ruandischer Hutu-Bürgermeister gut erhalten, der vom ersten Tag seines Prozesses an – ganz besonders durch den Vertreter der Nebenkläger aus Kigali – vorverurteilt war.

Der von mir wegen seiner unlogischen Schuldzuweisung an die von Clinton sabotierte Interimsregierung für den Tutsi-Völkermord nicht sehr geschätzte französische Soziologe André Guichaoua hat in diesem Fall wohl recht. Es sei offenkundig, dass Deutschland im Hinblick auf den 20. Jahrestag des Attentats vom 6. April 1994 eine Verurteilung eines am Tutsi-Völkermord Schuldigen vorweisen wollte. Das heißt mit anderen Worten: Deutschland fühlte sich verpflichtet, noch rechtzeitig vor diesem Jahrestag seine Solidarität mit dem von der Clinton-Administration gegründeten „Club der Rechtgläubigen“ unter Beweis zu stellen. Aber wer wird da geschützt? Ist Paul Kagame der größte afrikanische Staatsmann, von dem Clinton bei seinen zahlreichen Besuchen im Land der Sieger immer spricht? Oder handelt es sich um einen von ihm geschützten Diktator, weil nur er Clintons Verantwortung für das Geschehen 1994 vertuschen kann? Dass es sich um eine üble Diktatur handelt, wagt man in Berlin nur unter vorgehaltener Hand zu sagen, weil es politisch unkorrekt ist. Man weiß, um nur ein Beispiel zu nennen, welche Schande die Verurteilung von Victoire Ingabire Umuhoya am 13. Dezember 2013 zu 15 Jahren Gefängnis ist, deren einziges Verbrechen der Versuch zur Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen 2010 war. Man erwähnt einfach den UNO-Bericht nicht, der die Vernichtung von mehreren Hunderttausend zivilen Hutu-Flüchtlingen durch ruandische und ugandische Soldaten im ersten Kongo-Krieg 1996/1997 faktisch als Völkermord beschreibt. Ob diese Grundsolidarität mit den Militär-Diktatoren Kagame und Museveni auch nach der Unterzeichnung – gegen offiziellen amerikanischen Widerstand, aber unter dem Beifall der amerikanischen protestantischen Fundamen-

talisten – des gegen Menschen mit gleichgeschlechtlicher sexueller Orientierung gerichteten Gesetzes durch den ugandischen Staatspräsidenten am 24. Februar 2014 so bleibt, wird man sehen.

Ich vermute aber, dass Kagame auch nach dem 20. Jahrestag des Beginns des von der Clinton-Administration dirigierten Kagame-Machteroberungs-Kriegs nach dem Attentat vom 6. April 1994 noch eine gewisse Schonzeit genießen wird. Ein Umdenken ohne eine veränderte Position der atlantischen Welt ist auch bei der Regierung der Großen Koalition nicht zu erwarten.

Das dürfte auch für den Versuch der deutschen Justiz gelten, mit den im Sinn des Diktatoren-Duos und auf ihre Initiative hin gegen die Chefs der FDLR in Stuttgart und gegen drei weitere Hutu wegen Unterstützung dieser Organisation in Düsseldorf in Gang gesetzten Prozessen, einen weiteren Beweis für deutsche Gutwilligkeit zu erbringen.

Dr. Helmut Strizek studierte Politische Wissenschaft, Geschichte und Französisch. 1980-83 war er bei der Delegation der Europäischen Gemeinschaft in Ruanda vertreten und zwischen 1987 und 1989 zuständig für die Projektbearbeitung der Länder Ruanda und Burundi im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ).

Reinhard J. Voss:

Friedenskultur und Versöhnungsarbeit im Kongo



Liebe Freundinnen und Freunde von PAX CHRISTI im Bistum Münster: Gern möchte ich der Bitte der Redaktion entsprechen und für euch anlässlich meiner Rückkehr aus dem Kongo im Juni d.J. in geraffter Form über meine Zeit im Zivilen Friedensdienst dort berichten, den ich als Berater der Bischöflichen Kommission „Justice et Paix“ dort von November 2010 bis Juni 2014 ableistete. In diesem Rahmen habe ich immer wieder auch Dokumente der katholischen Bischöfe übersetzt, aus denen

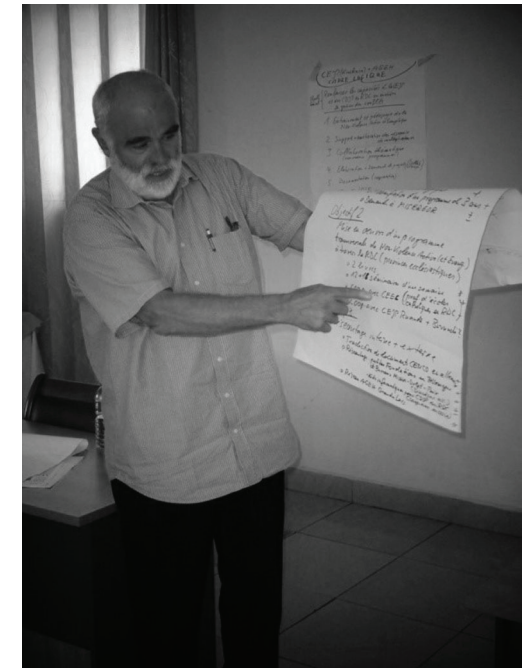
deutlich zu machen war, dass die Kirche mutig Stellung gegen Unrecht und Unfrieden, unnötiges Leiden und Sterben bezieht und wie sie das tut. Sie ist in meine Augen die größte, stärkste und glaubwürdigste Oppositionskraft im Lande, neben vielen NGOs. Und Kardinal Laurent Monsengwo von Kinshasa war ja unser internationaler PAX CHRISTI-Präsident, bevor er vorletztes Jahr Kardinal wurde und die Aufgabe abgab. Kinshasa ist die 10-Millionen-Stadt, wo ich mit meiner Frau Margret wohnte und von wo ich den ganzen Riesen-Kongo bereiste, so groß wie Westeuropa! Ich war wohl fast in der Hälfte aller 47 Diözesen, meistens um Wochenseminare zur Gewaltfreiheit zu geben.

Zum Einstieg

War ich doch erstaunt, als ich hier im Kongo anfang, zum Thema Gewaltfreiheit zu recherchieren, diese „6 Grundsätze“ in den Papieren der Nachbarkommission für die hiesigen Katholischen Schulen in der DR Kongo zu finden; fangen wir also damit an.

Die fünf Grundsätze zur aktiven Gewaltfreiheit der Bischöflichen Kommission Christliche Erziehung, DR Kongo (1998; von mir ins Dt. übersetzt)

1. Die Gewaltfreiheit ist eine Lebensweise, ein **aktives Widerstehen** gegenüber dem übel und der Ungerechtigkeit, **verwurzelt im Gebet**. Ein Gewaltfreier kann sich weder an ein Übel gewöhnen noch vor dem Unrecht schweigen.
2. Die Gewaltfreiheit sucht **Freundschaft** aufzubauen und die verschiedenen sozialen Gruppen miteinander zu versöhnen.
3. Die Gewaltfreiheit sucht die Ungerechtigkeit zu besiegen und **nicht die Person**. Sie sieht, dass auch die Verantwortlichen für ein Unrechtssystem selber Opfer sind. Niemand hat das Recht, sie zu beleidigen, zu schlagen, zu verletzen, zu töten.
4. Die Gewaltfreiheit kann **den Feind** erziehen, verändern und manchmal sogar **bekehren**. Ein Gewaltfreier akzeptiert das Leiden und selbst den Tod, aber **er fügt dem anderen keine Gewalt zu**; er antwortet so nicht auf die Provokation.
5. Die Gewaltfreiheit **wählt die Liebe** und lehnt den Hass ab; sie wählt die **Wahrheit** und lehnt die Lüge ab. Ein Gewaltfreier lehnt allen Gehorsam gegenüber Autoritäten ab, die dem Volk Gewalt antun.



Dr. Reinhard Voss in seinem Element beim Vortrag in Bujumbura (Burundi), Dez. 2013

6. Ein/e Christ/in im Geiste des Evangeliums will nicht der Öffentlichen Meinung gefallen, oder denen, die die Macht haben. Im Gegenteil: manchmal muss diese/r den **Weg des Widerstandes** gehen. Er/Sie wagt dann Dinge zu sagen, die anderen nicht gefallen und die ihm/ihr sogar **Nachteile bringen**. „Ihr sollt nur Gott fürchten » (Lk 15,5). Ihr sollt nur Gott gefallen. Ihn sollen wir lieben, und es ist Gott, der von uns fordert, unseren Nächsten zu lieben wie uns selbst (Mt 22,36-40).

Quelle: CEEC/ Commission Episcopale de l'Education Chrétienne (Hg.), Abbé Laurent MAY MUKE, Paul DELANAYE cism, Violence, non-violence et pillage [Gewalt, Gewaltfreiheit und Plünderung], Kinshasa 1998, 48 S., S. 27)

1. Zur Situation hier vor Ort in der DR Kongo: BESCHREIBUNG

Im „großen“ ehemals belgischen Kongo, der Demokratischen Republik Kongo leben etwa 70 Mio Menschen auf einer Fläche, die der Westeuropas gleicht. In den weiten Urwaldgebieten gibt es nur 2 Einwohner /qkm. Es gibt eine Landflucht in die Städte hinein; die Hauptstadt Kinshasa im Westen hat mindestens 10 Mio Einwohner, bei schlechter Infrastruktur, außer in den zentralen Wohngebieten von Gombe und dem Industrieviertel von Limete. Die zweitgrößte Stadt ist im Südosten die Hauptstadt der Provinz Katanga, Lubumbashi, mit mehreren Mio. Einwohnern, sowie die beiden bekannten Städte im Osten, den Hauptstädten der Provinz Nordkivu, Goma, und Südkivu, Bukavu. Auch im Innern findet man Städte mit mehr als einer Mio Einwohner, wie etwa Mbuji Mayi im Ost-Kasai oder Kisangani in der Orient-Provinz im Nordosten.

In den Ostprovinzen, den beiden Kivus sowie in den angrenzenden Gebieten der Provinzen Orientale und Maniema, aber auch noch im südlichen Katanga, gibt es bis heute Unruhen, Überfälle, die meisten Vergewaltigungen und Dorfüberfälle. Dort ist auch der Einsatz geraubter und gedrillter Kindersoldaten am häufigsten.

Das Schul- und Krankenhaus-System der Kirchen hält einen gewissen landesweiten Standard, während staatlicherseits bestenfalls in der Haupt-

stadt von guter Versorgung gesprochen werden kann. Aber die ist für viele Familien unerschwinglich! Ebenso ist es mit dem horrenden Schulgeld, das für viele kinderreiche Familien nicht zu zahlen ist und zu Verweisen von Schulen und Universitäten führt. Die Hälfte der Bevölkerung von heute ist unter 18 Jahren!! Es ist dringend, Lösungen zu finden. Die neue Regierung unter Matata Ponyo scheint seit 2 Jahren Wege zu finden, ist aber stets durch Intrigen, Korruption etc. gefährdet.

Das Jahr 2015 wird zeigen, ob es zu den seit Jahren fälligen Neuwahlen auf Provinz-, Kreis- und Ortsebene kommt, bevor dann 2016 erneut das Nationalparlament und der Präsident gewählt werden sollen. Die Demokratie hinkt noch sehr, und zeigt vor allem noch keine wirtschaftlichen Erfolge, die die 90% Armen aufatmen ließe.



So sehen die Dörfer im Osten nach den Rebellen-Überfällen aus; hier Masisi im Nord-Kivu (Feb. 14)

Eine typische Tagebuchnotiz vom 26.3.2012

Die Tagung der diözesanen Justitia et Pax-Kommissionen zusammen mit den Frauen der „dynamique femme“ mit etwa über 100 Teilnehmenden ging von Sonntag bis Donnerstag zum Thema *Wahlen und Kernfragen der Regierungsführung*. Ein Nationales Treffen zur Stärkung der Kommissions-Mitglieder aus allen 47 Diözesen und aus deren Netzwerken der „Frauen-Dynamik für den Frieden in der DR Congo“.

Ein paar Alltagseindrücke:

- Ein Arbeiter auf der Baustelle im Kirchenzentrum tanzt um seinen Betonmischtopf herum, als sei es ein Lagerfeuer oder ein Dorfplatz und singt dabei; Singen bei der Arbeit erklingt auch hinter unserem

Haus des öfteren; Versüßen des Billiglohns?! Vielmehr eine bescheidene Lebensfreude...

- Mich freut z.B.: der Käse von Goma, das Bier der Marke Primus, die Herzlichkeit vieler Leute; die Tatsache, dass unser großer Autoaufkleber auf beiden Türen die Polizisten spürbar davon abhält, uns weiter um Geld zu bedrängen – wegen meist vorgeschobenen angeblichen Verkehrsregel-Verletzungen. Bei „deutsch-kongolesischer Kooperation“ befürchten sie wohl selbst Komplikationen mit ihren Vorgesetzten! – Und dass ich einem jungen Kellner seine Weltuntergangs-Ängste für 2012 nehmen konnte (in Sektenkreisen hier verbreitet) – mit dem Argument, dann wären wir sicher schon zurück zu unseren Kindern und Enkeln nach Deutschland gefahren! Weniger mit dem Argument, dass dies schon so oft vorhergesagt, aber auch schon oft genug in den menschen-gemachten Katastrophen durchlebt wurde.
- Mich nervt z.B.: das ungenaue Arbeiten vieler Handwerker ohne „Rück-Blick“ auf das fertig gestellte Arbeitsergebnis; die Verantwortungslosigkeit im Verkehr – auch ohne Rückblick und Rücksicht, aber doch mit hoher Präsenz, immer „in letzter Sekunde“; die Gerissenheit vieler Leute, wenn's um Geld geht; das Angebettelt-werden besonders auch von Kindern und Jugendlichen; die selbst ernannten „Autobeschützer“, die beim Abfahren Geld erwarten; vieles, was lange „hängt“ und dann in letzter Minute geschehen muss, gerade auch in der Vorbereitung der großen Tagung.

Tagebuchnotizen vom Anfang: „ANKOMMEN IN EINEM DURCHAUS SEHR FREMDEN LAND“

Freitag, 5.11.2010, dem ersten Tag im Kongo: Der Freitagmorgen war ganz eigenartig, irgendwie zerfahren und geprägt vom Suchen vieler Kleinigkeiten und Wichtigkeiten in dem doch noch großen Zimmerchaos; das nervte mich so, dass ich lieber vorschlug, noch zum Abschlussteil der Kirchentagung zu fahren. Margret wollte lieber bleiben und uns bei der Botschaft im Internet anmelden etc. Ich bekam nochmals einen Fahrer geschickt und erlebte noch mehrere Vorträge aus der ersten Reihe sozusagen, weil ich mich auf die persönliche Einladung des Unidirektors bezogen hatte, die er uns am Vortag aussprach – in gutem Deutsch; er hat

wie manch anderer in der Runde in Deutschland studiert. In der Pause erlebte ich so manchen Studenten, der interessiert anfragte, woher und warum ich gekommen sei. Die ausführliche Tagungs-Zusammenfassung von Sr. Marie-Bernard ermöglichte mir noch einen guten Gesamtüberblick; (werde ich extra aufschreiben). Aus der Rede des Unidirektors Prof. Matand freute mich besonders der Satz, die Kath. Uni sei mit ihrem neuen « Institut Panafricain Cardinal Martino » ein “wahres Laboratorium für die Friedensarbeiter in Afrika” –pour les artisans de paix de l’Afrique. Mit diesem Institut bzw. In diesem Institut werde auch ich mit arbeiten; es ist grad ein knappes Jahr alt.

Sonntag, 7.11.2010: Am Sonntagmorgen pünktlich um neun zur kath. Kirche St. Anne beim alten Bahnhof, wo kaum ein Zug fährt. Gut zwei Stunden Gottesdienst nach lateinischem Ritus seitens des Chores und der Responsorien zwischen Priester und Gemeinde, ansonsten Französisch. Vorher ist eine Messe auf Lingala, nachher eine Jugendmesse ganz in Franz. – so wohl jeden Sonntag. Wir wurden sehr freundlich vorher und nachher empfangen; die Leute und der Priester freuten sich zu hören, dass wir zur Unterstützung ihrer Kirche in den Kongo gekommen sind.

Besonders berührte uns der Gesang der Seligpreisungen zum Allerheiligentag – genau derselbe von uns geliebte vierstimmige Satz, mit dem uns die Gemeinschaft und unsere Nachbarschaftsgruppe vor kurzem aus Deutschland verabschiedet hatte. Mir kamen fast die Tränen wegen dieses schönen Bogens und das sagten wir auch nach dem Gottesdienst noch dem alten Chorleiter zu dessen großer Freude. Man begleitete uns zum großen zentralen Boulevard du 30 juin und wir fuhren per Handzeichen mit einem sog. Privattaxi zurück.

9. bis 12. November: Vier Tage zum Flughafen, um das Gepäck zu holen, Sandra hat drei Wochen gebraucht, Annette 5 Tage. Die beiden kamen mit 600 bzw. 250 Dollar davon. Dabei wurde Annette zur Einwanderin und ich zum Geschäftsmann gemacht. Meine “Option” ist leider teurer geworden, weil unsere Koffer recht willkürlich nach den vorliegenden Listen als Waren und nicht nur persönliches Eigentum bewertet wurden. Es hat uns ohne die Gebühren für den Agenten Jean Paul 1.148 Dollar gekostet.

Mit Fahrer Jav habe ich mich intensiv über den Ruandakonflikt unterhalten. Er hat nach 16 Jahren immer noch gegenüber den Tutsis ein tiefgehendes Unverständnis. „Diese gehören nicht zu den Bantuvölkern wie die Kongolesen und die Hutus.“ Eine uralte Last, die mich an die deutsche und an die Leidensgeschichte seiner Nachbarvölker erinnert. Ich meinte, wir sollten in ein paar Jahren doch mal nach Ruanda fahren und er lächelte etwas müde und doch vielleicht hoffnungsvoll, hat er doch seit vielen Jahren seine Verwandten dort nicht mehr gesehen. Auch hier sah ich wieder Parallelen in Europa und erzählte, dass es 20 Jahre dauerte, bis 1964-5 in Deutschland der erste Naziprozess gegen Eichmann über seine Untaten in Polen zustande kam.



Eine Seminargruppe mit Reinhard Voss (hinten links) bei einem Wochenendseminar zur „Gewaltfreiheit nach dem Evangelium“ in Mbuja Mayi (Ost-Kasaï). Februar 2014

Voss wurde bei diesem Seminar in Mbuja Mayi „Voss Mutombo“ von den Teilnehmenden getauft (d.h. in der Chilubasprache: Pacificateur = Friedensstifter“)

2. Zu meinem Auftrag seitens der AGEH¹ Köln und hier im Rahmen der CEJP² der kongolesischen Bischofskonferenz: BEGRÜNDUNG

Warum bin ich hierher aufgebrochen zum Zivilen Friedens-Dienst (ZFD) im Krisengebiet Zentralafrikas; wo und wie ist die Basisarbeit konkret sichtbar? Die gemeinschaftliche Bilanz mehrerer AGEH-Projekte im ZFD sah nach meinen ersten zwei Jahren offiziell so aus:

- I. *Versöhnungsinitiativen für friedliche Konfliktlösungen auf Basisebene in Ruanda, Burundi und den Provinzen Nord und Süd-Kivu in Ost-Kongo sowie durch grenzübergreifende Aktivitäten in der DR Kongo, Ruanda und Burundi sind nachhaltig gestärkt.*
- Durchführung von Friedenstrainings, Konfliktbearbeitung, Sensibilisierungs-Maßnahmen zu gewaltfreien Konfliktlösungsansätzen, gewaltfreier Kommunikation und Trauma-Arbeit.
- Durch Gendertrainings wurde über Frauenrechte aufgeklärt, Konfliktbearbeitung zur häuslichen Gewalt durchgeführt und betroffene Familien beratend unterstützt. Für vergewaltigte Frauen wurde rechtlicher und psycho-sozialer Beistand geleistet.
- Im Bereich des Wissensmanagements wurden zu den Friedens- und Konfliktthemen Dokumentationen erstellt und didaktisches Material erarbeitet.
- Auf der kirchlichen diözesanen Ebene (DRK) ist ein landesweites Programm zur aktiven und evangeliumsgemässen Gewaltfreiheit entwickelt worden.
- Erste Kontakte wurden zwischen der CDPJ Cyangugu und NGOs in Kivu geknüpft.

Männer und Frauen, die an den jeweiligen Ausbildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen teilgenommen haben, erkennen seitdem, dass es

- 1 AGEH ist die „Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe“ (Köln)
- 2 CEJP heisst: Bischöfliche Kommission Gerechtigkeit und Frieden, bei der Kongolesischen Bischofskonferenz (CENCO) in der Hauptstadt Kinshasa

Alternativen gibt zu der von ihnen täglich erlebten Gewalt, die in der Gesellschaft und von der Politik als Mittel zur Konfliktlösung eingesetzt wird. - Die Grundsätze der katholischen Soziallehre erreichen besonders in der DRK eine breite Schicht der Bevölkerung und können bis auf Pfarreiebenen vermittelt werden. Hierzu trägt die CEJP mit der AGEH-Fachkraft [Hier bin ich gemeint, R.V.] maßgeblich durch Reisen ins Landesinnere und durch die Verbreitung von Publikationen bei.



DER KONGO bei Kinshasa – manchmal wie eine Seenlandschaft mit Sandbänken (hier in der Mitte) und immer wieder quadratmetergrossen Urwald-Erde-Stücken, die gemächlich vorbei fließen - bis ins über 400 km entfernte Meer, den Süd-Atlantik.

II. Lobby-, und Öffentlichkeits-Arbeit auf nationaler und regionaler Ebene von Partnerorganisationen in Ruanda, Burundi und den Provinzen Nord und Süd Kivu in Ost Kongo gegenüber staatlichen und nichtstaatlichen Entscheidungsträgern zur Konsolidierung der Friedensarbeit in der Region ist verstärkt. (...)

III. Demokratieförderung, durch Information und Bildung der Bevölkerung, speziell in Bezug auf Menschenrechtsfragen und Konfliktsachen, ist erfolgt.

- Seminare zur Aufklärung in Demokratie- und Bürgerrechten wurden auf lokalen Ebenen durchgeführt.
- Aufklärungsarbeit zu Frauenrechten wurde in Ausbildungsveranstaltungen realisiert.
- In Bujumbura fand mit allen Partnerorganisationen und FK eine Veranstaltung zu „Demokratie und Zivilgesellschaft“ einschließlich „Demokratie und Kirche“ statt.

- Projekte zur Reform des Sicherheits- und Justizsektors wurden durchgeführt.
- Ausbildung von Polizisten in Fragen sexueller Gewalt u. Rechtsstaat wurde realisiert.

Fachkräfte haben bestätigen können, dass Gendertrainings den Frauen zu mehr Selbstbewusstsein verholfen haben. Die Frauen berichten von einer besseren Kommunikation untereinander und in den Familien.

MEINE PERSÖNLICHEN SCHWERPUNKTE wurden im Team festgelegt:

- I. Verstärkung des Programms der Versöhnung und der Förderung neuer Kräfte
- II. Start eines landesweiten Programms « Aktive und Evangeliumsgemässe Gewaltfreiheit » als Beitrag zur Versöhnung und zum demokratischen Aufbau in der DR Kongo
- III. Verbesserung der internen und externen Vernetzung, in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Kommunikation und der CEJP-Website

MEINE EINSCHÄTZUNG zur UMSETZUNG:

„Friedenskultur“ im Kongo? Von außen gesehen, von Deutschland aus insbesondere, scheint es da gar nicht zu geben; man sieht nur Krieg im Osten, Vergewaltigungen und Stammesfehden, Ethnische Konflikte, Grausamkeiten aller Art, Flüchtlinge, Stadtbesetzungen und –vertreibungen (etwa in Goma), Elend und Not. - Aber es gibt die Pflänzchen der Friedenskultur. Es gibt die Arbeiter im Weinberg Gottes für Gerechtigkeit und Frieden, in der Katholischen Kirche besonders in den auf allen Ebenen tätigen Kommissionen „Justice et Paix“. Und ich erlebte sie fast allmonatlich in den Jahren 2012 und 2013, wenn ich mit meiner Frau Seminare zur evangelischen Gewaltfreiheit abhielt, für eben diese Menschen. Dabei erfuhr ich viel über ihre vielfältige Vermittlungs- und Mediatoren-Arbeit. Und sie erfuhren so manches Neue über den „Faden der Gewaltfreiheit“ in der Bibel.

Ich erlebe die Arbeiter/innen im Weinberg bei den Kontakten mit vielen Nichtregierungs-Organisationen, die für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat arbeiten, in einem Land, in dem man nicht allzu leicht zu

seinem Recht kommt – es sei denn man hat Beziehungen oder Beschützer politischer Art. In diesen Wochenbegegnungen in allen Teilen dieses Landes wird klar, wie sich Theorie und Praxis, Glauben und Handeln gegenseitig ergänzen und stärken. Und je weiter wir aufs Land kamen, desto dankbarer waren die KollegInnen für den Austausch, die Impulse und die Praxishilfen. Es bräuchte eine ganz neue Form der Unterstützungs-Arbeit in Nord-Süd- oder Süd-Süd-Partnerschaften (Europa-Afrika oder Südamerika-Afrika), um den Weg aus einer um sich greifenden Unkultur der Gewalt in Alltag, Gesellschaft und Staat umzulenken in einer Kultur der Begegnung, Verständigung und der Suche nach Gerechtigkeit und Frieden. Viele, ja fast alle dürsten danach.

3. Zu konkreten Arbeitsprojekten: UNTERSTÜTZUNG/UMSETZUNG

Meine Aufgabe war es, die Kapazitäten der Kommission stärken - als Berater im Bereich des Umgangs mit Konflikten - durch:

- Training und pädagogische Vermittlung der aktiven Gewaltfreiheit, konkret: Aufbau eines landesweiten Programms zu « Evangelium und Gewaltfreiheit » als Strategie zur Versöhnung und Beitrag zur Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft in der DR Kongo („Mise en oeuvre d'un programme transversale de NVA et Evangélique comme stratégie pour la réconciliation et l'avènement d'une société démocratique en RDC“)
- Unterstützung und Verbesserung des Multiplikatoren-Netzes (was etwa durch die Anschaffung von elektronischer Grundausstattung für über 40 Büros der diözesanen Kommissionen „Justice et Paix“ durch missio-Gelder geschah.
- Mitarbeit an thematischer Arbeit und an der Entwicklung neuer Programme
- Zusammenarbeit bei der Erarbeitung und Beantragung von Projekten; hier ist insbesondere ein Aufbauprojekt im Umfeld von Goma zu nennen, das aber wegen des Krieges dort immer noch nicht starten konnte und bei Misereor vorliegt.

- Beratung bei der Projekt-Durchführung und –Auswertung das entwickelte sich zum Beispiel in der Nacharbeit zu den Seminaren auf dem Lande in den dortigen Provinzstädten, wenn ich Hilfen bei der Antragstellung gab.
- Zusammenarbeit bei Dokumentation und Präsentation: dazu gehören zwei Bücher für die Seminarteilnehmer zur Evangeliums-gemässen Gewaltfreiheit; sowie Artikel in anderen Broschüren und Zeitschriften der Kirche im Kongo.
- Schließlich ist zu erwähnen, dass ich nahezu alle Stellungnahmen der Katholischen Kirche im Kongo ins Deutsche übersetzt und breit versandt habe, um sie gerade bei uns bekannter zu machen, was ich auch mit meinen monatlichen Rundbriefe erreichen hoffte, die auf der Intern-Seite von PAX CHRISTI Deutschland zu finden sind.



R. Voss beim Grusswort zur Verleihung der ersten Diplome der Friedensuni Kinshasa und mit Gründungs-Prof. Mango'o

Das markanteste Beispiel der Umsetzung dieser Aufgaben will ich beschreiben „Evangeliums-orientierte aktive Gewaltfreiheit. Ein Rückblick auf eine zweijährige Seminarreihe im Kongo.“ (Beitrag für die AGEH-Zeitschrift „contacts“ vom November 2013)

In der DR Kongo haben in den Jahren 2012 und 2013 in allen sechs Kirchenprovinzen des riesigen Landes von der Grösse Westeuropas Vertiefungsseminare für Verantwortliche (Priester, Ordensleute und Laien;

Frauen und Männer) in den diözesanen Kommissionen für Gerechtigkeit und Frieden stattgefunden. Dies wurde koordiniert von der Bischöflichen Kommission „Justice et Paix“, die ihren Berater Dr. Reinhard J. Voss damit beauftragte (Ziviler Friedensdienst AGEH bei der CENCO, der kongolesischen Bischofskonferenz). Zwei weitere Kollegen waren in die Arbeit mit einbezogen.

Jede Kirchenprovinz hatte zwei, einige auch drei Fortbildungen. In je 5 Tagen lernten jeweils 20 Teilnehmende, also insgesamt etwa 300 Verantwortliche auf Bistums-, manchmal auch Pfarrei-Ebene, in Theorie und Praxis das Evangelium Jesu neu kennen. Dessen konsequente, wenn auch zu seiner Zeit gar nicht „normale“ Botschaft der aktiven Güte, der einladenden kraftvollen Gewaltfreiheit, der verstehenden und versöhnenden Gesten und Aktionen enthält heilende Beispiele und Wirkungen, die gerade in Ländern und Zonen der Konflikte und Gegensätze ethnischer, religiöser oder politischer Art Frieden entfalten können. Die Kirche im Kongo hat seit dem Revolutionsversuch 1991 mit der (letztlich gescheiterten, aber weiter präsenten) „Unabhängigen Nationalversammlung“ diesen Akzent verstärkt; aber eine solche Seminarreihe war denn doch etwas Neues. In Lubumbashi konnten sich noch 2 Teilnehmer an ein ähnliches Seminar vor gut 20 Jahren mit Hildegard und Jean Goss erinnern.

In den Kursen entwickelte sich meist eine dichte Auseinandersetzung mit der entstandenen „Kultur der Gewalt“, wie es mehrere Bischöfe formulierten. Die Gewaltschwelle sei in den letzten Jahrzehnten des Krieges und Bürgerkrieges und der Unsicherheiten, Straflosigkeit und Rebellenbewegungen eher weiter gesunken. Daraus resultiere eine gewachsene Gewaltbereitschaft¹. Sie entspricht so gar nicht der Tradition, sagt man uns derweil, sondern ist eher dem Dauerstress im Überlebenskampf des Alltags geschuldet – ein Kampf für viele am Rande des Existenzminimums.

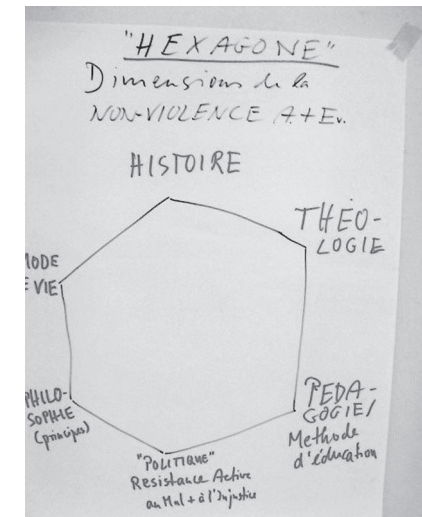
1 Diese erlebt man in der Hauptstadt Kinshasa durchaus auch täglich in Form von Intoleranz auf der Strasse immer wenn es darum geht, anderen zuvor zu kommen: beim Einsteigen in die stets überfüllten Kleinbusse, beim Gerangel der Autos, bei der riskanten Fahrweise der Kleinbusse, an Marktständen oder Straßenrändern.

Überall wurde betont, dass es nun darum gehe, diese erneuerte Sicht bis hinein in die Ortsgemeinden zu tragen; dazu werden noch Kurzübersetzungen wichtiger Teile des Lehrmaterials in den vier Landessprachen Chiluba, Lingala, Swaheli und Kikongo erstellt. Denn alle erhielten als Basis zur eigenen Vertiefung und zur Weitergabe zwei Bände unter dem Thema „Apprendre la Non-Violence de la Bible“. Bd. 1 (145 S.) enthält Dokumente zu Geschichte, Theorie und Theologie des „gerechten Friedens“, Grundlagen und Beispielen der Gewaltfreiheit aus AT und NT sowie Praxishilfen im Anhang. - Bd. 2 (75 S.) bringt Rollenspielsvorschläge zum Evangelium, Informationen zur Mediationsmethode und eine Vielzahl pädagogischer Spiele und Übungen. Beide sind im Internet zu bekommen, und in Ausnahmefällen bei der AGEH zu beziehen.

Meine Entdeckung bei der Arbeit im Kongo: das „HEXAGON DER GEWALTFREIHEIT“

La Non-Violence Active et Evangélique, elle est

- I un Mode de vie (éthique)
- II une philosophie de principes
- III un exemple d'une longue histoire pacifique depuis Caïn et Abel jusqu'à nos jours
- IV une partie de la théologie de la paix : souvent encore à développer
- V une partie de la pédagogie : une méthode d'éducation
- VI une « politique » de résistance active au mal et à l'injustice



4. Zu Schwierigkeiten und Erfolgen: BILANZIERUNG

An Erfolgen habe ich genug oben beschrieben; auch die Idee, ein Buch über die Katholische Kirche in der DRC zu schreiben, zähle ich unter ‚Erfolge‘, auch wenn sie außerhalb meines offiziellen Einsatzes umgesetzt wird.

Probleme gab es insbesondere immer wieder wegen „Verzögerungen im Betriebsablauf“, um die Deutsche Bahn einmal zu zitieren. Hier dauert alles etwas länger, außer wenn es um Geldsachen geht – da muss man sich in der Tat hüten, zu schnell zu sein. Ansonsten will hier das Warten gelernt sein: Warten im langsamen Internet; Warten auf einen Besucher, auf Freunde, auf den Beginn einer Veranstaltung; Warten auch auf die nächste Teamsitzung; Warten ... Dann hatten wir immer auch Probleme mit dem Einstellen von Beiträgen auf der Website unserer Kommission,

einer Unterabteilung bei www.cenco.cd.



Und zum Schluss nach einem Wochenseminar: Margaret Voss-Kräling und Reinhard Voss mit Abbé David in Kalemie am Tanganyikasee

Schließlich gab es wie immer Verzögerungen von Projekten weil die Zusagen ausblieben, sich verzögerten oder Nachforderungen gestellt wurden, weil bestimmten Angaben oder Schriftstücke (etwa die Zustimmung des

Ortsbischofs) fehlten. Das ist leider hier die Realität: es wird nur gemacht, was gefördert wird. Deshalb hat die Kirche offiziell begonnen, für mehr finanzielle Unabhängigkeit zu werben, z.B. indem sie zusammenarbeitet mit einer der führenden Telefongesellschaften und da sozusagen einen neuen Peterspfennig entdeckt hat.

Das größte Problem aber ist die Unmöglichkeit, sich als Ausländer wirklich frei und ungezwungen in der Öffentlichkeit zu bewegen; wir gehen selten zu Fuß und sind auf das Auto angewiesen. Und wir haben kein Grün in der Parzelle der Wohneinheit von 10 Parteien gehabt, bis uns vor kurzem eine Blumenrabatte angepflanzt wurde im Hof der Autos vor

unserer Tür. Wir sind mit hohen Mauern und Stacheldraht eingezäunt... Es fehlt uns Wandern, Radfahren und Waldspaziergängen.

5. Schlusswort nach der 3 ½-jährigen Friedensarbeit: AUSBLICK

- Weiter solidarisch bleiben von Deutschland aus!
- Kontakte halten zu den Kollegen und Partnern im Land zur Ermutigung!
- Die Eine Welt-Perspektive immer konkreter füllen zur gem. Orientierung!
- Einen Solidaritätsverein gründen, der wirklich gleichberechtigt arbeitet!

6. Weiterführender Hinweis

In der PAX CHRISTI-Reihe „Impulse“ ist im Oktober 2013 als Nr. 29 erschienen: „Friedenskultur und Versöhnungsarbeit im Kongo“ hg.v.d. Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“. (Darin auch eine Internet-Link-Liste, S.56)

Anhang I

Öffentliche Stellungnahme der Priester, Ordensleute und des Bischofs der Diözese Butembo-Beni; Nord-Kivu, DRK: «Unglück über Dich, der du die Propheten und die Unschuldigen tötest!» (Lk 13,34; Mt 23,37)

Nach der Ermordung des Pfarrers der Gemeinde Johann Baptist in Kanyabayonga (Nord-Kivu), Abbé Christian Bakulene, und nach einem neuntägigen Friedensgebet in allen Gemeinden der Diözese Butembo-Beni vom 15. bis 23. November wenden wir uns an die Öffentlichkeit (... Auszüge :)

- Diese Angriffe auf pastorale Mitarbeiter der Kirche, den Klerus und andere Zivilisten haben zweifellos das Ziel, Angst und Panik unter denen zu verbreiten, die die Stimme derer sind die keine Stimme haben, und so ein ganzes Volk zum Schweigen zu bringen: “Unglück über dich, der du die Propheten tötest. Ihr Blut schreit bis zu mir.”

- Man muss deutlich betonen, dass diese Ereignisse zu einem Zeitpunkt passieren, wo es neuen Druck bei der Ansiedlung von Masisi auf dem Gebiet von Lubero gibt, wo doch die Rückführung der Flüchtlinge, die seit 1994 im Südosten des Gebietes wohnen, eine logische Priorität auf der Agenda bleibt. Danach sollen die Kongolesen empfangen und angesiedelt werden, die zu internen Flüchtlingen in der DR Congo geworden sind. Nun erscheinen aber die schon bekannten systematischen Haueserverbrennungen im Gebiet von Lubero, die Belästigungen der Bevölkerung dort wie auch in Beni als ein politisches Manöver der “verbrannten Erde”, um Platz für andere zu machen. Das bedeutet einen Genozid in Vorbereitung.
- Angesichts dieser Situation drücken wir unsere tiefe Enttäuschung und unseren lebhaften Protest aus; wir appellieren energisch an unsere betreffenden Autoritäten, ihre Verantwortung voll wahrzunehmen. In einem Land, das ein Rechtsstaat sein will und in dem man Null-Toleranz propagiert, ist es nicht normal, dass die juristischen Untersuchungen und die Verbrechensbekämpfung niemals zu Verurteilungen führen. Andererseits belästigen die Verwaltungs- und Justiz-Schikanen die Buerger oft wegen Kleinigkeiten und bleiben die großen Kriminellen völlig straffrei und genießen womöglich noch Schutz und Komplizenschaft.

Unser Alarmruf will erreichen, dass Gewalt und Unsicherheit so schnell wie möglich aufhören – wenn möglich heute noch. Es gibt schon zu viele Tote und das dadurch entstandene Leid hat alle Grenzen des Erträglichen überschritten.

- “Wir wollen, dass die Mächtigen das Volk respektieren und den Frieden suchen;
- Wir wollen den Frieden und nichts als den Frieden;
- Wir wollen Gerechtigkeit und nichts als Gerechtigkeit;
- Ja zum Frieden und Nein zum Krieg!
- Ja zur Gerechtigkeit und Nein zur Straflosigkeit!”

Heilige Jungfrau Maria, Königin des Friedens, unsere Frau vom Rosenkranz, bitte für uns!

Butembo, den 23.11.2010 (Übers.: R.VOSS)

Anhang II

Eindrücke aus KINSHASA, der verwahrlosten und überfüllten 10-Millionen-Hauptstadt am Kongo. Am 6.8. 2011 teils zustimmend, teils ablehnend abgeschrieben aus dem Buch «Road to Nowhere» von Marc Helsen, Tielt/Belgien, 2006:

„In Kinshasa am Strassenrand kann man alles kaufen, was Kinshasa zu bieten hat: Ananas, Autoreifen, Waschbecken, Kloschüsseln, Telefonkarten, Bier, Antilopenköpfe, Särge mit Glasfenstern, Sandalen, Maismehl, Sex. (... Dort herrscht) der chaotischste Verkehr der Welt; am meisten ähnelt er dem Abzug einer geschlagenen Armee: Rauch speiende Lastwagen..., zerbeulte Busse, Sattelschlepper, beladen mit ... Metallcontainern, aus deren Löchern Dutzende von Passagieren ihre Köpfe stecken ..., Autos ohne Motorhaube oder ohne Türen, Müll und offene Kloaken am Straßenrand (S.49) So könnte die Welt nach einem Atomkrieg aussehen, der jegliche Zivilisation ausgelöscht hat.“

Ich könnte hinzufügen: der rücksichtslose Verkehr, die überfüllten und maroden Kleinbusse, die vielen Strassenlöcher oder gar Löcher-Strassen, die stinkenden Abwässer der Gombe, besonders in der Trockenzeit von Mai bis September, der allgegenwärtige Sand und Staub und die offenen nächtlichen Müllverbrennungen mit ihren verteilten feinen Stäuben auf den Balkons und Fenstern, usw.

Aber ich setze diese Erfahrungen dagegen (August 2012) : die Brot- und Obstverkaufsfrauen überall an den Strassen und Kreuzungen, ohne die weniger funktionierte, immer mehr neu geteerte Haupt-Strassen, einige schöne Verkehrsinseln mit volkstümlichem Flair, Freundliche Privat-„Taxi“-fahrer in alten Autos, die Frauen - immer in schönen bunten Röcken und Kleidern (Panjes – Wickelröcken), engagierte Schuhputzer und Kleinhändler, die Unzahl von Nachtwächtern vor den Häusern im zentralen Stadtteil Gombe vor/hinter den Türen, Lebendige Märkte, interessierte StudentInnen in meist alten Ungebäuden, die Märkte für Kleinkunstwerk und Gemälde unter freiem Himmel, ebenso wie frisch gefertigte Möbel vom Regal über Betten bis zu Schränken; ordentliche Bankfilialen und Einkaufsläden für die Bessergestellten ... so sieht eine (leider immer noch) Nachkriegsstadt im Aufbruch aus, die eine bessere

Zukunft vor sich hat! - Alles in allem: die konkrete Hoffnung auf die Erfüllung des Versprechens der Nationalhymne für“ einen schöneren Kongo als zuvor“!

Reinhard J. Voss studierte Geschichte, Romanistik und Erwachsenenbildung in Gießen, Paris und Berlin, ab 1969 parallel dazu Obdachlosen- und Gemeinwesenarbeit in Gießen, später im Bereich der Neuen Sozialen Bewegungen. Referent an einer Katholischen Akademie, Erwachsenenbildner für ökumenische Basisbewegungen, Lehraufträge zu Fragen der Ökumene und Konfliktbearbeitung in Bochum, Kassel und Osnabrück, Trainer für den Zivilen Friedensdienst, Generalsekretär von PAX CHRISTI, ab Juli 2008 Freier Autor, Moderator und Referent. Von 2010 bis 2014 Berater der Katholischen Kirche in der DR Kongo mit Sitz in Kinshasa.

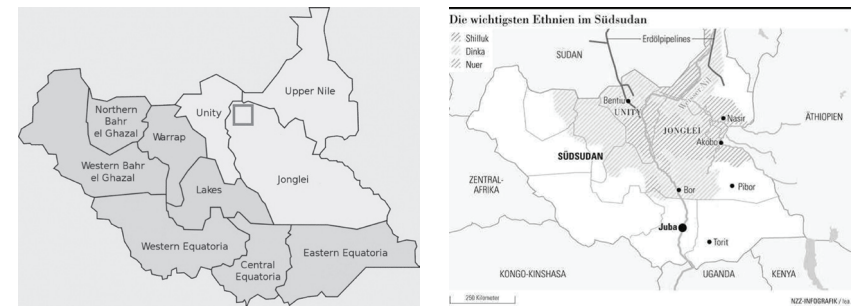
8. Januar 2014

Pater Gregor Schmidt MCCJ

Liebe Familie, Freunde & Comboni Missionare!

Es hat ein wenig gedauert, aber nach vielen Anfragen schicke ich euch meine Beschreibung der Situation im Südsudan. Ich lebe ja bei den Nuer (die den Nachrichten die „Rebellen“) und bin daher direkt betroffen.

Mein County befindet sich mitten im Rebellengebiet, auf der linken Karte mit einem roten Quadrat angezeigt. Im Augenblick wird hauptsächlich in den 3 Bundesstaaten Unity, Jonglei und Upper Nile gekämpft (auf der Karte gelb-grün eingefärbt), besonders um die Provinzhauptstädte Bor und Bentiu (siehe rechte Karte). Auf der Karte könnt ihr auch sehen, wie stark die Dinka und Nuer Siedlungsgebiete einander berühren.



In Old Fangak (OF) befinden wir uns wie im Auge eines Hurrikans, wo alles ruhig ist, aber rings um uns Verwüstung herrscht (bisher 200 000 Flüchtlinge und tausende Tote). Das liegt an der geographisch unzugänglichen Lage. Der Westen und Norden von Fangak County ist der Flusslauf des Nil. Es gibt keine Brücke über den Nil in ganz Südsudan außer in der Hauptstadt Juba, d.h. schwere Waffen und Panzer können nicht eingeführt werden. Im Süden und Osten des Countys ist undurchdringliches Buschland. Es gibt keine Straße, die hierher führt.

Auf diese Weise sind wir von Truppenbewegungen verschont. Viele Nuer Flüchtlinge von Upper Nile State kommen daher zu Fuß in unser County. Die Regierungsarmee hat dort die Provinzhauptstadt Malakal nach schweren Kämpfen unter ihre Kontrolle gebracht und bewegt sich langsam südwärts entlang des Nil. Die Armee erschießt jeden Nuer Mann, weil traditionell alle Männer auch Kämpfer sind. Die Unterscheidung in Zivilisten und Armee ist ein westliches Schema, welches in der Krise keine Anwendung findet. Man fällt in alte Rollenmuster zurück. Jede Nuer und Dinka Familie besitzt mindestens ein Maschinengewehr aus Zeiten des Bürgerkrieges gegen den Norden. (Es fehlt den Hilfsorganisationen an Medikamenten, Nahrung und Trinkwasser. Merkwürdigerweise gibt es aber immer genügend Nachschub für Waffen und Munition in einem afrikanischen Krisengebiet.)

Am Beginn der Ausschreitungen in Juba Mitte Dezember (es war eine Meuterei, kein Umsturzversuch gegen die Regierung!), befand ich mich in OF. Weihnachten und Neujahr habe ich dann in Phom verbracht, der Provinzstadt des Countys, die direkt am Nil liegt. OF selbst liegt 60 km entfernt an einem Nebenfluss, der (auf der rechten Karte eingezeichnet) sich vom Nil abspaltet und dann wieder zusammen fließt. Wir waren am 23.12. Zeugen einer Schlacht mit schwerer Artillerie 10 km auf der anderen Seite vom Nil, in der die Regierungsarmee vertrieben wurde. Es haben sich auch Soldaten und Polizisten aus unserem County beteiligt. So gehören wir jetzt offiziell zu Gegenseite, und in ganz Jonglei State hat die Regierung den Notstand verhängt. Das bedeutet in der Praxis, dass sich die Armee nicht an Regeln halten muss. Es wird wahllos getötet, wo die beiden Gruppen aufeinander treffen.

Obwohl in Fangak County nicht gekämpft wird, liegen die Nerven blank. Ein Soldat hatte vor ein paar Tagen einen Händler in Phom bedroht. Als die Polizei zu Hilfe kam, zündete dieser eine Handgranate und tötete 2 Personen. Ich war nur 100 m entfernt. Zur Abschreckung wurde der Soldat sofort hingerichtet, damit für die anderen Soldaten klar ist, dass sie sich gegenüber Zivilisten korrekt verhalten müssen.

Seit Anfang 2013 koordine ich die Fortbildung für Lehrer in unserem County. Es gibt etwa 60 Teilnehmer. Der nächste Kurs hätte eigentlich am

6. Januar beginnen sollen. Ich habe erreicht, dass das beste Ausbildungsprogramm, das z.Z. im Südsudan angeboten wird, auch in OF stattfindet. Leider können die Ausbilder aus Kenia, Irland und Kanada in dieser Situation natürlich nicht herkommen. Auch die Lehrer sind verstreut, und es sieht so aus, dass nicht einmal das Schuljahr eröffnet wird (es sei denn, wir Comboni Missionare unterrichten ohne die ansässigen Lehrer).

Vertrauen in Gott haben die Menschen aber nicht verloren. Es kamen 4500 Leute am Heiligabend zur Messe. So viele Einwohner hat OF gar nicht.

(Foto: Roda, eine der wenigen Lehrerinnen in der Fortbildung)

Zur Bedeutung der ethnischen Zugehörigkeit

In den Medien wird oft gesagt, dass es sich um einen politischen Konflikt innerhalb der SPLM-„Einheitspartei“ (vergleichbar mit dem ANC in Südafrika) handelt, der die ethnische Zugehörigkeit instrumentalisiert. Das ist zum Teil wahr. Es ist aber vor allem der Wunsch der internationalen Gemeinschaft, dass es so sei. So kann man nämlich zwischen „bösen“ Politikern und „unschuldiger“ Zivilbevölkerung unterscheiden. Man kann aber genauso darlegen, dass es ethnische Konflikte schon immer gegeben hat und dies sich auch in der Art und Weise, wie Politik betrieben wird, zeigt.



Roda, eine der wenigen Lehrerinnen in der Fortbildung

Anstatt die aktuellen Umstände des Konfliktes zu kommentieren (das könnt ihr auch im Internet nachlesen), möchte ich darlegen, **wie und warum** die ethnische Zugehörigkeit doch eine wesentliche Rolle im Leben der Menschen hier spielt. Im Grunde handelt es sich um Sprachabgrenzungen, weil die Kultur recht ähnlich ist. Die Kategorien „Stamm“ und „Ethnie“ sind problematische Definitionen, die von außen an Gruppen herangetragen werden. Wahrscheinlich waren Dinka und Nuer einmal eine Gruppe. Die Nuer lernen die Namen von 10-20 Vorväter-Generationen auswendig. Bei vielen tauchen irgendwann Dinka-Namen auf.

Bevor ich Volkszugehörigkeit am Beispiel der Nuer beschreibe, lenke ich den Blick auf das westliche Gesellschaftsmodell. Wir alle haben das Bedürfnis nach leiblicher Sicherheit und Rechtssicherheit. Wenn wir an einen säkularen Rechtsstaat denken, dann ist das für uns der Rahmen in dem Sicherheit und Recht allen Bürgern zugänglich sind. Zumindest im Prinzip. Wenn wir unsere eigene Staatsform kritisieren, dann bekämpfen wir Missstände innerhalb des Systems. Im Allgemeinen partizipieren wir aber an den Dienstleistungen des Staates; und das ist die Daseinsberechtigung eines jeden Staates, eben dass er den Bürgern dient.

Im Südsudan ist der Staat seit jeher ein Eindringling, der das gewohnte Leben stört. Zuerst kamen die Britischen Kolonialherren, dann sklavenfangende Araber, und jetzt sitzt ein Dinka-Herrscher auf dem Präsidententhron, der seine eigene Klientel mit Ölmilliarden bedient. Kaum eine Dienstleistung, die man berechtigterweise von einer Regierung erwarten kann (Infrastruktur, Bildung, medizinische Versorgung, etc.), wird überhaupt angeboten, geschweige denn umgesetzt. Während die Araber von vornherein ihre feindliche Intention klar machten, sind die Leute umso mehr vom neu gegründeten Staat enttäuscht, wenn Versprechen nicht eingehalten werden. Anstatt Dienstleistungen vom Staat, haben die Leute Angst vor unbezahlten Soldaten, die sich ihren Sold anderweitig besorgen. Sie verstehen auch nicht, warum Steuern verlangt werden, wenn damit lediglich Staatsbedienstete bezahlt werden, die ja doch nichts arbeiten. In unserem County gibt es kaum Geldumlauf. So ist man auf die intelligente Idee gekommen, Rinder zu besteuern. Man hat sich zwar nicht getraut, den Brautpreis anzutasten; dafür kriegt der Commissioner des Countys bei jeder Ehebruch-Transaktion eine Kuh ab.

Die Leute sind aber nicht doof und verhandeln eben diskreter. (Die Kuh ist die Grundwährung, in der alle Vergehen bezahlt werden.)



Grundnahrungsmittel Sorghum

Oft wird die Frage gestellt, warum Menschen in afrikanischen Ländern ihre ethnische Identität nicht vergessen können und einfach als Staatsbürger leben. In Deutschland gibt es ja auch keine Germanen, Alemannen oder Teutonen mehr. Das ist glücklicherweise so, weil nach vielen Jahrhunderten schmerzhafter Auseinandersetzungen der Nationalstaat in Europa die Grundbedürfnisse stillt, die vorher der eigene „Stamm“ erfüllt hat.

Um sich einen afrikanischen Vielvölkerstaat vorzustellen (im Südsudan werden ca. 200 Ethnien, also Sprachen, gezählt), ziehe ich zum Vergleich die Europäische Union heran. Die EU funktioniert, weil Deutschland das Geld bereit stellt, das andere ausgeben. Man stelle sich vor, Angela Merkel – vom größten Stamm – würde die EU mit einer Macht regieren, die bei weitem die Kompetenzen eines Bundeskanzlers übersteigt. Sie würde in alle wichtigen Positionen Deutsche oder gefällige Ausländer setzen, die ihrerseits wieder Verwandte im Staatsdienst anstellen. Die Gelder fließen natürlich nach Deutschland, bevorzugt in Regionen, woher die Politiker kommen. Wie lange würde diese Union bestehen?

Es funktioniert nicht, in Afrika einen Staat nach westlichem Vorbild und mit einer säkularen Verfassung zu gründen, wenn die Menschen tribalistisch denken und fühlen. Und das ist kein Vorwurf. Sie kennen nichts anderes. Es würde daher auch nicht besser, wenn der Präsident im Südsudan kein Dinka wäre. Die neue Gruppe, ob nun die Nuer oder eine andere, würde nur denken, dass jetzt endlich sie an der Reihe sind, sich zu bedienen. Was wir als Korruption und Vetternwirtschaft anklagen, ist das Grundmuster, wie innerhalb einer Ethnie dafür gesorgt wird, dass es allen gut geht. Politiker hier „missbrauchen“ nicht ihre Macht; sie haben vielmehr aufgrund ihres Hintergrundes (Jahrtausend alte Hirtenkultur und ein halbes Jahrhundert Guerillakrieg) gar keine Vorstellung, was ein Rechtsstaat oder eine parlamentarische Demokratie eigentlich sind.

Ich möchte das noch an einem Beispiel in OF verdeutlichen. Was für Dinka und Nuer gilt, trifft in gleicher Weise auf Sippen zu. Es sollte im Juli ein neuer „Richter“ (oder Schlichter) für die Region ernannt werden. Früher haben sich die Männer so lange unter einen Baum gesetzt, bis sich alle einig waren. Diesmal sollte es eine demokratische Wahl geben. Es



wurde viel für die beiden Kandidaten geworben, und am Wahltag erschienen rund 3000 Menschen – einschl. Kinder – auf dem Fußballfeld. Weil es keine Wahlzettel gab, sollten sich beide Gruppen getrennt hinset-

zen. Sie waren etwa gleich groß. Daher mussten Reihen gebildet werden, um jeden Kopf zu zählen. Kinder saßen bei ihren Eltern, Ehefrauen und unverheiratete Schwestern bei ihren Männern. (Das ist doch so ähnlich gemeint mit dem Vorschlag eines Familienwahlrechts in Deutschland, oder?). Das einzige Kriterium für die Leute war, wie nah sie mit dem

Kandidaten verwandt sind. Als unser Payam-Direktor – in etwa ein Kleinstadtbürgermeister – merkte, dass seinem Favoriten knapp 100 Stimmen fehlten, verschob er die Verkündung des Ergebnisses – seit Juli bis heute... Die Leute denken sich ihren Teil. Wenn aber demokratische Entscheidungsprozesse auf diese Weise abgewürgt werden, stärkt das nicht das Vertrauen in den Staat.

Jetzt komme ich zum traditionellen Gesellschaftsmodell der Nuer (die Dinka leben ähnlich). Wie finden diese Sicherheit und Teilhabe am Wohlstand? Durch ihr Sippensystem und ihre durch Eheschließungen verzweigten Bündnisse. Das ist existenziell. Es gibt in Afrika ein Sprichwort (frei nach Descartes): **Weil wir sind, bin ich.** Das sind die unmittelbaren Beziehungen, die einen tragen. Und damit ist das Überleben in einer feindlichen Umwelt gemeint. In Europa sind Beziehungen/Freundschaft optional. Selbst mit den Eltern und Geschwistern kann der Kontakt abgebrochen werden, weil es möglich ist, sich im modernen Staat selber zu versorgen. Ein Nuer Mann hingegen kann sich auf nichts verlassen, außer dass die Brüder oder die ausgewachsenen Söhne zur Verteidigung ihr Leben aufs Spiel setzten. Und nur die Familie wird einen im Alter versorgen.

Ein Nuer wird daher seinem Bruder zur Seite stehen, ganz egal ob er im Recht oder Unrecht ist. Auch wird die eigene Sippe gegen andere kompromisslos verteidigt, und aus dem gleichen Grund unterstützen so viele Nuer den Rebellenführer Riek Machar, ganz egal ob er ein Engel oder Teufel ist. (In der Tat ist er mit Sicherheit nicht das erste.) Denn nur mit einem der ihrem wissen sie, dass sie Zugang zu den Ressourcen des Staates haben (das Öl). Es gibt eine gute Anzahl von Nuer, die R. Machar kritisieren. Das sind aber vor allem solche, die im Ausland leben und es sich aus sicherer Distanz leisten können, illoyal zu sein. Sie genießen die Früchte eines rechtstaatlichen Systems in den USA oder Großbritannien und sind nicht auf ihn angewiesen. Es gab vor einem Jahr eine Zeitungsanzeige dieser Exil-Nuer, in der sie den Präsidenten dazu aufforderten, R. Machar von seinem Posten des Vizepräsidenten abzusetzen. Es ist ein theatralischer Text, in dem folgender Vergleich gezogen wird: So wie Gott den Luzifer aus dem Himmel vertrieben hat, solle Machar aus dem

Kabinett verbannt werden. Das ist dann auch geschehen, und jetzt ist es zum Duell gekommen, welches das Land im Chaos versinken lässt. Die Partei, die dieses Land regiert, ist eine Guerilla-Kampfruppe, und die Mitglieder tun jetzt das, was sie am besten können.



8 Stunden Bootsfahrt von Phom nach Old Fangak am 4. Januar mit Flüchtlingen

sen Verlust besonders schmerzlich ist – heutzutage in der Regel Leute mit Schulbildung/Studium, weil viel Geld investiert wurde. Es ist ohne Scherz lebensgefährlich bei den Nuer gebildet zu sein und auf dem Land zu wohnen. Zum letzten Jugendworkshop der Pfarrei im November kam ein 20-jähriger. Er bat um ein Zimmer, welches von innen verriegelt werden kann (normalerweise nicht üblich), um sicher zu schlafen. Sein Bruder hatte gerade jemand getötet. Die unweigerliche Reaktion kann abgewendet werden, wenn etwa 50 Rinder Strafe bezahlt werden. Die

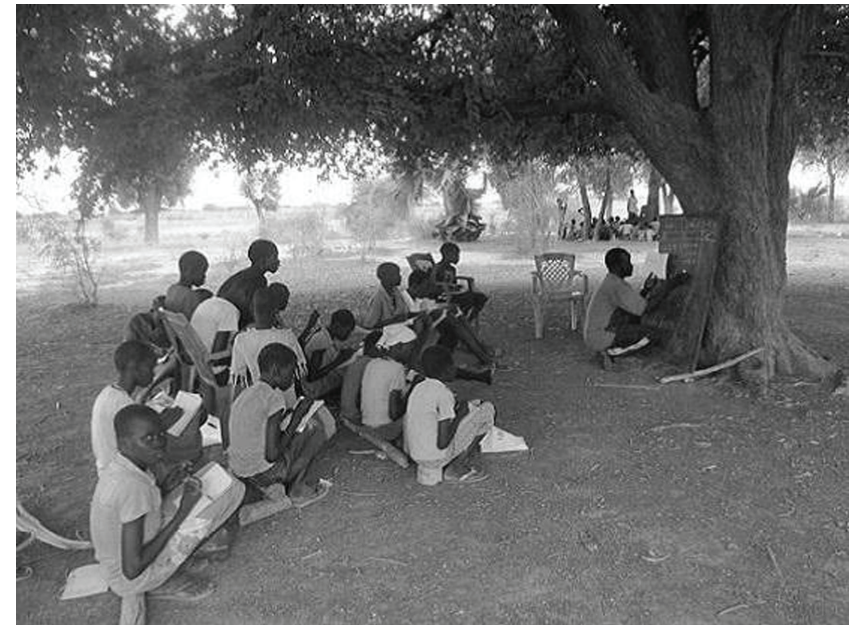
Warum wird so leichtfertig getötet?

Es gibt einen ausgefeilten Gerechtigkeitssinn für alle Lebensbereiche, auch für das Töten. Wichtig ist, dass am Ende alle Familien mit ihrer Freude und ihrem Leid im Gleichgewicht sind.

Mord und Totschlag wird damit beglichen, dass entweder der Täter oder sein Verwandter getötet wird. Oft macht man sich gar nicht die Mühe, den Täter zu finden, sondern es wird jemand ausgesucht, dessen

Opferfamilie muss das natürlich wollen. Weil oft nicht klar ist, wer mit töten angefangen hat, gibt es Sippenfehden, die lange zurückreichen und eine große Versöhnung erfordern. Das sind komplizierte Verhandlungen.

Nuer geraten vor allem dann aneinander, wenn es gerade keinen Konflikt mit Dinka oder Murle gibt (genauso wie es sich Dinka und Nuer leisten können, jetzt zu kämpfen, weil ihr Erzfeind, die Araber, keine Gefahr



katholische Dorfschule Dhoreak

darstellt). Jugendliche haben zum Jagen immer ihren Speer dabei, und bei einem Streit kommt es schnell zu Toten, so geschehen in unserer Pfarrei im Oktober, dann im November und auch Anfang Dezember. Eigentlich wollten die Katholiken dieses Jahr Weihnachten außerhalb von OF in einer Kapelle feiern. Das wurde dann abgesagt, weil man das Verhalten der Jugendlichen nicht einschätzen konnte. Die Eltern haben Angst vor ihren eigenen Kindern! Auch in Deutschland wird ja manchmal die Verrohung der Jugend beklagt. Die Nuer wünschen sich, dass sie eure Probleme hätten.

Es lässt sich schwer sagen, wie viel von der Gewalt der Hirtenkultur zuzuschreiben ist, und wie viel dem Trauma des Bürgerkrieges. Zusammengenommen ist es jedenfalls verheerend. Und mich verstört, wie selbstverständlich Hand angelegt wird. In westlichen Gesellschaften ist das Töten speziellen Berufsgruppen vorbehalten. Wir erfahren davon normalerweise nur in den Nachrichten. Ein Nuer Mann ist zugleich Hirte, Bauer, Architekt, Händler, Soldat und Bluträcher. Und das alles mit voller Überzeugung.

In den Medien wird von den aktuellen Kämpfen berichtet, weil es politisch relevant ist. Dieses Land ist aber seit dem Friedensvertrag 2005 nie befriedet worden. Wie viele von euch erinnern sich, dass es in Jonglei State in 2011-12 zwischen den Nuer und Murle über 5000 Tote gegeben hat? Jedes Jahr kommen im Südsudan allein bei Viehdiebstahl 1000-2000 Hirten um. In 2009 waren es ca. 2500 Personen. Rinder sind hier die Währung für den Brautpreis. An Frauen mangelt es nie, an Rindern immer. (Nach meiner Theorie ist Polygynie rechnerisch nur deshalb möglich, weil sich die Männer so zahlreich umbringen.)

Die „Ausländer“, das bin nicht nur ich, sondern jeder, der nicht die gleiche Muttersprache spricht. Moralische Regeln gelten im Wesentlichen innerhalb der eigenen Gruppe. Ein Viehdiebstahl ist zwar gefährlich, aber es ist moralisch nicht verwerflich, zu rauben und dabei Menschen anderer Ethnien umzubringen. Das geschieht, damit niemand Alarm schlagen kann, denn Rinder bewegen sich ja recht langsam. Wenn Dinka und Nuer – wie alle ostafrikanischen Hirtenvölker – schon aus Gier so leichtfertig töten, ist es umso leichter, wenn sie Rache nehmen wollen. Es gilt, Leben für Leben zu nehmen. **Wenn nun, wie in der aktuellen Krise, die Anzahl der Toten unzählbar ist, dann wird jeder Angehörige der anderen Gruppe – es sind immer nur die Männer – zu legitimen Zielscheibe.** Deswegen sind Minderheiten auf beiden Seiten so gefährdet. Und deswegen ist es so schwer die Dynamik der Blutrache zu stoppen. Außer der Rache, ist es manchmal auch die schiere Angst voreinander: Wenn ich den anderen nicht töte, wird er es tun. Auf einem Ölfeld sind Nuer und Dinka Arbeiter mit Macheten und Knüppeln übereinander hergefallen, um zu verhindern, dass die Gegenseite schneller handelt. Am Ende waren fast alle tot.

Es gibt aber auch herzerreißende Begebenheiten von Freundschaft in den letzten Wochen, wo Dinka durch Nuer (und umgekehrt) gerettet wurden.

Ich halte übrigens die westliche Gesellschaft nicht für weniger gewalttätig. Zwar geht es innerhalb friedlicher zu, aber was Frontex im Mittelmeer unternimmt, möchte niemand so genau wissen. (http://www.proasyl.de/de/presse/detail/news/voelkerrechtswidrige_push_backs_europaeische_komplizenschaft/) Das meinte ich oben mit der Spezialisierung in modernen Gesellschaften; und das gilt auch dann, wenn lediglich durch passive Maßnahmen der Tod in Kauf genommen wird. Wenn es nicht die große Schiffskatastrophe bei Lampedusa im Oktober gegeben hätte, würde einer breiten Öffentlichkeit nicht klar sein, wie viele tausende Flüchtlinge jedes Jahr im Mittelmeer ertrinken. Damit die westliche Gesellschaft friedlich funktioniert, wird Gewalt an die Grenzen des Imperiums verlagert. Der ehemalige Bundespräsident Köhler musste deshalb sein Amt niederlegen, weil er die banale Wahrheit ausgesprochen hat, dass Rohstoffe und Rohstoffwege unter Umständen mit Gewalt verteidigt werden müssen. Global sind es Dinge wie Erdöl oder Coltan (für Mobiltelefone! Im Kongo sind dafür Hundertausende umgekommen, damit wir alle „mobil“ sein können.) – bei den Hirtenvölkern ist das „Schmiermittel“, das die Gesellschaft zusammen hält, das Rind. Mir ist klar, dass mein Kommentar provoziert. Bevor aber die moderne Zivilgesellschaft gepriesen und mit Schaudern auf Afrika geblickt wird, wollte ich nur darauf hinweisen, dass es unter dem Lack der sogenannten Zivilisation auch schimmelt. Gewalt kann ja verschiedene Formen annehmen. Z.B. wenn wir Rohstoffe oder Kleidung günstig einkaufen wollen und nicht so genau fragen, warum der Preis so niedrig ist.

Ein Staat, der nach der Bergpredigt leben würde, wäre keiner. Er würde zerrieben werden, bevor wir davon erfahren, dass es ihn gab. Die Völker im Südsudan gibt es nur, weil sie Gewalt mit Gewalt beantworten und so klare Grenzen setzen. Ich glaube ausdrücklich, dass das Lebensvorbild Jesu und die Bergpredigt verpflichtend sind für Christen, die ihm nachfolgen wollen. Nur ist das ein Appell an das Individuum. Niemand kann für die Gruppe entscheiden, pazifistisch zu handeln. Man kann es nur selber vorleben und gegebenenfalls mit dem eigenen Leben bezahlen. Es gibt solche heiligen Dinka und Nuer. Das sind die Märtyrer, die die Kirchen

in späterer Zeit in Erinnerung behalten werden. Für die meisten von uns gilt jedoch, dass wir Mitläufer sind. Und wenn es hart auf hart kommt, kommt bei vielen die Bestie heraus. Das kennen wir ja schon in Europa.



Es gibt übrigens so etwas wie eine Jahreszeit für den Krieg. Das war mir nicht klar, bis ich in hierher kam. Im Buch Samuel steht (2 Sam 11,1): *Um die Jahreswende, zu der Zeit, in der die Könige in den Krieg ziehen, schickte David den Joab mit seinen Männern und ganz Israel aus, und sie verwüsteten das Land der Ammoniter und belagerten Rabba.*” Meine Vermutung ist, dass die Kämpfe bis Mai weitergehen. Denn danach beginnt die Regenzeit, und es ist unheimlich mühsam, sich fortzubewegen. Im Dezember erfolgt dann der Rückschlag. Es ist wirklich mein Wunsch, dass ich falsch liege und wider erwarten der Konflikt bald beigelegt wird.

In diesem Brief ist leider kein Raum, um über unsere Arbeit des letzten Jahres zu schreiben. Es war eigentlich ein gutes Jahr. Besonders habe ich mich über den Besuch meines Vaters gefreut. Er hat in der 7. Klasse unterrichtet, wie Zucker im Körper in Energie umgewandelt wird. Die Leute hier lieben süßen Tee.

Ich wünsche euch ein segensreiches neues Jahr!
euer P. Gregor

Pater Gregor Schmidt MCCJ

„Die Bevölkerung wird doppelt geplündert“

Interview vom 11. Februar 2014

Das am 23. Januar vereinbarte Waffenstillstandsabkommen für den Südsudan besteht anscheinend nur auf dem Papier. Immer wieder flammen Kämpfe zwischen den Anhängern von Präsident Salva Kiir und dem früheren Vizepräsidenten Riek Machar auf. Der aus Berlin stammende Comboni-Missionar Pater Gregor Schmidt lebt seit März 2009 im Südsudan. Im Interview mit dem Internetportal Weltkirche spricht er über die Lage vor Ort und erklärt, welche Rolle die verschiedenen Ethnien im Konflikt spielen.

Angesichts der anhaltenden Kämpfe im Südsudan haben viele Nicht-regierungsorganisationen ihre Arbeit einstellen müssen, die UNO hat einen Großteil ihres zivilen Personals ausfliegen lassen – warum bleiben Ordensleute, wie die Comboni-Missionare, trotz allem im Südsudan?

Pater Gregor: In meiner Hausgemeinschaft ist uns klar, dass unsere Präsenz vor Ort wichtiger ist denn je. Das Evangelium gibt Zeugnis vom Licht Jesu, das in der Dunkelheit leuchtet. Dort, wo die Menschen es annehmen, wandelt sich Hass in Liebe und Verzweiflung in Zuversicht. In der Lebensform meines Ordens heißt es: *„In der Nachfolge Christi wird der Missionar mit dem Leben, Arbeiten und Weg des Volkes solidarisch und teilt dessen Schicksal.“* Wenn das Schicksal Bürgerkrieg bedeutet, ist das auch mein Schicksal. Das tue ich bewusst und im Vertrauen auf Gott.

Ihre Pfarrei befindet sich im Bundesstaat Jonglei mitten im Rebellengebiet bei den Nuer. Wie ist derzeit die Situation vor Ort?

Pater Gregor: Von den 11 Pfarreien unserer Diözese sind lediglich zwei nicht von den Kämpfen betroffen. Eine davon ist unsere Pfarrei. Das

liegt an dem unzugänglichen Territorium. Es führt keine Straße in unser County. Und über den Fluss ist eine Attacke für die Armee zu gefährlich, weil die Rebellen weite Teile des Ufers kontrollieren.



In unserem Ort Old Fangak (s. Karte) gibt es eine gespannte Ruhe. Wenigstens plündern die Rebellen nicht wie an anderen Orten. Aber die Lebensmittelvorräte auf dem Markt gehen dem Ende zu. Z.B. ist das Mehl ausgegangen, so dass der Bäcker kein Brot mehr verkauft. (Nach UN-Angaben hat mittlerweile ca. ein Drittel der Bevölkerung Probleme, sich zu ernähren. Das sind knapp 4 Millionen Menschen.)

Das örtliche Krankenhaus wird von einer US-amerikanischen Ärztin geleitet. Es gibt eine Sandpiste, auf der kleine Propellerflugzeuge in der Trockenzeit Medikamente und anderes Material liefern. Die Behörden haben bisher Flüge nach Old Fangak verboten, um den Rebellen nicht zu helfen. Das ist reine Schikane, denn sie hätten der Ärztin sofort einen Flug bereitgestellt, falls sie ausreisen wolle. WFP (das Welternährungs-

programm) hat Druck gemacht, dass Transporte wieder möglich sind. Das kann sich aber schnell ändern, denn die Regierung bezichtigt die UNO, mit Rebellen zu kooperieren.

Fast täglich erreichen uns neue Flüchtlinge, die vor der herannahenden Armee fliehen. Sie berichten, dass die Regierung nicht als Befreier kommt, sondern sich gegenüber Nuer wie ein Aggressor verhält und selbst Zivilisten tötet.

Wenn weiterhin Menschen vor den Kämpfen fliehen, bedeutet das doch, dass das Waffenstillstandsabkommen, das am 23. Januar vereinbart wurde, nicht eingehalten wird.

Pater Gregor: Wir hören von den Flüchtlingen aus den Bundesstaaten Upper Nile und Unity, dass es keinen Tag seit dem vereinbarten Waffenstillstand gegeben hat, an dem die Regierungsarmee nicht in Nuer-Territorium vorgedrungen ist. Präsident Salva Kiir ist in der stärkeren Position durch die Unterstützung der Armee Ugandas, Rebellengruppen aus dem Sudan/Dafur und angeblich auch M23 Rebellen aus der D. R. Kongo. Er will die Gunst der Stunde nutzen, am Boden Fakten zu schaffen, bevor die offiziellen Friedensverhandlungen beginnen.

In Unity State betreuen wir Comboni-Missionare die Pfarrei in Leer etwa 100 km südlich von der Provinzhauptstadt Bentiu. Bentiu wurde noch vor der Unterzeichnung des Abkommens von der Regierung eingenommen. Die Vereinbarung sah vor, dass alle Truppen an der Stelle ausharren sollten, wo sie sich gerade befanden. Die Regierung hat sich nicht nur nicht daran gehalten, sondern Söldner-Rebellen aus Dafur (die JEM) vorausgeschickt, die plündern, brandschatzen und Zivilisten töten. Am 1. Februar ist die Armee schließlich in Leer einmarschiert. Unsere Priester und Schwestern sind in den Busch geflüchtet.

In Upper Nile State bewegt sich die Regierungsarmee mit der SPLM-North (eine weitere Rebellengruppe des Sudan) langsam südwärts und hat mittlerweile die Grenze zu Jonglei State erreicht. Es dauert wohl noch einige Wochen, aber wenn kein echter Waffenstillstand erreicht wird, ist auch unser Ort gefährdet.

Das schlimme ist, dass die Bevölkerung doppelt geplündert wird. Zuerst kommen „unsere“ Rebellen, die hungrig sind und nichts Wichtiges dem Gegner hinterlassen wollen. Sie rauben Nahrung, Hühner und Benzin. Wenn dann die Armee mit Söldnern ankommt, wird das mitgenommen, was noch übrig ist. Auch wenn sich die Nuer Rebellen nicht besser verhalten, liegt die Verantwortung ganz bei der Regierung, denn ohne den Vorstoß der Armee würde es diese Tragödie und das Chaos nicht geben.

Ich habe weiter oben auch die M23 Rebellen genannt. Zwar haben unsere Flüchtlinge nicht von dieser Gruppe erzählt; es gibt aber einige Analysen auf Webseiten, die davon berichten. Nachdem die Kongolesische Armee mit den UN-Blauhelmen im November 2013 die M23 besiegt hat, sind diese sozusagen „arbeitslos“. Der ugandische Präsident Museveni hat sie daher angeheuert, im Südsudan auf Regierungsseite zu kämpfen. Diese Information muss aber von unabhängiger Seite bestätigt werden. Es würde jedoch offenlegen, wie verworren die Lage ist und wie sehr länderübergreifende Interessen von Kampala bis nach Karthum dominieren. Uganda ist die regionale „Schutzmacht“ und wird den Südsudan wohl für Monate oder sogar Jahre nicht verlassen, um seine Interessen zu wahren.

Ich will übrigens die Rebellen von Riek Machar nicht von Schandtaten freisprechen. Präsident Kirr hat ihnen vorgeworfen, ebenfalls den Waffenstillstand gebrochen zu haben. Weil nach Old Fangak jedoch ausschließlich Menschen kommen, die vor der Regierungsarmee fliehen, berichte ich davon so ausführlich.

Nach Schätzungen des UNHCR sind mehr als 740.000 Menschen innerhalb des Landes auf der Flucht; mehr als 120.000 Menschen sollen in die Nachbarländer geflohen sein. Wo kommen diese Menschen unter? Welche Schutzmöglichkeiten bietet die Kirche?

Pater Gregor: Nur etwa 80 000 Menschen haben Zuflucht in den Lagern der UNO gefunden. Ich nehme an, dass die meisten anderen dahin flüchten, wo sie vermuten, dass die Kämpfe nicht hingelangen, und wo sie Familie haben. Alle Flüchtlinge in Old Fangak wohnen bei Verwandten. Es gibt hier kein Lager.

Die Kirche ist nicht in der Lage, vor den Kämpfen Schutz zu bieten. Selbst bewaffneten Blauhelmsoldaten fällt es manchmal schwer, die Flüchtlingslager vor dem Eindringen der Armee oder den Rebellen zu schützen. In Malakal, dem Bischofssitz unserer Diözese, hatten sich während der Gefechte bis zu 6.500 Menschen in die Kathedrale geflüchtet. Die Sitzbänke sind für 800 Personen ausgelegt. Glücklicherweise wurde das Gebäude nicht angegriffen.

In Leer hatte ein Dinka Händler um Schutz bei der Lokalverwaltung gebeten. Weil diese sich nicht im Stande sah, seine Sicherheit zu gewährleisten, wurde er in das Pfarrhaus der Comboni-Missionare geschickt. Der Lynchmob hätte aber auch vor der Kirche nicht halt gemacht. So wurde er unter Polizeischutz weggefahren und musste sich danach alleine bis ins Dinka-Territorium durchschlagen. Das Beispiel macht deutlich, dass die Kirche kaum Schutz bieten kann, wenn die Leute in Rage sind. Der Nuer Commissioner, der das County von Leer leitete und dem armen Dinka helfen wollte, wurde übrigens unter anderem wegen dieses Vorfalls abgesetzt.

Welche Rolle spielt die ethnische Zugehörigkeit in dem Konflikt?

Pater Gregor: In den Medien wurde des Öfteren betont, es würde sich in erster Linie um einen Machtkampf zwischen wenigen Politikern handeln, nicht um einen ethnischen Konflikt. Das stimmt insofern, dass die Eskalation der Ereignisse durch Entscheidungen von Präsident Kiir und dem ehemaligen Vizepräsidenten Machar verursacht worden ist. Aber diese Personen sind vollkommen eingebettet in ihr Sippensystem. Individuelle Handlungen sind nicht einfach nur von Machtgelüsten geleitet, sondern folgen oft einer „ethnischen“ Logik. Das braucht den beteiligten Personen nicht mal bewusst sein.

Die Nuer in unserem County unterstützen alle Riek Machar, weil sie sich durch ihn Teilhabe an der Macht im Staat und Zugang zu den Einkünften der Ölreserven erhoffen. Sie wünschen sich auch, dass er 2015 zum Präsidenten gewählt wird. Das ist natürlich nach seinem nationalen Amoklauf eine Illusion.

Für fast alle Südsudanesen ist die ethnische Zugehörigkeit wichtiger als die nationale Identität. Die eigene Sippe und Ethnie sorgen traditionell für Sicherheit und Verteilungsgerechtigkeit. Es handelt sich um ein Beziehungsnetz, aus dem man nur schwer austreten kann, selbst wenn jemand sich dem widersetzen möchte. Der Druck der Verwandten ist enorm groß. Jemand, der Geld verdient, hat viele bittende Verwandte. Wie soll ein Politiker, der Staatsgelder verwaltet, reagieren? Am Ende ist es ihm lieber, den Staat zu verraten als die eigene Sippe. Was gemeinhin als Korruption und Vetternwirtschaft bezeichnet wird, ist das Grundmuster, wie Ethnien dafür sorgen, dass es allen Mitgliedern gut geht. Die Bevorzugung der eigenen Gruppe und daraus resultierende Konflikte hat es schon immer gegeben. Dieses Verhaltensmuster wird von Politikern lediglich fortgesetzt.

Der moderne Staat ist eine abstrakte Konstruktion, der mit der Lebenswirklichkeit der Menschen – zumindest auf dem Land – wenig zu tun hat. Wenn überhaupt ist die Existenz des Staates ein Problem, weil er in die inneren Angelegenheiten von Völkern eingreift, die sie selber regeln wollen. Es gibt z.B. ein traditionelles und ein nationales Strafrecht. Traditionell verrechnen Hirtenvölker alle Delikte in einen Betrag von Rindern, weil Nomaden keine Gefängnisse haben. Nach modernem Recht kann man aber ins Gefängnis kommen und für Taten bestraft werden, die traditionell keine Delikte sind. Das ist ein Hindernis, sich mit dem Staat anzufreunden.

Nach der Freude über die Unabhängigkeit in 2011 ist schnell die Ernüchterung gekommen, dass das Leben nicht merklich besser geworden ist. Auch sind die Interessenkonflikte zwischen Ethnien nicht gelöst worden. Das betrifft z.B. Rinderraub und Kämpfe um Weideland.

In Ihrem Rundbrief vom 8. Januar schreiben Sie bezüglich inter-ethnischer Konflikte: „Moralische Regeln gelten im Wesentlichen innerhalb der eigenen Gruppe. Ein Viehdiebstahl ist zwar gefährlich, aber es ist moralisch nicht verwerflich, zu rauben und dabei Menschen anderer Ethnien umzubringen.“ Wie kann angesichts dieses Gesellschaftsmodells ein Vielvölkerstaat friedlich bestehen, ohne dass die eigene Tradition und Identität aufgegeben wird?

Pater Gregor: Rinderraub ist eine Jahrtausende alte Tradition. Die Hirtenvölker müssen sich jedoch fragen, ob sie ihre Identität aufgeben, wenn diese Tradition aufgegeben wird. Ich würde das verneinen. Und wahrscheinlich würden Nuer und Dinka, die lange im Ausland gelebt haben, das auch verneinen. Kulturwandel gibt es überall.

Es ist aber nicht so, dass jemand am Rinderraub festzuhalten will, weil das zur eigenen Kultur gehört. Es sind die Notwendigkeiten des Heiratsystems, die Hirten zwingen zu rauben. Ohne den Brautpreis können sie nicht heiraten, und niemand würde seine Tochter „umsonst“ hergeben. Selbst Frauen bestehen auf ihrem Preis, weil das ein Zeichen von Wertschätzung ist. Eine Frau, die zu billig weggegeben wurde, schämt sich.

Ich bin in Uganda einem Mann begegnet, der seine Frau noch mit einem Brautpreis heiraten musste. Seine eigene Tochter hat aber ohne Gegenleistung heiraten dürfen. Es war ihm wichtiger, dass der Schwiegersohn eine gute Ausbildung hat und dass sich die beiden lieben. Ich denke, dass sich so ein Kulturwandel auch im Südsudan durchsetzen kann. Das dauert aber noch Jahrzehnte und wird nicht homogen geschehen.

Etwa 70 Prozent der Südsudanesen gehören einer Kirche an. Inwieweit liegt im Glauben als verbindendes Element zwischen den Volksgruppen eine Chance zur Lösung von Konflikten?

Pater Gregor: Ich bin zunächst traurig, dass die gewaltfreie Seite des christlichen Glaubens so wenig verwurzelt ist. Die meisten Dinka sind Christen, viele Nuer sind es. Der ökumenische Rat der Kirchen hat während des Bürgerkrieges gegen die arabische Regierung in Karthum exzellente Arbeit geleistet und Zusammenhalt unter den südsudanesischen Völkern gestiftet. Der gewaltsame Widerstand wurde aber nicht in Frage gestellt. Denn ohne die Guerilla-Bewegung hätte es niemals das Unabhängigkeitsreferendum gegeben. Mit dem gleichen Argument der Notwehr rechtfertigen beide Seiten im aktuellen Konflikt ihre Handlungen.

Es gibt im Südsudan ein ehrliches Interesse an Jesus Christus und seinem Evangelium, aber es ist wie in allen Kulturen gefiltert durch die eigene Wahrnehmung. Christen nehmen mit Leichtigkeit das an, was ihnen Sinn macht. Was hingegen der eigenen Kultur entgegensteht, wird nur schwer

integriert. So ist das ja auch in Deutschland. Christlichen Aspekte, die der säkularen Lebensweise widersprechen, werden eher ignoriert oder abgelehnt. Weil die ethnische Zugehörigkeit so fundamental das Leben der Menschen im Südsudan bestimmt, ist die Botschaft der universalen Familie Gottes etwas Fremdes, genauso wie es das weltanschaulich neutrale Äquivalent der universalen Menschenrechte ist. Das meinte ich damit, dass moralische Regeln im Wesentlichen innerhalb der eigenen Gruppe gelten.

Ich glaube daran, dass das Evangelium die Perspektive der Menschen langsam ändern wird. In den Städten kommen Menschen zusammen, sie beten in der gleichen Kirche, sie schließen Freundschaften über ethnischen Grenzen hinweg. Auf dem Land hingegen siedeln die Völker getrennt. Sie begegnen sich selten, oder wenn, dann oft als Banditen. Das beeinflusst natürlich, was Völker über ihre Nachbarn denken.

Ihre Frage beantworte ich etwas verhalten mit einem positiven Ausblick. Wenn wir an die nationale Einheit denken, müssen wir aber im Auge behalten, dass es auch Anhänger der traditionellen Religion und des Islam gibt. Einheit unter Christen darf nicht zu einem neuen Ausschluss von anderen Bürgern des Landes führen. Wovon ich überhaupt nichts halte, ist, die ethnische Identität mit einem aufgeblasenen Patriotismus zu ersetzen, der davon ablenken soll, dass der Kaiser keine Kleider an hat.

Die Bischöfe des Südsudan haben vergangene Woche in Juba über die angespannte Lage beraten. Sie fordern eine „dringende demokratische Reform“. Wie muss eine solche Reform aussehen?

Pater Gregor: Mit dem Wort „demokratisch“ assoziieren wir ein Gesellschaftssystem, in dem mündige Bürger sich als Individuen engagieren. Im Südsudan haben die meisten Menschen eine kollektive Weltsicht. Nicht die persönliche Meinung, sondern die Sippe und die Tradition sind maßgeblich. Eine institutionelle politische Reform führt zu nichts, wenn Politiker und Wähler in ihrer ethnischen Gruppe verhaftet sind.

Während der Wahlen in 2010 habe ich bei einem anderen Hirtenvolk, den Mundari, gearbeitet. Die Ältesten trafen sich und beschlossen, was alle Leute gemeinsam wählen sollten. Weil in der Region 98% nicht

lesen können, gab es einen Vorleser in der Wahlkabine, der das Kreuz gesetzt hat. Später wurden die Wahlen als frei und unverfälscht von der internationalen Gemeinschaft angenommen.

Für eine funktionierende Demokratie bedarf es einer Vorstellung vom Individuum als politischem Subjekt und auch eines gewissen Bildungsstandes. Ansonsten ist das Ganze eine Farce, denn politische Willensbildung kann nicht stattfinden. Im Südsudan kann nur eine von fünf Personen lesen. Frauen haben noch weniger Zugang zu Bildung. Es ist wahrscheinlicher, dass ein Mädchen Schwanger wird und an den Komplikationen der Geburt stirbt als dass es die Schule beendet. Bis auf Weiteres wird so oder so in der Politik die Perspektive von Frauen kaum vorkommen.

Anstatt westliche Demokratien als Maßstab zu nehmen, meine ich, dass es im Moment wichtiger ist, darauf zu achten, dass die Ethnien fair repräsentiert sind bei allen Entscheidungen, von denen sie betroffen sind. Das ist im Südsudan mit ca. 200 Völkern nicht einfach. Des weiteren sollten Staatseinnahmen nicht von der Zentralregierung, sondern lokal verwaltet werden, wo Interesse besteht, dass Gelder investiert werden.

Das alles zementiert erst mal die ethnische Ordnung. Aber diese wird nicht dadurch überwunden, dass sie geleugnet wird, sondern indem die Probleme angesprochen werden, die damit einhergehen. Niemand soll sich dafür schämen müssen, ethnisch zu fühlen oder danach zu handeln. Alles andere führt zu Heuchelei. Wenn der Staat irgendwann die Grundbedürfnisse seiner Bürger zuverlässig erfüllt und durch allgemeine Bildung ein Kulturwandel eingesetzt hat, wird die Bedeutung der Ethnie von allein schwinden. Und Männer werden es auch akzeptieren, dass Frauen im öffentlichen Leben ihren Platz reklamieren. Den müssen sie sich aber erkämpfen, wie das in Kenia oder Uganda geschehen ist. Keine Reform kann patriarchales Denken abschaffen.

Wie ist Ihre Prognose für die Zukunft des Südsudans? Wird es eine baldige friedliche Lösung geben?

Pater Gregor: Ich gebe ungern eine Prognose, bin aber eher pessimistisch. Es ist natürlich möglich, dass ein Kompromiss zwischen Präsident Kiir und dem Rebellenführer Machar gefunden wird und zu der Situation

zurück gekehrt wird, wie es vor dem Bürgerkrieg gewesen ist. Das ist aber keine Lösung und auch kein echter Friede, selbst wenn es wieder „friedlich“ ist. Wenn sich die internationale Gemeinschaft damit begnügt, dass es irgendwie ruhig bleibt, dann ist für die Menschen nichts dabei gewonnen, und irgendwann kommt es wieder zum Knall. Da ich nicht sehe, wie die Interessengegensätze ausgeglichen werden können, erwarte ich nichts Gutes für das Land in nächster Zukunft.



Pater Gregor Schmidt vor dem Eingang der Pfarrei (im Hintergrund das Kirchengebäude)

Mir scheint es, dass die internationale Gemeinschaft vor allem an einem stabilen Staatswesen interessiert ist, egal wie das intern durchgesetzt wird. Sonst hätte die Armee Ugandas nicht stillschweigend freie Hand erhalten, in einer Luft- und Bodenoffensive massiv gegen die Rebellen vorzugehen. Dabei sind die Nuer das Bauernopfer, und die Morde an hunderten Nuer Zivilisten durch Sicherheitskräfte des Präsidenten in der ersten Woche der Kämpfe, die aus einer Soldatenrevolte dem Konflikt eine ethnische Dimension gegeben haben, werden unter den Tisch gekehrt. Präsident Kiir möchte 2015 eine zweite Amtsperiode antreten. Bisher hat er die Kontrolle durchzusetzen. Es würde aber bedeuten, dass der nationale Versöhnungsprozess unmöglich gemacht wird. Nur ein Präsident einer unbeteiligten Minderheit könnte glaubhaft vermitteln.

Was die christliche Arbeit betrifft, so hoffe ich, dass sie Früchte bringt. Das lässt sich aber nicht wie ein Projekt in einem vorgegebenen Zeitraum implementieren. Die Kirche atmet im Rhythmus von Generationen, und so glaube ich, dass es lange dauert, bis die Werte des Evangeliums in der Gesellschaft verwurzelt sind und die Glaubensgemeinschaft eine stärkere Identität als die eigene Ethnie.

Die Medien haben leider nur eine kurze Aufmerksamkeitsspanne. Aber das, was wirklich dem Friedensprozess in der Gesellschaft dient, ist die tägliche unscheinbare Arbeit von zivilen und kirchlichen Gruppen, die gewaltfrei Versöhnungsarbeit leisten.

Kuno Füssel und Michael Ramminger

Dem Kapital an die Wurzel

Das Lehrschreiben »Evangelii Gaudium« von Papst Franziskus: Keine Revolution, aber ein Programm, das dazu führen könnte
28.12.2013 Junge Welt



„Bedingungen, die zur Verelendung führen, müssen beseitigt werden. Sonst bleibe der katholische Glaube billige Vertröstung“ (Papst Franziskus im Jugendgefängnis in Rom, 28.3.2013)

Bei der abendlichen Szene seiner Vorstellung als neuer Papst am 13. März 2013 bat Jorge Bergoglio, so sein weltlicher Name, die versammelte Menge, zuerst ihn zu segnen, denn: »Ich bin ein Sünder«. Dies ist keine gekünstelte Bescheidenheitsfloskel. Franziskus sieht sich eben nicht als das alle Glaubensfragen beantwortende unfehlbare Wesen, sondern bekennt seine Endlichkeit und Fehlbarkeit und gibt zu, dass er auch in seiner Zeit in Argentinien, in der er vom Priester (1969) zum Kardinal (2001) aufstieg, vieles falsch gemacht habe (zu seiner Biografie siehe jW-Thema vom 30.3.2013). Er lehnt protzige Auftritte und pompöse Rituale ab, lebt bescheiden und ist offen für alle, die seine Nähe suchen, besonders aber für die Armen, Notleidenden und Ausgestoßenen

dieser Erde. Wenn dieses Verhalten wenigstens in seiner Kirche Schule machen würde, könnte dies die Welt verändern. Auch wenn er bei Reizthemen wie Abtreibung, Ehescheidung und Homosexualität an der traditionellen Lehre der katholischen Kirche keine Abstriche macht, wird er nicht müde zu betonen, dass er nicht das Recht habe, andere Menschen zu verurteilen und lehnt »geistliche Einmischungen in das persönliche



Leben ab«, wie es im Corriere della Sierra vom 20. September 2013 heißt. Er sucht darum bewusst das verstehende Gespräch mit Frauen, die abgetrieben haben, sowie mit Geschiedenen und Homosexuellen. In

dieser Hinsicht nimmt er die menschliche Freiheit bedeutend ernster als seine beiden Vorgänger.

Den Papstnamen Franziskus hat er sicher nach reiflicher Überlegung gewählt (zur Namensgebung im allgemeinen siehe jW-Thema vom 13.8.2005). Von Franz von Assisi ist der Ausspruch bekannt: »Wer keinen Besitz hat, braucht auch keine Waffen, um ihn zu verteidigen!« Mit dieser Aussage hatte der Begründer des Franziskaner-

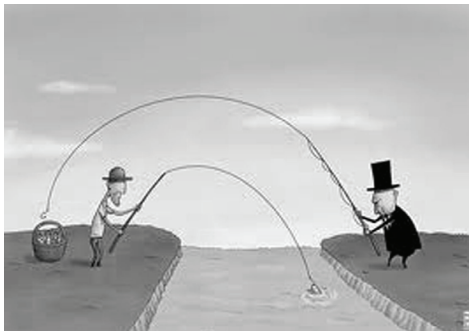
ordens schon im Mittelalter die tödliche Logik des Feudalismus und des später langsam heraufziehenden Kapitalismus entlarvt. Er legt damit offen, dass Reichtumsbildung und Aufrüstung immer Hand in Hand gehen. Die Orientierung des neuen Papstes an Franz von Assisi hat also nichts mit rührseliger Frömmigkeit oder Folklore, sehr wohl aber mit Armut und dem Schicksal der Armen zu tun. Dies geht aus vielen seiner früheren Stellungnahmen und gerade auch der letzten zehn Monate hervor.

Detaillierte Kapitalismuskritik

Seine Aussagen systematisiert der Papst in dem programmatischen Lehrschreiben »Evangelii Gaudium – die Freude des/am Evangelium(s)« (EG) vom 24. November 2013 – jW dokumentierte vier Tage später zentrale Aussagen der päpstlichen Kapitalismuskritik mit der prägnanten Überschrift »Diese Wirtschaft tötet«. Dem tödlichen System schleudert Franziskus ein vierfaches Nein entgegen: Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung; Nein zur neuen Vergötterung des Geldes; Nein zu einem



Geld, das regiert, statt zu dienen; Nein zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt. So lauten die Kapitelüberschriften im Lehrschreiben (Nr. 53–60, siehe kurzlink.de/evangelii). Es enthält neben der erwähnten detaillierten Kapitalismuskritik zwei weitere Schwerpunkte: erstens ein Programm der Evangelisierung, d.h. der breiten und intensiven Umsetzung der Botschaft des Evangeliums als Beitrag zur Gestaltung einer menschengerechten Welt, und zweitens Vorschläge und Forderungen zu einer gründlichen und nachhaltigen Reform der kirchlichen Strukturen



und ihrer pastoralen, diakonischen und politischen Funktionen, beginnend beim Vatikan und endend bei den Gemeinden vor Ort.

Papst Franziskus pflegt eine konkretisierende und gleichzeitig mitreißende Sprache, die oft präzise und polemisch – auch gegen die

eigene Kirche – zuspitzen kann. Seine Argumentations- und Redeformen sind kontextuell und personenbezogen, daher appellativ und auf Handlung drängend. Es geht ihm nie um schöne Formulierungen, sondern um die darin liegende Motivation zu veränderndem Handeln. Vor allem aber ist er ein Meister der metaphorischen Rede. Die enthält natürlich auch ihre Gefahren, was etwa bei der Rede von der Kirche als »Mutter« und den damit verknüpften traditionellen Implikationen offensichtlich wird.

Erinnert sei aber an die oft zitierte, aber nicht interpretierte Metapher, mit der er sich nach der Bekanntgabe seiner Wahl am 13. März 2013 vorstellte: »Ihr habt mich hergeholt vom Ende der Welt.« Er kommt zwar aus Buenos Aires, im Blick hat er aber das Feuerland (Tierra del fuego), welches das Ende der bewohnten Welt darstellt. Franziskus lässt damit an die Entstehung des Namens denken: Die Indígenas zündeten Dauerfeuer gegen die fortwährend bedrohliche Kälte an. Der Papst will damit sagen, dass er gegen die Kälte einer zerstörerischen kapitalistischen Welt permanent Feuer anzündet und uns alle auch dazu animiert. Die Metapher enthält noch einen zweiten Aspekt: Franziskus kommt aus der

Peripherie ins Zentrum und bringt ein differenziertes Bewusstsein für die damit verknüpften Gegensätze und Widersprüche mit. Man muss schon, wie Rainer Hank in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 1. Dezember 2013, von einer besserwisserischen Überheblichkeit geprägt sein, um dem Papst Naivität und grobschlächtigen Antikapitalismus zu unterstellen, der zwar an die Utopie eines christlichen Kommunismus anknüpfe, aber für die Armen noch nie etwas gebracht habe.

Sein neues Lehrschreiben beweist, dass er nicht nur die Dependenztheorie¹ verstanden hat, sondern dass seine Kapitalismusanalyse bis zum Geheimnis des Fetischcharakters von Ware und Kapital vorgedrungen ist (vgl. EG, Kapitel II, 55 sowie sein Schreiben »Wider den Fetischismus des Geldes« vom 16.5.2013). Das war den Päpsten von Leo XIII. (Enzyklika »Rerum novarum«, 1891) bis Johannes Paul II. (Enzyklika »Laborem exercens«,



1981) in ihrer Kapitalismuskritik nie gelungen. Sie hinderte ein tief sitzender Antikommunismus daran, die Kategorien von Karl Marx anzuwenden. Bis heute verschweigen die Vertreter der

katholischen Soziallehre – die in dem Lehrschreiben zwar erwähnt, aber nach der Meinung von Kardinal Karl Lehmann in Zeit Online vom 5. Dezember 2013 vom neuen Papst nicht explizit gewürdigt wird

1 Dependenztheorie bezeichnet eine ursprünglich aus Lateinamerika stammende Entwicklungstheorie, die die hierarchischen Abhängigkeiten (Dependenzen) zwischen Metropolen (industrieller Westen) und Peripherien (»Entwicklungsländer«) untersucht.

– keineswegs die sogenannten Auswüchse des Kapitalismus und sein Versagen. Sie befürworten daher die »Zähmung des Raubtieres«, sehen aber nicht, dass dies auf Dauer nicht gelingen kann, weil sie dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsweise widerspricht. Der neue Papst bringt es hingegen auf den Punkt: »Diese Wirtschaft tötet«.

Es geht Bergoglio um mehr als die traditionelle Betonung des Vorrangs der Arbeit vor dem Kapital und die Ablehnung von Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterschaft. Es geht ihm darum, dass große Teile der Weltbevölkerung gemäß der Systemlogik, und nicht durch einen bedauerlichen Unfall, vom gemeinsam produzierten Reichtum ausgeschlossen werden und damit ihre Lebensgrundlage und Existenz verlieren. Sein Besuch in Lampedusa stellte dieses Bewusstsein nachdrücklich unter Beweis – wobei er zusätzlich noch eine neue Form der Globalisierung, nämlich die »der Gleichgültigkeit« geißelte.

Keine theologische Anthropologie

„Das Leben der katholischen Hirten in Prunk und mit Macht scheint gefährdet zu sein. Doch die reaktionären Funktionäre in der katholischen Kirche warten auf den ersten Fehler von Franziskus“ (Präfekt der Glaubenskongregation, Erzbischof Müller)

Eine weitreichende Folgerung aus seiner Kapitalismuskritik ist die Erkenntnis, dass Ausbeutung und ungleiche Verteilung des Reichtums auf der Welt eine der tiefsten Ursachen der Gewalt darstellen. Diese Gewalt äußert sich auf verschiedenen Ebenen: Kapitalistische Wirtschaft funktioniert nach dem Gesetz der bedingungslosen Konkurrenz; sie kurbelt permanent die Entwicklung des militärisch-technologischen Komplexes an; sie inszeniert eine Wegwerfgesellschaft, in der nicht nur Lebensmittel, sondern sogar Menschen wie Müll behandelt werden. Seine Schlussfolgerung ist daher unmittelbar einleuchtend: »Solange die Probleme der Armen nicht von der Wurzel her gelöst werden, indem man auf die absolute Autonomie der Märkte und der Finanzspekulation verzichtet und die strukturellen Ursachen der Ungleichverteilung der Einkünfte in Angriff nimmt, werden sich die Probleme der Welt nicht lösen und kann letztlich überhaupt kein Problem gelöst werden« (EG, Kapitel IV,

202). Nimmt man den letzten Satz ernst, dann heißt das: Auch die Kirche kann ihre eigenen nicht lösen, wenn sie nicht für eine Bewältigung der genannten Probleme kämpft. Diese Verknüpfung müsste die gesamte pastoral-diakonische Praxis der Kirche umkrempeln.



Sein klares Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung der für die Kapitalverwertung Unnützen und der Vergötzung des Geldes wird an mehreren Stellen durch anthropologische Reflexionen begründet. Es könnte daher der Anschein entstehen, dass die Analyse des Fetischcharakters von anthropologischen Überlegungen überdeckt wird, wie sie sich in letzter Zeit vor allem im Begriff der Gier artikulieren. Selbst wenn es die Gier des Menschen nach Macht und Reichtum nicht gäbe, würde sich das Wesen des Kapitalismus nicht ändern. Der Papst weicht also nicht auf das Gebiet einer theologischen Anthropologie aus, sondern legt die Instrumentalisierung dieses anthropologischen Defizits durch die kapitalistische Wirtschaftsweise offen. Das Kapitalverhältnis aktiviert das latente Laster der Gier und bringt es zu voller Blüte. Die anthropologische Reflexion ist aber auch deswegen nicht abwegig, weil das Kapitalverhältnis vom Menschen erzeugt wird und seine Folgen daher in den Bereich menschlicher Verantwortung fallen. Marx hat mit dem Begriff der Entfremdung in den »Pariser Manuskripten« zum Zusammenhang von Ökonomie und

Anthropologie hilfreiche Klärungen vorgenommen. Vielleicht entdeckt Papst Franziskus bald auch den theologischen Nutzen dieses Begriffs, wie es schon beim Fetisch der Fall ist.

Solidarität mit Unterdrückten

Wie ein roter Faden durchziehen das Thema Armut und die Option für die Armen die bisherigen Stellungnahmen des Papstes, so auch das neue Lehrschreiben: »Die Armen sind die ersten Adressaten des Evangeliums« (EG, Kapitel I, 48). Der Bezug auf sie hat bei Franziskus im Unterschied zu vielen seiner Äußerungen jedoch keinen metaphorischen, sondern einen sozialanalytischen und theologischen Charakter. Der Kampf gegen die Armut ist einer um die Subjektwerdung der Armen. Diese sind nicht das Objekt rührseligen Mitleids und karitativer Betreuung, worauf sich auch problemlos konservative und reaktionäre Kreise der Kirche einlassen können, weil sie mit vielen guten Werken auch etwas für ihr ewiges Leben tun möchten.

Wegen der oft vorkommenden und häufig zitierten »Option für die Armen« sei kurz noch etwas zu deren soziologischem und theologischem Status angemerkt. In den einschlägigen Texten kommt meist die ausführlichere Wendung »vorrangige Option für die Armen« vor. Das bedeutet, dass mit ihr Prioritäten gesetzt werden. Die Situation der Armen und deren Ursachen müssen berücksichtigt werden, bevor eine befreiende Evangelisierung in Gang kommen kann. Bereits Thomas Müntzer predigte seinen Bauern: »Man kann euch nicht von Gott reden, solange ihr in Knechtschaft lebt.« Nur im Kampf und der Solidarität mit den Armen wird vermieden, dass aus dem Trost des Evangeliums billige Vertröstung wird. Implizit enthält die Option für die Armen auch das Verständnis der Armen als durch das System arm gemachte, also als ökonomische Klasse, was über ihre Wahrnehmung als verelendete Masse weit hinausgeht. Franziskus geht zwar nicht explizit darauf ein, weiß aber sehr wohl, und dies nicht nur aus Lateinamerika, dass die katholische Kirche sich nicht aus den Klassenkämpfen der Gegenwart heraushalten kann. Dafür liefert das Gegeifer seiner Gegner einen nachdrücklichen Beleg. Dies bedeutet keineswegs, dass die katholische Kirche die Reichen verachtet oder sogar ihr Feind ist: »Universale Liebe bemüht sich vielmehr, in Solidarität mit

den Unterdrückten auch die Unterdrücker von ihrer Macht, ihren Ambitionen und ihrem Egoismus zu befreien«, heißt es beim peruanischen Befreiungstheologe Gustavo Gutiérrez.

Genau in diesem Sinne benennt Franziskus das Problem der Armut und der Existenz derselben auch als ein zentrales theologisches Problem und damit als eine radikale Herausforderung für das Selbstverständnis der Katholiken. Er schreibt: »Die evangelisierende Gemeinde stellt sich durch Werke und Gesten in das Alltagsleben der anderen, verkürzt die Distanzen, erniedrigt sich nötigenfalls bis zur Demütigung und nimmt das menschliche Leben an, indem sie im Volk mit dem leidenden Leib Christi in Berührung kommt« (EG, Kapitel I, 24). Was hier in theologischer Sprache formuliert ist, bedeutet nichts anderes, als daß die katholische Kirche ihre eigentliche Existenz in der Solidarität mit den Leidenden und Unterdrückten findet. Jede Kirche, die von diesem Kriterium absieht und die frohe Botschaft nicht als materialistische frohe Botschaft verkündet – Ende von Armut, Ausbeutung und Unterdrückung –, also nicht praktisch werden lässt, verfehlt ihr Wesen.

Wer seine Kapitalismuskritik, die Option für die Armen und das daraus resultierende Verständnis der Kirche und ihres Dienstes für die Menschen ernst nimmt, kann nicht übersehen, wie nah Franziskus der Praxis und den Grundlinien der Befreiungstheologie ist, auch wenn er mit guten Gründen vermeidet, dies explizit hervorzuheben. Das erkennen seine vielen Gegner im Vatikan, die sich, wie der Präfekt der Glaubenskongregation und Ratzinger-Intimus Erzbischof Gerhard Ludwig Müller, verzweifelt bemühen nachzuweisen, dass der Papst gerade kein Anhänger der Befreiungstheologie sei. Dies kommt in einer schon peinlich zu nennenden Vereinnahmung von Gutiérrez besonders zum Ausdruck. Es ist der allerdings hoffnungslose Versuch, zwischen einer »guten«, weil nichtmarxistischen, und einer »bösen«, weil marxistischen, Befreiungstheologie zu unterscheiden. Franziskus weiß natürlich um die Wirkmächtigkeit des Antikommunismus. Und auf den gegen ihn gerichteten Marxismusvorwurf antwortet er: »Die marxistische Ideologie ist falsch. Aber in meinem Leben habe ich viele Marxisten kennengelernt, die gute Menschen waren. Deshalb fühle ich mich nicht beleidigt.« Kann man das als Distanzierung verstehen, ohne zu wissen, was er mit »marxistischer

Ideologie« meint? Diese kann er sicherlich von marxistischer Theorie auseinanderhalten, denn »die Unterscheidung der Geister« ist seine gut trainierte Fähigkeit als Jesuit. Vor diesem Hintergrund entfaltet er in einem Interview in der italienischen Tageszeitung La Stampa vom 14. Dezember 2013 seine Einschätzung der weit verbreiteten Illusion, dass ein florierender Kapitalismus auch den Armen helfen würde: »Das Versprechen lautete: Sobald das Glas voll ist, würde es überlaufen und den Armen nützen. In Wirklichkeit aber geschieht etwas anderes: Sobald das Glas voll ist, wird das Gefäß auf irgendeine magische Weise größer. Daher springt für die Armen nie etwas heraus.«

Begrenzte Hausmacht

Es ist bedauerlich, dass in der so oft beschworenen kritischen Öffentlichkeit nicht hinreichend wahrgenommen wird, wie sehr der ideologische Klassenkampf in der katholischen Kirche an Fahrt aufgenommen hat. Diese Situation wird sich noch verschärfen, wenn die angekündigten Strukturreformen, allen voran bei der skandalgeschüttelten Vatikanbank und dem Verwaltungsapparat, durchgeführt werden und es an die Streichung von Pfründen und die Einschränkung von Machtpositionen geht: »Eine übertriebene Zentralisierung kompliziert das Leben der Kirche und ihre missionarische Dynamik, anstatt ihr zu helfen« (EG, Kapitel I, 32), schreibt Franziskus. Im Rahmen der sich daran anschließenden Überlegungen plädiert er für eine stärkere Rolle der nationalen und regionalen Bischofskonferenzen, denen er eine gewisse authentische Lehrautorität zuerkennt, wie es bereits das II. Vatikanische Konzil, das letzte große Reformereignis der katholischen Kirche in den Jahren von 1962 bis 1965, gewünscht hatte. Auch das Papsttum muss reformiert werden, um den aktuellen Erfordernissen der Evangelisierung besser entsprechen zu können. All das weist darauf hin, dass der Papst bereit ist, jene Strukturen in Frage zu stellen, an denen der Großteil der vatikanischen Bürokratie hängt und die das größte Hindernis einer »armen Kirche für die Armen« sind, eine Formel, die Franziskus in direkter Anknüpfung an Papst Johannes XXIII. (1958–1963) geprägt hat.

Ein anderes Thema bleibt neuralgisch. Franziskus ist sich auch bewusst, dass eine Erneuerung der katholischen Kirche ohne eine Rehabilitierung

der Frauen und ihrer Bedeutung für das Gedeihen der Kirche unmöglich ist. Glaubhaft betont er immer wieder die Würde der Frau und fordert die Aufwertung ihrer Rolle bei der Gestaltung der Kirche. Aber dann bleibt er doch in der Frage, ob Frauen zum Priester geweiht werden können, ein Gefangener traditioneller Vorbehalte und Fehldeutungen: Frauen wird es in dieser Funktion trotz gravierenden Priestermangels so schnell nicht geben (vgl. EG, Kapitel II, 103 f.).



Viele der derzeitigen Auseinandersetzungen, Neubesetzungen von Ämtern usw. drehen sich für Nichtkatholiken um scheinbar absurde Themen wie die Liturgiegestaltung. Aber dahinter verbergen sich heftige Machtkämpfe, in denen der Papst eine kluge, aber vorsichtige Personalpolitik zur effizienteren Durchsetzung seines Programms betreibt. So wurde beispielsweise der konservative US-amerikanische Kardinal Raymond Leo Burke nicht wieder in die Bischofskongregation berufen, die für Bischofsnennungen und Versammlungen zuständig ist – und dies ist kein Einzelfall.

Allerdings darf all das nicht darüber hinwegtäuschen, dass Franziskus nur über eine begrenzte Hausmacht verfügt. Der italienische Journalist und Vatikan-Berichterstatte Marco Politi entwirft in der italienischen Tageszeitung Il Fatto Quotidiano vom 6. Dezember 2013 ein Szenario: »Bis jetzt ist weder in den Kurien-Abteilungen noch im Weltepiskopat eine kompakte Gruppe von Kardinälen, Bischöfen und Priestern zu sehen, die bereit wären, für Bergoglios Reformen zu kämpfen, wie es die

Verfechter der Gregorianischen Reform im Mittelalter (im 11. und 12. Jahrhundert; d.Red.) oder nach der Wende durch das Konzil von Trient (1545–1563; d.Red.) getan haben. Die nationalen Bischofskonferenzen sehen tatenlos zu. Zu viele nehmen die Anstöße von Franziskus passiv entgegen. Viele Konservative warten schweigend darauf, dass er einen Fehltritt tut.«

Dies mag für den Moment stimmen. Aber die römischen Demütigungen und Verfolgungen nicht nur der lateinamerikanischen Kirche des Volkes und der Befreiungstheologie haben die fortschrittlichen Sektoren der Kirche nicht zerstören können. So gibt es berechtigte Hoffnung, dass der vom Papst beklagte »graue Pragmatismus des kirchlichen Alltags bei dem scheinbar alles mit rechten Dingen zugeht, in Wirklichkeit aber der Glaube verbraucht wird«, von einer vitalen Freude am Kampf für Gerechtigkeit und Befreiung abgelöst wird. »Herausforderungen existieren, um überwunden zu werden«, sagt der Papst.

Kuno Füßel und Michael Ramming sind Befreiungstheologen am Institut für Theologie und Politik (Münster). Sie arbeiten in verschiedenen linken Organisationen, in der Lateinamerikasolidarität und in der internationalen Protestbewegung.

Kuno Füßel studierte Mathematik und Physik, arbeitete bei einer großen Computerfirma, bis er sich entschloss, Theologie zu studieren. Promotion in Theologie in Münster bei Karl Rahner SJ und Johann B. Metz mit einer Arbeit über Wissenschaftstheorie. Von 1971 bis 1982 Wissenschaftlicher Assistent von Metz am Lehrstuhl für Fundamentaltheologie und von Herbert Vorgrimler am Lehrstuhl für Dogmatik, von 1998 bis zu seiner Pensionierung Lehrer für Mathematik, Physik und Religion an der Berufsbildenden Schule Wirtschaft in Koblenz.

Herbert Böttcher

Kommentar der Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“ zum Apostolischen Schreiben des Papstes „Evangelii Gaudium“

Kapitalismuskritik als Evangelisierung - Der Papst und der Kapitalismus

„Diese Wirtschaft tötet.“



Ausgehend von dieser Feststellung formuliert der Papst sein Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung, zur Vergötzung des Geldes, zur Gewalt, deren Wurzel soziale Ungleichheit ist. Wer so über den Kapitalismus redet, kann ihn nicht verstanden haben; denn „zur Überwindung der Armut“ braucht es – wie die FAZ das Glaubensbekenntnis konservativer Eliten zusammen fasst – „Marktwirtschaft und Kapitalismus“. Das „kann dieser Papst nicht sehen“.

Dafür ist der Papst auch zu heilsichtig. Sein Blick ist eben nicht durch die Dogmen der kapitalistischen Heilslehre getrübt. Deshalb erkennt er die tödliche Irrationalität einer Wirtschaft, die materiellen Überfluss und Armut zugleich hervorbringt. Sie spaltet die Menschen in „Nützliche“, die für Produktion und Konsum gebraucht werden, und „Überflüssige“, die als Ausgeschlossene zu gesellschaftlichem „Müll“, „Abfall“ werden. Hier wird „die absolute Dichotomie zwischen Wirtschaft und Gemeinwohl“ sichtbar.

Erhellend ist ein weiterer Verstoß des Papstes gegen ein Dogma der kapitalistischen Glaubensgemeinschaft: den Sicherheitswahn. Nüchtern und geradezu entmythologisierend hält der Papst dem entgegen: „Solange die Ausschließung und die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft und unter den Völkern nicht beseitigt werden, wird es unmöglich sein, die Gewalt auszumerzen.“ Es wäre lohnend, unter diesem Aspekt einmal den Koalitionsvertrag zu lesen. In ihm spiegeln sich beide Dogmen wieder: Im ungebrochenen Glauben an den Kapitalismus werden innergesellschaftliche und weltweite Spaltungsprozesse weiter vorangetrieben und zugleich eine neue Runde der Militarisierung eröffnet, mit der die selbst produzierte Unsicherheit bekämpft werden soll. Und zu all dem gibt es keine Alternative, weil scheinbar ‚jenseits‘ des Kapitalismus kein Heil zu finden ist.

Kapitalismuskritik im Horizont der Evangelisierung

Es ist kein Zufall, dass die Inhalte der päpstlichen Kapitalismuskritik anders akzentuiert sind und ihre Sprache einen neuen Klang hat. Sie unterscheiden sich wohltuend von den einschläfernden Einlassungen der katholischen Soziallehre. Diese kommt ja über hehre Prinzipien nicht hinaus, die dann auch noch so gebogen werden, dass am Ende gar noch die neoliberale Variante des Kapitalismus abgesegnet werden kann. Die andere Akzentuierung und der andere Klang der Sprache des Papstes hängen offensichtlich mit einem anderen Blick auf die Wirklichkeit zusammen. Er ist geprägt vom Gesamtanliegen des Schreibens: der Evangelisierung. Im Kern geht es um die Frage, wie das Evangelium in der gegenwärtigen Weltsituation gelebt werden kann. Vom Evangelium her ist die Option



für die Armen nicht eine unter mehreren Möglichkeiten, sondern gehört zur Mitte des Evangeliums, weil sie eine theologische Kategorie und damit eine Aussage über Gott ist. Deshalb kann es keine Verkündigung des Evangeliums geben, ohne dass die Schreie aus den Sklavenhäusern gehört werden. Gemeinsam mit Gott hat die Kirche diese Schreie zu hören. Und weil es bei der Erlösung, die Gott verspricht, wesentlich um Befreiung aus Unrecht und Gewalt geht, ist „der ganze Weg der Erlösung von den Armen geprägt“.

Wo die Sendung der Kirche in dieser Mitte des Evangeliums verankert ist, kann die Verkündigung sich nicht mehr „ausgewogen“ in den Himmel überzeitlich gültiger Prinzipien flüchten, die dann nachträglich auf die im Prinzip akzeptierte gesellschaftliche Wirklichkeit „angewendet“ werden. Sie wird prophetisch, d.h. sie geht von der Erfahrung des Leidens der Armen und der Reflexion der Wurzeln ihrer Leiden aus. Damit wird sie parteiisch und riskiert gesellschaftliche und auch kirchliche Konflikte. Damit riskiert sie es aber auch – und das wäre die Stärke einer solchen Verkündigung –, sich widersprechen zu lassen und im Diskurs zu präziseren Einsichten und neuem pastoralem Handeln zu kommen. Statt ‚Roma locuta, causa finita‘ wäre sie eine Einladung zum Mit- und Weiterdenken, um zu einem Handeln aus dem Geist des Evangeliums zu kommen.

Innerkirchlich stärkt das päpstliche Schreiben das Engagement derer, die Kapitalismuskritik als theologische Herausforderung, Gott und Götzen zu unterscheiden, und damit als zentral für pastorales Handeln, begreifen. Es dürfte schwerer werden, schon den Gebrauch des Wortes Kapitalismus zu denunzieren. Gesellschaftlich hat das Schreiben des Papstes bei den Kapitalismuskritikern irritierte bis empörte Reaktionen ausgelöst. Insofern hat es bereits erste Früchte getragen. Wie aber wird es weitergehen?

Verteidigung des Papstes durch Affirmation der Marktwirtschaft?

Kardinal Marx hat den Papst verteidigt und dabei zwischen Kapitalismus und einer Marktwirtschaft unterschieden, „die notwendig ist und vernünftig, aber dem Menschen zu dienen hat“. Sie habe der Papst nicht kritisiert, sondern einen „falschen Kapitalismus“, der dann offensicht-

lich von einem „richtigen“ Kapitalismus unterschieden werden soll. Was aber könnte das sein? Der Text von Kardinal Marx liest sich wie eine entschuldigende Entschärfung der päpstlichen Kapitalismuskritik aus seiner Sicht der katholischen Soziallehre. Was übrig bleibt, ist die „zeitlose“ Forderung nach politischer Regulierung. „Es geht um Programme, die Markt, Gesellschaft und Staat in ein neues Beziehungsfeld zueinander setzen, und das global“. Dann aber hätte der Papst nichts anderes im Sinn gehabt als einen Aufguss der am und im Kapitalismus gescheiterten „Sozialen Marktwirtschaft“ auf globaler Ebene. Darüber müsste sich niemand aufregen.

Eine weiterführende Diskussion müsste bei Fragen einsetzen wie: Wo liegen neue Akzente, die über die bisherigen Aussagen hinausgehen? Welche Aussagen müssten präzisiert werden? Daran wird sich entscheiden, ob die Stellungnahme des Papstes die innerkirchliche Kapitalismuskritik voranbringen kann. Im Fokus müsste dabei die Frage stehen: Was meint der Papst, wenn er vom „Fetischismus des Geldes“ und der „Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel“ spricht?

Was meint „Fetischismus des Geldes“?

Die Rede vom „Fetischismus des Geldes“ wäre nur oberflächlich verstanden, wenn es bei ihr lediglich um Geld als Tauschmittel und den ethisch korrekten Umgang mit ihm ginge. Der Papst geht jedoch davon aus, dass „das gesellschaftliche und wirtschaftliche System an der Wurzel ungerecht ist“. Wenn der „Fetischismus des Geldes“ von dieser Wurzel her gesehen wird, muss er als gesellschaftliches Verhältnis begriffen werden: Unter Einsatz von Kapital werden durch Verausgabung von Arbeit Waren produziert, in denen Wert (und Mehrwert) vergegenständlicht ist. Im Tausch werden sie wieder in Geld zurückverwandelt. Der einzige Zweck der Veranstaltung ist die Vermehrung von Geld. Im Geld und seiner Vermehrung kommt der abstrakte und irrationale Selbstzweck des Kapitalismus zum Ausdruck. Sich diesem Selbstzweck zu unterwerfen, das konkrete Leben und die Befriedigung konkreter Bedürfnisse davon abhängig zu machen und ihm zu opfern, wäre der Fetischismus des Geldes, die Wurzel des ungerechten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen

Systems. Die Unterwerfung des konkreten Lebens unter den abstrakten Selbstzweck der Vermehrung von Geld macht den Kapitalismus zu einem System, das tötet. Das wäre aber keine „neue Vergötterung des Geldes“, sondern eine Vergötterung, die mit dem Kapitalismus untrennbar verbunden ist.

Die katastrophalen Dimensionen dieser Wirtschafts- und Lebensweise werden in der Krise des Kapitalismus immer offensichtlicher. Menschen werden zum „Müll“, „Abfall“, wenn sie für die Verwertung des Kapitals überflüssig sind. So tritt eine Situation ein, in der es zum Privileg wird,



seine Arbeitskraft - auch unter prekärsten Bedingungen - ausbeuten zu lassen. So leiden viele unter ihrer Arbeit und andere darunter, dass sie arbeitslos sind. Geschuldet ist dies dem Zwang zur Produktivität.

Konkurrenzfähig ist nur, wer auf möglichst hohem technologischem Niveau produziert. Dies zwingt zur Reduzierung und Verbilligung von Arbeit. Mit der Reduzierung von Arbeit schwindet zugleich die für die Vermehrung von Kapital notwendige Substanz des Werts. Je mehr der Verwertungsprozess durch die in der Konkurrenz erzwungene Entsorgung von Arbeit in die Krise gerät, desto mehr greifen Ausgrenzung und repressive Maßnahmen gegen die Ausgegrenzten um sich. Auch die Flucht auf die Finanzmärkte bietet keinen Ausweg aus der Krise. Sie ist lediglich als verzweifelter Versuch zu verstehen, ohne Arbeit Geld nur durch den Handel mit Finanzpapieren zu vermehren – um den Preis, dass sich Wert und Geld entkoppeln und so die entsprechenden Blasen

bilden, die beim Platzen die eh schon verschuldeten Staaten in den Ruin treiben und von Menschen immer neue Opfer fordern.

Ein Fetisch kann nicht dienen!

„Die Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht“ ist dann als die von der Politik betriebene Unterwerfung unter die vermeintlich alternativlosen Sachzwänge der Kapitalverwertung zu verstehen. Mit der sich verschärfenden Krise des Kapitalismus werden Gestaltungsspielräume immer enger. Zum Scheitern verurteilt sind letztlich alle Versuche, die auf den irrationalen Selbstzweck der Vermehrung abstrakten Reichtums ausgerichtete Marktwirtschaft ethisch zu bändigen.

Der Selbstzweck der Marktwirtschaft, d.h. der Fetischismus des Geldes, der über die durch die Konkurrenz vermittelten Sachzwänge die Gesellschaft beherrscht, lässt sich weder durch Individualethik für Unternehmer regulieren noch per Gesetz auf „Gemeinwohl“ hin umprogrammieren. Deshalb greift auch der Papst zu kurz, wenn er sagt: „Das Geld muss dienen und nicht regieren!“ Wenn das Geld Ausdruck des Fetischs ist, kann es nicht dienen. Ihm muss vielmehr gedient werden. Ein Fetisch, der nichts anderes als Selbstzweck ist und sein kann, lässt sich eben nicht anderen Zwecken dienstbar machen. Er kann nur überwunden werden.



Zum Dienst gegenüber dem Fetisch gehören Opfer. Für den Kapitalismus sind sowohl Menschenopfer als auch Schulden konstitutiv. In der Krise haben auch die letzteren ein Ausmaß erreicht, das von realer Wertschöpfung nicht mehr abgetragen werden kann. Da aber der Fetisch als Wurzel der Probleme nicht angetastet werden darf, müssen immer neue Opfer

gebracht werden – und das ohne jede Aussicht auf (Er-) Lösung aus Schuld und Schulden. Bereits Walter Benjamin hatte den Kapitalismus als „verschuldenden Kultus“ beschrieben, in dem es keine Entsühnung gibt. Deshalb gehört zu ihm das „Aushalten bis zum Ende“ ebenso wie der „Weltzustand der Verzweiflung“. Was das für das Leben der Menschen bedeutet, lässt sich in den verschuldeten Ländern sehen. Obwohl Schuldenberge nicht abgearbeitet werden können, soll das Unmögliche erzwungen werden – durch Sparen ebenso wie durch eine immer härter und prekärer organisierte Lohnarbeit.

Die Fetischismuskritik des Papstes weitertreiben!

Im Blick auf die Weiterentwicklung der päpstlichen Kapitalismuskritik wäre zunächst einmal denen zu widersprechen, die mit der Verteidigung des Papstes eine Entschärfung seiner Aussagen verknüpfen. Vor allem



aber käme es darauf an, die vom Papst angestoßene Fetischismuskritik so weiter zu treiben, dass der Fetisch von seiner Wurzel („radikal“) begriffen wird. Dies könnte so manche politische Forderungen als kurzschlüssig und Alternativkonzepte als illusionär erkennbar machen, vor blindem Aktionismus bewahren und Horizonte eines Handelns sichtbar werden lassen, das auf die emanzipatorische Überwindung des Fetischs zielt.

In diesem Sinne zu Verstand gekommene Menschen dürften nicht mehr bereit sein, das Leben dem irrationalen Selbstzweck des Kapitalfetischs zu opfern, sondern sich eher von Wegen der Befreiung inspirieren lassen, zu denen Israels Gott und sein Messias einladen.

PAX CHRISTI-Mitglied Herbert Böttcher ist Pastoralreferent im Bistum Trier, lebt in Koblenz, in den 80er Jahren war er Gründungsmitglied der Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“

Norbert Arntz

Lesung: Amos 5, 21-24

Gloria Dei vivens pauper – Gott wird geehrt, wo und wenn die Armen leben können

Predigt im 18. Politischen Nachtgebet zu Münster am 21.März 2014

Mit dieser Erkenntnis, angestiftet vom Kirchenvater Irenäus von Lyon, gewinnt Oscar Arnulfo Romero den „Schlüssel zum Verständnis des christlichen Glaubens, des Handelns der Kirche, den Schlüssel zum Verständnis der politischen Dimension dieses Glaubens und dieses kirchlichen Handelns“. Im Glauben selbst entscheidet sich nicht, ob er wahr ist oder nicht.



Im Glauben selbst gibt es kein Wahrheitskriterium über den Glauben. Das Wahrheitskriterium über den Glauben ist vielmehr der Mensch als Subjekt, der lebendige Mensch. Daran dass der Arme leben kann, erweist sich zugleich, ob der Glaube wahr ist

oder nicht, ob man an den Gott des Lebens glaubt oder an die Götzen des Todes, worin das Evangelium besteht und ob man auf der Suche nach dem Reiche Gottes ist.

Die Tatsache allein, dass es Arme gibt, dass sie als Opfer der herrschenden Gesellschaftsordnung zu verstehen sind, - dieses Faktum beweist,

dass die gegenseitige Anerkennung aller Menschen zerbrochen ist und dass insofern die menschlich-gesellschaftlichen Beziehungen insgesamt deformiert sind. Wer die menschlich-gesellschaftlichen Beziehungen sanieren will, wird dieses Unternehmen von den Armen aus anzugehen haben. Aus der Option für das Überleben der Menschheit also folgt die Option für die Armen. Die Armen offenbaren, wie sehr das Überleben der gesamten Menschheit durch Opferlogik bedroht ist. Diese Bedrohung betrifft die gesamte Menschheit, und nicht nur eine bestimmte Gruppe der Menschheit. Aber eben die Armen werden davon zuerst bedroht. Sie sterben, bevor sie gelebt haben.

Aus dieser Einsicht erhebt Romero prophetischen Einspruch:

1. Prophetischer Einspruch:

„Unter uns sind die schrecklichen Worte der Propheten Israels Realität. Denn unter uns leben jene, ‘die den Unschuldigen für Geld und den Armen für ein Paar Sandalen verkaufen’ (Am 2,6), jene, ‘die Schätze von Frevel und Raub in ihren Palästen sammeln’ (Am 3,10), jene, ‘die



die Armen schinden’ (Am 4,2), jene, ‘die immer nach Frevelregiment trachten und auf elfenbeingeschmückten Lagern schlafen’ (Am 6,3), jene, ‘die ein Haus zum anderen bringen und einen Acker an den anderen rücken, bis kein Raum mehr da ist und sie allein das Land besitzen’ (Jes 5,8). Diese Worte der Propheten Amos und Jesaja sind nicht ferne Stimmen, die uns über Jahrhunderte hinweg erreichen, das sind keine

Texte, die wir ehrerbietig in der Liturgie verlesen. Das sind Realitäten, deren Grausamkeit und Intensität wir täglich erleben.

Sechs Wochen vor seiner Ermordung, in seiner Rede aus Anlass der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Löwen am 2. Februar 1980 analysiert Romero mit Hilfe der Propheten des ersten Testaments am Beispiel der Lage seines Volkes damals die Realität jener Welt, in die die Kirche verwickelt ist.

Romero gibt einmal mehr zu verstehen, dass es der Bibel nicht um Religion geht, um ein System religiöser Rituale, Formen und Institutionen, sondern um das Leben der Menschen, das sich an der Lage der Erniedrigten und Beleidigten ablesen lässt.

33 Jahre später folgt ihm darin Papst Franziskus:

[EG = Evangelii Gaudium 53] *Ebenso wie das Gebot „du sollst nicht töten“ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ein „Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen“ sagen. Diese Wirtschaft tötet.*

Es ist unglaublich, dass es kein Aufsehen erregt, wenn ein alter Mann, der gezwungen ist, auf der Straße zu leben, erfriert, während eine Baisse um zwei Punkte in der Börse Schlagzeilen macht. Das ist Ausschließung. [...] Mit der Ausschließung ist die Zugehörigkeit zu der Gesellschaft, in der man lebt,

an ihrer Wurzel getroffen, denn durch sie befindet man sich nicht in der Unterschicht, am Rande oder gehört zu den Machtlosen, sondern man steht draußen. Die Ausgeschlossenen sind nicht „Ausgebeutete“, sondern Müll, „Abfall“.



2. Entlarvung des Götzendienstes

Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus ist nicht nur die Folge einer schlecht angewandten Wirtschaftsform. Sie ist vielmehr die Folge einer perversierten Religion...

Wer den Gott des Lebens verkünden will, muss auch die Götzen des Todes entlarven. Wer vom Reich Gottes reden will, muss auch die Anti-Reiche der Götzen mit Namen nennen. Das hat Romero in Predigten und Hirtenschreiben immer wieder getan. In seinem Vierten Hirtenbrief zum 6. August 1979 prangert Romero explizit den Götzendienst an:

Der Götzenkult des Reichtums hindert die Mehrheit daran, die Güter, die der Schöpfer für alle geschaffen hat, zu genießen, und er führt die Minderheit, die alles besitzt, zu einem übertriebenen Genuß dieser Güter.

Sie alle dienen einem falschen Gott. Sie dienen Götzen, die nach Menschenopfern verlangen. Sie dienen dem Götzen Moloch.

34 Jahre später bezeichnet Papst Franziskus diese perversierte Religion als „Fetischismus des Geldes“. Diese Religion schafft Götzen, die den Menschen in Sklaverei treiben und sogar ums Leben bringen. So seine Deutung des Einsturzes der Textilfabrik in Dhaka/Bangladesh, bei dem im April vergangenen Jahres mehr als eintausend Menschen ums Leben gebracht wurden. Mit seltener Eindeutigkeit verurteilte Papst Franziskus am 1. Mai 2013 die Arbeitsbedingungen als menschenverachtend, als „Sklaverei“, die nach Artikel 4 der UN-Menschenrechtserklärung verboten ist. Und drastisch bezeichnete er das Handeln, das den Arbeitsbedingungen zu Grunde liegt, als Sünde. Die Befreiung der Armen aus unmenschlichen Verhältnissen, die Befreiung zum Leben - das ist Gottes Dienst an unserer Befreiung.

(EG 55) *Die Finanzkrise lässt uns vergessen, dass an ihrem Ursprung eine tiefe anthropologische Krise steht: die Leugnung des Vorrangs des Menschen! Wir haben neue Götzen geschaffen. Die Anbetung des antiken goldenen Kalbs (vgl. Ex 32,1-35) hat eine neue und erbarmungslose Form gefunden im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel.*

Romero geht in der Götzenkritik noch einen Schritt weiter. Er prangert an, dass sogar aus dem Gott Jesu ein Götze gemacht werden kann:

„Ein anderes falsches Gottesbild ist der spiritualisierte Gott, der Gott ohne Fleisch und Blut, der Gott des Priesters und des Leviten, die einen Bogen um den Verwundeten, um den armen Juden machen und ihm nicht helfen. Das ist der Gott jener, die sagen: Ah, die Kirche macht Politik, [...] sie spricht nur von irdischen Dingen. Das liegt nur daran, dass sie möchten, dass man nicht davon spreche, dass man sich nicht um den verwundeten Menschen kümmere!“¹



Etwas zurückhaltender, aber nicht weniger klar formuliert Papst Franziskus:

[EG 203] *In dieser Welt stört es, dass man von weltweiter Solidarität spricht; stört es, wenn man von einer Verteilung der Güter spricht, stört es, wenn man davon spricht, die Arbeitsplätze zu verteidigen, stört es, wenn man von der Würde der Schwachen spricht, stört es, wenn man von einem Gott spricht, der einen Einsatz für die Gerechtigkeit fordert.*

1 Predigt vom 21. Mai 1978, in: O.A. Romero, Su Pensamiento, Bd. IV, S. 252 – Eigene Übersetzung

[EG 204] *Wir dürfen nicht mehr auf die blinden Kräfte und die unsichtbare Hand des Marktes vertrauen.*

[EG 262] *Zugleich »gilt [es], die Versuchung einer intimistischen und individualistischen Spiritualität zurückzuweisen, die sich nicht nur mit den Forderungen der Liebe, sondern auch mit der Logik der Inkarnation [...] schwer in Einklang bringe ließe.[...] Die Privatisierung des Lebensstils kann die Christen dazu führen, zu einer falschen Spiritualität Zuflucht zu nehmen.*

3. Das Evangelium vom Leben für alle: ohne die Armen kein Heil!

Menschen wie Romero und Jorge Mario Bergoglio lassen uns erneut erkennen, dass das Evangelium kein Religionsbuch ist, noch weniger eine Art Katechismus mit wahren Sätzen der einzig wahren Religion. Das Evangelium ist ein alternatives Welt-Projekt, das dem Leben aller dienen will, um diese Welt menschlicher zu machen.

So Romero 1979

Die Transzendenz, welche die Kirche predigt, ist keine Entfremdung. Transzendenz bedeutet nicht, zum Himmel zu gehen, an das ewige Leben zu denken und über die Probleme der Erde hinwegzusehen. [...] Es handelt sich vielmehr um eine Transzendenz, die für das menschliche Herz gilt. Sie bedeutet, sich auf das Kind, auf den Armen, auf den in Lumpen Gekleideten, auf den Kranken einzulassen, in die Elendshütten und Häuser zu gehen und mit ihnen zu teilen. Transzendenz bedeutet, aus der Mitte des Elends selbst diese Lage zu überschreiten, den Menschen zu erheben, ihn voranzubringen und ihm zu sagen: Du bist kein Abfall, du gehörst nicht an den Rand. Vielmehr das Gegenteil: Du hast eine große Bedeutung.“

Und im Jahre 2013 sieht Papst Franziskus die göttliche Würde des Menschen durch das Glaubensbekenntnis bestätigt:

[EG 178] *Einen himmlischen Vater zu bekennen, der jeden einzelnen Menschen unendlich liebt, schließt die Entdeckung ein, dass er ihm da-*

durch unendliche Würde verlieht. Bekennen, dass der Sohn Gottes unser menschliches Fleisch angenommen hat, bedeutet, dass jeder Mensch bis zum Herzen Gottes erhöht worden ist. [...] Bekennen, dass der Heilige Geist in allen wirkt, schließt die Erkenntnis ein, dass er in jede menschliche Situation und in alle sozialen Bindungen einzudringen sucht.

[EG 67 - Gegen „die Globalisierung der Gleichgültigkeit“] *beharren wir Christen auf dem Vorschlag, den anderen anzuerkennen, die Wunden zu heilen, Brücken zu bauen, Beziehungen zu knüpfen und einander zu helfen, so dass „einer des anderen Last trage“ (Gal 6,2).*

Das Leben aller Christen in den unterschiedlichsten gesellschaftlich-kulturellen Ausprägungen (Junge, Alte, Verarmte, Migrant*innen, Mittelklasse) ist an die Sache der Armen und Anderen gebunden, die Opfer des herrschenden Anti-Reiches sind. Die Opfer sind nicht nur die Hauptpersonen bzw. Adressaten des Projektes Gottes, sie sind der Ort, an dem Gott selbst erfahren wird. Im Christentum sind Soziale Frage und Rechtgläubigkeit eng miteinander verbunden. Gleichgültigkeit gegenüber der Ausbeutung und Missachtung der Armen ist Sünde. In den Armen erkennt die Kirche „das Bild dessen, der sie gegründet hat und selbst ein Armer und Leidender war“ (Lumen Gentium 8c).

Nur in der Nähe zu den Armen kann die Kirche das Evangelium wahrhaft verkünden. Es gibt eine enge Verbindung zwischen der Wahrheit des Evangeliums und den Armen.

Papst Franziskus zeichnet diese Verbindung nach:

[EG 197] *Der ganze Weg unserer Erlösung ist von den Armen geprägt. Dieses Heil ist zu uns gekommen durch das „Ja“ eines demütigen Mädchens aus einem kleinen, abgelegenen Dorf am Rande eines großen Imperiums. Der Retter ist in einer Krippe geboren, inmitten von Tieren, wie es bei den Kindern der Ärmsten geschah; zu seiner Darstellung im Tempel wurden zwei Turteltauben dargebracht, das Opfer derer, die sich nicht erlauben konnten, ein Lamm zu bezahlen (vgl. Lk 2,24; Lev 5,7); er ist in einem Haus einfacher Handwerker aufgewachsen und hat sich sein Brot mit seiner Hände Arbeit verdient. Als er mit der Verkündigung des Gottesreichs begann, folgten ihm Scharen von Entrechteten, und so zeigte sich, was er selbst gesagt hatte: »Der Geist des Herrn ruht auf*

mir; denn der Herr hat mich gesalbt. Er hat mich gesandt, damit ich den Armen eine gute Nachricht bringe« (Lk 4,18). Denen, die unter der Last von Leid und Armut lebten, versicherte er, dass Gott sie im Zentrum seines Herzens trug: »Selig, ihr Armen, denn euch gehört das Reich Gottes« (Lk 6,20); mit ihnen identifizierte er sich: »Ich war hungrig, und ihr habt mir zu essen gegeben« und lehrte, dass die Barmherzigkeit ihnen gegenüber der Schlüssel zum Himmel ist (vgl. Mt 25,35f).



Mit anderen Worten: Die gegenseitige Anerkennung der Menschen – und damit das Bekenntnis zum Gott des Lebens – hängt daran, dass die Menschen sich gegenseitig als körperlich bedürftige Subjekte anerkennen. Nur wenn sie einander das reale und konkrete Leben möglich machen, suchen sie in Tat und Wahrheit nach einer Gesellschaft, in der niemand ausgeschlossen wird, in der vielmehr alle ihre Würde als Töchter und Söhne Gottes erfahren; bzw. biblisch formuliert: nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit (vgl. Mt 6,33)

4. Die Suche nach dem Reich Gottes

Diese Suche nach dem Reich Gottes ist eine tägliche Aufgabe. Die Suche nach der Realisierung eines würdigen Lebens aller Menschen, der Armen zuerst, evangelisiert die Kirche. Die Armen evangelisieren uns, sagt Franziskus (EG 198). Diese Aufgabe verwirklicht die Kirche, indem

sie einerseits das Menschenopfer verursachende System denunziert und mit ihm bricht, und andererseits zugleich die Gute Nachricht von der unter uns anbrechenden anderen Welt verbreitet (EG 278).

Wer die Option zugunsten der Armen trifft,

- gewinnt Einsicht in die gesellschaftlichen Mechanismen, die Menschen ausgrenzen und „überflüssig“ machen;
- gewinnt den Scharfblick für die psychologischen Mechanismen, die unsere Seelen für „diese Art von Welt“ (vgl. Joh 17,14-16) zurichten sollen;
- sehnt sich nach Weitsicht durch die Utopie vom Reich Gottes, von jener Gesellschaft, in der alle Platz haben und das Leben in Fülle finden;
- gewinnt Umsicht, mit der eigenen Kraft zu suchen, was Heilung und Frieden schafft.

Oder – um noch einmal Papst Franziskus zu zitieren:

[EG 188] *Das Wort „Solidarität“ hat sich ein wenig abgenutzt und wird manchmal falsch interpretiert, doch es bezeichnet viel mehr als einige*



gelegentliche großherzige Taten. Es erfordert, eine neue Mentalität zu schaffen, die in den Begriffen der Gemeinschaft und des Vorrangs des Lebens aller gegenüber der Aneignung der Güter durch einige wenige denkt.

[EG 189] *Die Solidarität ist eine spontane Reaktion dessen, der die soziale Funktion des Eigentums und die universale Bestimmung der Güter als Wirklichkeiten erkennt, die älter*

sind als der Privatbesitz. Der private Besitz von Gütern rechtfertigt sich dadurch, dass man sie so hütet und mehrt, dass sie dem Gemeinwohl besser dienen; deshalb muss die Solidarität als die Entscheidung gelebt werden, dem Armen das zurückzugeben, was ihm zusteht.

„Gott wird geehrt, wo und wenn die Armen leben können“.

Sigrid Wittkamp

„Der Auftrag von Adveniat in Lateinamerika und sein Beitrag in der Kirche in Deutschland“

Studientag in der LVHS in Freckenhorst am 18.1.2014.

In Zusammenarbeit mit PAX CHRISTI referierte Prälat Bernd Klaschka, Geschäftsführer von Adveniat.

Wie seit 23 Jahren Tradition trafen sich am dritten Samstag im Januar Mitglieder von PAX CHRISTI der Region östliches Münsterland und Gäste zu einem Studientag in Freckenhorst.

In diesem Jahr besteht Adveniat 50 Jahre. „Adveniat regnum tuum“, aus dieser Vaterunserbitte stammt Name und Programm des bischöflichen Hilfswerks.

Bernd Klaschka stellte Struktur und Projekte von Adveniat vor, nachdem er einen kurzen Einblick in persönliche Erfahrungen als Priester in Mexiko, im „Centro Social Cardinal“, Bistum Tula, aufzeigte.

Zuletzt war er 1996-2004 in Tula tätig, wo es für 1 Mill Einwohner 79 Priester gab. 2004 und 2009 als Leiter von Adveniat gewählt, ist Bernd Klaschka auch Sprecher aller kirchlich-katholischen Hilfswerke.

Aktuell gibt die Wahl von Papst Franziskus Anlass, auf Adveniat als Brücke zwischen Deutschland und Lateinamerika zu blicken.

Was ist Mission heute?

Im Rückblick auf Eroberung und Gewalt beurteilen wir heute Mission oft negativ. Christliche Missionare brachten ihr System (Spanien) zusammen mit der „Frohen Botschaft“ in die Neue Welt. In neuerer Zeit wurde das moderne Wirtschaftssystem nach Lateinamerika exportiert,

Mission erschien im Gewand von Geschäften. Im Gegensatz dazu rückten Anstöße der Theologie der Befreiung den Begriff „Reich Gottes“ in eine grundlegend andere Sicht als Paradigma der Hoffnung auf Realisierung von Freiheit, Gleichwertigkeit und Gerechtigkeit für alle Menschen.

Zwar stand die Herrschaft Gottes immer schon im Zentrum der Verkündigung Jesus, sie ist aber im Neuen Testament nirgends definiert: So wurde die Vaterunser-Bitte „Dein Reich komme“ im Laufe der Zeit höchst verschieden ausgelegt, Missbrauch zur Legitimation von „Herrschern im Namen Gottes“ war oft die Folge.

Im Zentrum der Verkündigung Jesu Christi steht die Aufforderung „Kehrt um und folgt mir nach“. Jesu Handeln in der Welt beginnt mit dem Wort: „Die Zeit ist erfüllt“. Zeit soll hier verstanden sein als Kairos, als Zeit jetzt gebotenen Handelns, im Namen Gottes sein Reich hier und jetzt herbeizuführen. So verwirklicht sich im Gebet und im Handeln der Anbruch einer neuen Herrschaftsweise in der Welt, in welcher Macht positiv wirkt für den Menschen mit „reich“ als Eigenschaftswort: Die Bedürftigen sollen reich beschenkt sein vom Kommen des Reiches Gottes. Ein Prozess beginnt, in prophetischer Tradition ist er immer Gegenwart, jederzeit präsent in jedem Raum, in jedem Kontext, fortgeführt und getan in der Nachfolge Jesu. Auf diese Weise wird die Vaterunser-Bitte zu einem neuen Dogma. Bei Lukas hören wir die Frage: „Wann kommt dieses Reich Gottes?“ Jesus antwortet: „Es ist mitten unter euch.“

Heute leben wir nicht mehr in der Naherwartung vom Kommen des Gottesreiches. Wir leben in der Spannung zwischen „Es ist schon angebrochen – und doch noch nicht ganz da“, wie es Jesus im „Gleichnis vom Senfkorn“ vorstellt. Papst Franziskus spricht vom „Schatz im Acker“, den es zu suchen gilt, indem wir uns freimachen vom Besitzdenken.

Ernesto Cardenal formulierte: „Wir sind eingeladen zum Festmahl, wir sehen von Ferne das Licht im Festsaal – aber wir sind noch nicht dort“.

Zugesagt ist uns das Reich Gottes als Geschenk, nicht als Belohnung. Geduldig sollen wir im Alltag in der Nachfolge Jesus daran weiter bauen, getragen von dem Lebensgefühl, dass das Reich Gottes nicht „von der

Welt“ ist, aber „in der Welt“ verwirklicht wird. Gerade Matthäus betont im Evangelium immer wieder die Verheißung: „Blinde sehen, Lahme gehen, Tote stehen auf ...“

Nachdem wir die biblischen Grundlagen aus befreiungstheologischer Sicht vor Augen hatten, kamen wie aus befreiungstheologische Handeln von Adveniat in Lateinamerika: Seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts sind zahlreiche Projekte entworfen und entwickelt worden. Die Verlautbarung der Würzburger Synode „Unsere Hoffnung“, Texte von Norbert Mette, Dorothee Sölle, Ernesto Cardenal und anderen, das beispielhafte Wirken von Oscar Romero, die Entstehung zahlreicher Basisgemeinden schufen eine neue Wirkungsgeschichte des Evangeliums vom Reich Gottes. Der Mehrwert der Christen vor reiner „Humanität“ ist die Sicht des Menschen als Ebenbild Gottes. Der Widerstand einer Welt, die besetzt ist vom Mehrwert des Materiellen gegen die christliche Sichtweise ist vielfältig und stark. Diesen Widerstand gilt es zu überwinden, hier setzt die Arbeit von Adveniat ein.

Wir hatten den Grundlagentext zur Adveniat-Aktion 2013 „Kirchliche Bildungsinitiativen in Lateinamerika“ vorliegen.

In Lateinamerika fehlt es den meisten Menschen an fast allen Grundlagen für selbstbestimmtes Leben, an Nahrung und Wasser, medizinischer Versorgung, an Raum und eigenem Land, und eben an Bildungsmöglichkeiten. In einem Kontinent mit sehr hohem Anteil an jungen Menschen will die Adveniat-Initiative den Zugang zu Bildung wesentlich verbessern.

Da Adveniat Projekte entwickelt und unterstützt, die vor Ort in Lateinamerika angestoßen werden, sind die Basisgemeinschaften oft der Ort der Entdeckung von Notwendigkeit der Veränderung zugunsten der Menschen.

Seit dem Treffen von Medellín setzt sich die „Option für die Armen“ in der Missionsarbeit der katholischen Kirche durch. Die Basisgemeinden sind keine Erfindung des Zweiten Vatikanischen Konzils, sie sind eine Frucht der Bibel, sie ersetzen nicht die Kirche, sondern sie bilden Kirche, in der es um Grundfragen der Menschen geht.

Die ersten entstanden in den 50er Jahren in Brasilien und verbreiteten sich in ganz Lateinamerika. Hier werden gemeinsame Nöte und Probleme benannt, die Bibel und Christus sind das Herzstück der Gemeinden. Nah bei den Menschen geht es um den Glauben, um Hoffnung und Freude, um Beistand in Trauer und Angst, um Schutz der Menschenrechte und Bewahrung der Schöpfung. Die indigenen Einwohner, die sich selber „Mapuche – Menschen der Erde“ nennen, kämpfen um den Erhalt ihrer Kultur, entdecken wieder ihre Wurzeln, ihre Sprache. Norbert Mette berichtet, wie oft und grundlegend in den Gottesdiensten die Vaterunser-Bitte „Dein Reich komme“ gebetet und gesungen wird: „Venga a nosotros u reino“ ist ein wichtiger Kehrvers im neueren geistlichen Liedgut der Basisgemeinden. Hier finden die Menschen ihren Alltag ausgesprochen im Glauben an Gott, der sich erniedrigt hat, und so zu einem der Ihren geworden ist (N. Mette). Adveniat hilft, dass ihre Welt nicht so bleibt wie sie ist, keine billige Vertröstung, sondern Beistand im alltäglichen Kampf ums Überleben.

In Deutschland fehlt es, so Klaschka, an Information über pastorale Arbeit mit den indigenen Völkern. Diese soll intensiver werden, damit die katholische Kirche in Deutschland ihre Unterstützung verstärkt.

Durch Papst Franziskus erlebt die Kirche neue Motivation, die Menschen in Lateinamerika nicht mit ihren Problemen allein zu lassen. Prälat Klaschka gab der Gruppe einen Einblick in Organisation und Finanzierung von Adveniat. Die Finanzierung basiert auf Spenden und geschieht ohne staatliche Hilfsmittel.

Den Abschluss des Studentages bildete eine Eucharistiefeier mit B. Klaschka in der Kapelle der LVHS, Lieder, Gebete und Fürbitten umschlossen nach einmal die Bitte „Dein Reich komme“.

Die TeilnehmerInnen danken Annette Paschke für die Vorbereitungen des Studentages und Bernd Klaschka für seine fundierte Darstellung biblischer Grundlagen und praktischer Arbeit von Adveniat.

PAX CHRISTI-Mitglied Sigrid Wittkamp war Sprecherin der Gruppe Beckum, sie lebt jetzt in der Nähe von Köln

Peter Kopmeier

60 Jahre LVHS u. 40 Jahre MKW – An-„merkungen“ aus Lüdinghausen an- lässlich der beiden Jubiläen (2013/2014)

Wie klingt „LVHS“ auf Polnisch? Auch in unserm östlichen Nachbarland sind Ortsnamen wie Freckenhorst oder Lüdinghausen sowie das geheimnisumwehte Kürzel LVHS durchaus bekannt, obgleich nicht „in aller Munde“ ...

Wenn ich anlässlich eines Jubiläums bei meinem körpereigenen PC (schon etwas mehr als 60 Jahre in Betrieb!) Eingaben wie LVHS und FRECKENHORST abfrage:

Erstmals wohl wurden sie bei mir – vom Niederrhein kommend - „abgespeichert“ bald nach meinem Studien-Start 1968 / 69 in Münster. Da wart zu hören und zu lesen von einem bösen KREIS konzilsinfizierter, keck-aufgeweckter, konstruktiv-kritischer Katholiken (vermieden ist die Kategorie Kleriker!). Jene FRECKENHORSTER beeinflussten mit ihren Reform-Anliegen, Ein-Sichten samt -Gaben u. -Würfen, Warnungen und Visionen z.B. auch mich und manche Studienkollegen wie Hermann Flothkötter, oft mit eigenem kirchlich-gesellschaftlichen Aufbruch-Fieber.

Später (als Reli-Lehrer am Lüdinghauser Canisianum) konnten der Mitkämpfer K.-H. Kocar und ich mit unsern Zehntklässlern dann im selbigen Freckenhorst „Tage religiöser Orientierung“ durchführen. Und im Zeichen von PAX CHRISTI traf man sich dort zu Zeiten atomarer Hochrüstung und des „Konziliaren Prozesses“ bei regelmäßigen Familien-Wochenenden: Diese hatte der neue LVHS-Direktor Flothkötter vom Bernh.-Otte-Haus in Hopsten (mit) nach Freckenhorst friedens-bewegt. Schon Mitte der 80er Jahre knüpften wir Lüdinghauser Verbindungen nach Polen und konnten aus Krakau den Medizinhistoriker Prof. Gajda

mit seiner Gattin als Hörer und ihn auch als Dozenten der LVHS-SOMMER-UNI „einschmuggeln“. Und seit Jahren treffen (nicht nur) wir Lüdinghauser Pax-Christi-Leute mit größeren Gästegruppen aus PL in der LVHS weniger aufeinander als zusammen – bei „besonderen Begegnungs-wochen“.

Aber dazu nun ernsthaft: Anlässlich des Freiburger Katholikentags waren 1978 durch das Maximilian-Kolbe-Werk erstmals sechs polnische Überlebende des Frauen-KZ Ravensbrück zu einem Besuch ins „Land der Täter“ eingeladen worden. Ein französisch abgefasster Brief führte zu einem segensreichen Missverständnis: Denn nur weil sich die polnischen Gäste nach Fribourg/Schweiz eingeladen glaubten, hatten sie sich faktisch auf eine Deutschlandreise begeben. Nach dem geglückten, beglückenden Besuch formulierte eine von ihnen: „Wir sind zweimal befreit worden, einmal 1945, und dann jetzt bei diesen Freiburger Begegnungen in Deutschland!“ Ähnliches haben mehrere Mitglieder unserer Pax-Christi-Gruppe von polnischen Gästen bei unserm ersten Betreuungsdienst (im Sommer 2001!) mit Ernst Spranger in Hopsten und auch später häufiger hören dürfen. Zudem, hatten wir erfahren, gebe es noch „mehr als Zehntausend Überlebender“ allein in Polen; viele von ihnen möchten, bevor sie sterben, gerne ein „anderes Deutschland“ sehen.

Etwa 500 Gäste jährlich konnten vom Kolbe-Werk damals eingeladen werden, aus Polen und anderen östlichen Ländern. Zu mehr fehlte es an geeigneten Häusern, ehrenamtlichen Betreuern, finanziellen Mitteln. Mutig signalisierten wir in der Freiburger Geschäftsstelle: „Demnächst soll es in unserer Diözese Münster jährlich zwei solcher Begegnungsseminare geben.“ Auf das Ein-Verständnis von LVHS-Direktor Flothkötter könnten wir sicherlich bauen! Aus der Perspektive (s)einer Bildungs-einrichtung sei sehr wichtig, dass über Dialog und interkulturelle Kommunikation nicht nur referiert werde, meinte der. (Und er lobte uns später ausdrücklich dafür, dass und wie bei unseren Seminaren internationale Verständigung und christlich-jüdische Annäherungen praktisch erlebt und eingeübt werden.) – Kurz und gut:

Solche Begegnungen („Spotkania“) finden somit seit Sommer 2004 (auch) statt in der Freckenhorster Landvolkshochschule, jener LVHS, die

2014 ihren 60. Geburtstag feiern kann. Übrigens hat die Familie Flothkötter all' unsere Gästegruppen (mit bis zu 25 Polen nebst Betreuern) in ihr Wohnzimmer und ihren Garten privat eingeladen!

Möglich werden diese unsere deutsch-polnischen Wochen dank Unterstützung durch das LVHS-Team (zuletzt vor allem von „Pani Hildegard“!) und inzwischen recht viele weitere Münsterländer/innen ... Von der wunderschönen, das interkulturelle Lernen anregenden LVHS-Umgebung sind unsere Gäste aus Polen immer sehr angetan; ebenso von der exzellenten Küche wie von der freundlichen Aufnahme überhaupt. Und manche lernen und erleben beim Musizieren mit dem LVHS-Senioren-Orchester und dem METHUSA-Chor „beispiels“-„weise“, wie man noch im Alter gemeinsam musisch aktiv sein kann.

Einige Künstler unter unseren Gästen konnten uns manch schreckliche Lebenserfahrung als „verarbeitete“ anvertrauen: Die beeindruckende Komposition „LAGER-Triptychon“ von Prof. Tadeusz Krystyniak hatte z.B. in der Papst-Johannes-Kapelle durch junge Warendorfer Meistermusiker 2010 ihre deutsche Erst-Aufführung. Und Prof. Marek Brzozowski konnte 2011 einige seiner Skulpturen (mit dem oft wiederkehrenden Motiv „Suche nach meiner verloren Mutter“) selber in der LVHS präsentieren. Als Auschwitz-Überlebender schrieb der bekannte polnische Erzähler Pan Bogdan Bartnikowski für eine Feierstunde 2004 ein Gedicht/Gebet zu Ehren Pater Maximilian Kolbes.

Haupt- u. Ehrenamtliche des Maximilian-Kolbe-Werks konnten 2013 in Freiburg mit Gästen aus den Nachbarländern das 40jährige Bestehen dieses Hilfswerks feiern. (Zum ersten MKW-Präsidenten wurde 1973 übrigens der frühere Münsteraner OB Dr. Albrecht Beckel gewählt.) Der Jubiläums-Messfeier stand unser Pax-Christi-Präsident Bischof Algermissen vor.

Eine persönliche Freude war es am Vortag für mich, als wir Pani Wanda und Pani Janina (2010 bzw. 2009 unsere LVHS-Gäste) an den Gräbern von Alfons und Elisabeth Erb wiedertrafen. Beide Polinnen trugen im Freiburger Festgottesdienst (ähnl. wie auf „Freckenhorster Weise“) Symbole herein. Den „Morgen-Impuls“ am eigentlichen Jubiläumstag



(Samstag/Sabbat, 19.10.) in der Fortbildungs-Akademie durfte ich mit „Agorot“-Münzen aus Israel gestalten: als Verweise auf „Dekalog = Zehnwort“ u. „Schabbat“-Erinnerung an den befreienden Exodus.

Erinnert wurde anlässlich des Jubiläums mehrfach auch an den Pax-Christi-„Solidaritätsfonds für KZ-Opfer“, schon ab 1964 ja „Vorläufer“ der Arbeit des späteren Maximilian-Kolbe-Werks.

Zwei recht junge (!) Pax-Christi-Leute aus Mainz konnten ihre Erfahrungen bei Schulbesuchen mit „Zeitzeugen“ vorstellen. Es wurde vom ganz breiten Spektrum der MKW-Arbeit im Austausch berichtet: z.B. von Krankenbesuchen in den östlichen Nachbarländern, von Kuren am Schwarzen Meer sowie Beihilfen für Überlebende des NS-Terrors und von verschiedenen Erholungs- u. Begegnungsaufenthalten für sie bei uns Deutschen. (Das folgende Archiv-Bild zeigt einen Besuch „unserer“



Gästegruppe 2009 mit Pax-Christi-Mitglied Dr. med. Herbert Marx an der ehemals von ihm geleiteten Behinderten-Einrichtung „Maximilian-Kolbe-Schule“ Nordkirchen.)

Zum Sommer 2013 hatte das Kolbe-Werk uns Lüdinghauser Pax-Christi-Leuten wieder einmal polnische Senioren anvertraut, die als Kinder

jüdischer Herkunft (nur) versteckt den Holocaust überleben konnten. Erstmals kamen zu uns in die LVHS auch Gäste, die in Kindertagen Opfer der grausamen „Aktion Zamosc“ wurden: Viele Polen sollten zwangsweise „germanisiert“ werden, drei unserer Gäste waren als Kinder in Majdanek – unsere Begegnungen möchten mahnend erinnern. Wir wissen um den braunen „Schoß, der fruchtbar noch“ (B. Brecht) - leider bis heute auch im Münsterland. Mit unserm ehrenamtlichen Tun möchten wir als Pax-Christi-Leute persönlich etwas beitragen zur Versöhnung. Politisch wollen wir durch die öffentlichen LVHS-Veranstaltungen auch gegen Rassismus und Antisemitismus Impulse setzen. Für die „Zeitschrift für christl.-jüdische Begegnung“ FREIBURGER RUNDBRIEF hat Dr. Theo Mechtenberg (selber zweimal in der LVHS dabei!) über entsprechende Perspektiven unserer Arbeit einen ausführlicheren Bericht verfasst.



„Schabbat-Musik“

So begeisterte z.B. 2013 wieder einmal des TRIO ASHIRA (Münster/Köln) mit „bewe-gender“ Musik zum Schabbat-Vorabend unsere polnisch-jüdischen und anderen polnischen wie deutschen Gäste, unter ihnen auch Regionalbischof (i.R.) Friedrich Ostermann. Religionsleh-

rerin (i.R.) Christa Holtmann konnte zweisprachig über das Brauchtum in jüdischen Familien informieren.

Am Gedenktag Pater M. Kolbes (14.8.) feierten wir (schon vorwegnehmend) das 40jährige Bestehen des Kolbe-Werks mit einem „Brücken-Bau-Abend“. Und einen zauberhaften sonntäglichen Konzert-Nachmittag schenkten drei „internationale“ Stipendiaten der münsterländischen Yehudi-Menuhin-Stiftung zum Jubiläumsjahr des Kolbe-Werks unseren Gästen aus Polen und vielen anderen Musikfreunden.



2013

Die Vorbereitung wie Durchführung unserer alljährlichen Begegnungswochen - mit vielen kulturellen, religiösen, historisch-politischen und kreativen Programmpunkten, Ausflügen usw. - dies fällt uns durchaus nicht zunehmend leichter. Denn die für uns zumeist ja zuvor unbekannten Gäste werden (ebenso wie wir ja auch) nicht jünger. Ihre Erwartungen und Schicksale samt psychisch-physischer Verfassung können wir nur errahnen. In ihrem weit fortgeschrittenen Alter begeben sie sich immer noch auf einen beschwerlichen Weg nach Deutschland und bieten uns sogar Freundschaft an. Dafür sind wir ihnen sehr dankbar! - Bei einem

überraschenden, freudigen Wiedersehen in Warschau mit „unserer Pani Christa“ äußerte eine „welt-erfahrene“ Polin: „Das in Freckenhorst war der schönste Urlaub meines Lebens!“ - und meinte mit URLAUB ein ja keineswegs un-anstrengendes MKW-Begegnungs-Seminar in der ländlichen Volkshochschule (bzw. „Akademie“ des Landvolkes), in besagter LVHS.

Das Lob und vielfachen Dank aus Polen teilen wir hier gerne (mit)!

Gäste schreiben uns noch nach Jahren. Manche senden uns Videos oder Dokumente und sie lassen uns wissen: Im Familien- und Freundeskreis, besonders in den verbreiteten „Clubs“ ehemaliger NS-Verfolgter, erzählten sie oft und gern von ihrem Besuch. Darum: Nicht nur im schlesischen Olesnica (Warendorfs Partnerstadt), auch in Danzig, Krakau, Lodz, Warschau, Nysa und ländlichen Regionen gibt es Polen, denen eine unverständliche Kombination wie „LVHS“ und Zungenbrecher wie „Lidinkhusen“ oder „Fretzenhorsch“ zwar nur schwer über die Lippen kommen. Aber diese Namen haben für diese - nicht wenigen - Menschen einen guten Klang!

Peter Kopmeier ist Mitglied der PAX CHRISTI-Gruppe Lüdinghausen

Friederike Bude

Frieden – Nichts für Feiglinge

Wintertreffen der Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Hochschulgemeinden 2014 in Münster



Jedes Jahr lädt die Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Hochschulgemeinden (AKH) zum Wintertreffen. Jedes Jahr ist eine andere Stadt, eine andere Hochschulgemeinde Gastgeberin dieses Treffens. Die Themen, die diese Begegnung Studierender aus ganz Deutschland rahmen, stehen immer in Verbindung mit der Gemeinde oder der Stadt. Die Studierenden in Münster haben sich dem entsprechend das Thema *Frieden* als Schwerpunkt ausgesucht. So verwundert es nicht, dass Pax Christi durch

unterschiedliche Gruppen und Einzelpersonen an diesem Wochenende vertreten war. Schließlich war eine Idee der Vorbereitungsgruppe in der Katholischen Studierenden- und Hochschulgemeinde Münster (KSHG), viele Gruppe einzubeziehen, die in und um die KSHG sich um das Thema Frieden bemühen.

Recht eindeutig kristallisierte sich bei den inhaltlichen Vorbereitungen heraus, dass Frieden eher weniger mit Sicherheit zusammen gedacht werden kann, sondern viel mehr, dass es vor allem Mut bedarf, sich auf Frieden einzulassen. Friedlich mit jemandem leben, baut erst einmal darauf, dem anderen, der anderen zu vertrauen. Frieden verlangt, scheinbar Sicherheit vermittelnde Barrieren untereinander abzubauen. Frieden scheint letztendlich also nichts für Feiglinge zu sein. Diese vorangestellte Vermutung sollte den Teilnehmenden im Verlauf des Wochenendes immer wieder begegnen.

Den Startpunkt am Freitag markierte das *Ankommen in der Friedensstadt Münster*. Nach einer Begrüßung durch Weihbischof Theißing und einem gemeinsamen Abendessen schloss sich einem ersten Kennenlernen eine Stadtführung durch Münsters Innenstadt an. Ernst Dertmann, Friedensar-



beiter der Pax Christi Bistumsstelle Münster, lenkte den Blick auf viele kleine und große Details, die von der Kriegs- und Friedensgeschichte der Stadt erzählen. Allein die überschaubare Runde um den Dom, die Lambertikirche und das Rathaus erschließt – mit kundiger Unterstützung – zahlreiche Geschichten, die vom Mut, aber auch der Feigheit zeugen, zu Frieden beizutragen oder ihn aber zu verhindern. Sei das in der Person von Galens, am Ort der Bücherverbrennung oder aber auch anhand der Episode der Widertäufer illustriert, um hier nur Stichpunkte zu nennen. Diskussionen am Rande der Gruppe führten dabei immer wieder zu Verweisen in die heutige Situation. Zum Beispiel von von Galen zum Tausend-Kreuze-Marsch, der die Abtreibung geißelt oder auch positiv vom 30-jährigen Krieg zu der deutsch-niederländischen Freundschaft, die für die allermeisten inzwischen ganz selbstverständlich ist.

Den Abschluss dieser anregenden Stadtführung bildete ein gemeinsames Friedensgebet im Rathaus Innenhof vis-à-vis des Dialog-Kunstwerks (E. Chillida: „Toleranz durch Dialog“). Schließlich ist die Rede von Christinnen und Christen vom Frieden in der Welt im Idealfall immer

geprägt durch Gottes Frieden. Der zeigt nach Dorothee Sölle einen „dritten Weg“ für uns Menschen auf, gibt uns ein Beispiel für ein friedliches Miteinander.

Dieses stand auch am Samstag im Zentrum. So startete die Gruppe mit einer Selbstvergewisserung in der Kapelle des Collegium Marianum (des Wohnheims mit dem sich die KSHG das Haus in der Frauenstraße teilt): Was heißt „Frieden wagen“ für mich



persönlich, welche „neuen Wege“ ermöglicht uns Gottes Frieden? Die Antworten der Studierenden fielen unterschiedlich aus, gedacht im privaten Bereich, aber auch übertragen auf ein globales Miteinander.

So wies der morgendliche Impuls auf das Thema des Vormittags hin, er wollte ein *erstes Gespür vermitteln und Frieden als Wagnis beleuchten*. Ein Konfliktherd, der dies deutlich macht und der gleichzeitig Menschen in Deutschland ungleich nah betrifft, ist der im Gebiet von Israel und

Palästina. Die KSHG Münster bereist schon viele Jahre das Heilige Land und ist dadurch auch durch persönliche Erfahrungen und Begegnungen mit Menschen dort verbunden. Besonders die Pastoralreferentin Jutta Kasberg steht mit Land und Leuten in einem langjährigen und vielfältigen Austausch. Sie führte, insbesondere anhand von Kartenmaterial, in die Situation dort ein. Eine informative Basis für einen Filmausschnitt aus der Dokumentation „Hass und Hoffnung“, die aus der Sicht von israelischen und palästinensischen Kindern zeigt, welche Ängste und Vorbehalte eine Befriedung der Lage verhindern. Wo so manchem Teilnehmer, so mancher Teilnehmerin der Tagung die Perspektive der Hoffnung fehlte, war es doch auch wichtig und eindrücklich zu sehen, welcher Mut noch nötig sein wird und welche Wagnisse uns und den Menschen in Israel und Palästina noch abverlangt werden, um Frieden aufzubauen.

Frieden gestalten war dem entsprechend auch die Überschrift für den Workshopnachmittag. Ein Ausschnitt dessen, wie man sich dem großen,

erst vielleicht auch unkonkreten Thema ganz pragmatisch annähern kann, gaben die drei Workshops wieder. Unter dem Titel „FriedensZeichen“ beschäftigte sich Franz-Josef Lotte von Pax Christi Osnabrück mit Friedenszeichen und ihren einzelnen Bedeutungen. Kreativ durch theaterpädagogische Elemente erarbeitet, näherten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Symbolen und ihren Aussagen an und lernten alte Zeichen ganz neu kennen.

Körperarbeit fand sich auch in einem weiteren Workshop wieder, in dem Sarah Roßa vom Bund für Soziale Verteidigung in einem Schnupper-Aktionstraining „Gewaltfreies handeln im politischen Konflikt“ vermittelte. Die Theorie unterfütterte dabei das praktische Ausprobieren. Die Einnahme unterschiedlicher Rollen, sei es die eines Demonstranten oder die einer Polizistin ließ erfahrbar werden, was Gewaltfreiheit und ziviler Ungehorsam meint.



Das gesellschaftspolitische Engagement, der Einsatz für gerechtere Verhältnisse war auch im dritten Workshop nicht weg zu denken. Die Münsteraner Ortsgruppe des Befreiungstheologische Netzwerkes setzte sich mit der Militarisierung der EU-Außengrenzen auseinander. Mit Unterstützung durch Dr. Michael Ramming vom Institut für Theologie und Politik Münster (ITP) thematisierten sie mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern: „EU-Grenzregime: Krieg beginnt hier.“ Heiß diskutiert wurden rechtliche, politische, aber eben auch theologische Perspektiven

auf eine Migrationspolitik, die auf Abschottung und Ausgrenzung abzielt. Die Diskussion um Handlungsperspektiven und eine befreiungstheologische Deutung lies kaum einen der Studierenden unberührt zurück.

Ein sehr intensives Erlebnis war auch der gemeinsame Gottesdienst in der Petrikirche am Samstagabend. In der Eucharistie *feierten* die Studierenden zusammen mit Studentenpfarrer André Pollmann *den Frieden Gottes*. Entlang der



Friedens- und Kriegsgeschichte der Petrikirche entfaltete die studentische Gruppe das Thema in einer eindrücklichen Liturgie, die den Kirchenraum einmal ganz anders sprechen lies und deutlich machte, wie nah uns diese Geschichte all sonntäglich ist.

Der Sonntagvormittag wollte dieses Wochenende abrunden, aber vor allem noch einen wesentlichen Aspekt ganz deutlich heraus stellen: Bei der Beschäftigung mit dem Thema Frieden geht es zumindest in einem weiteren Schritt auch darum, *den Frieden nach außen zu tragen*. So diskutierten die Studierenden mit inspirierenden Podiumsgästen die Frage, die die meisten spätestens nach diesem Wochenende beschäftigte: Wie können Christinnen und Christen zu Frieden beitragen? Mit Peter Bürger, freier Autor und Journalist aus Düsseldorf, Fanny Dethloff, der Bundesvorsitzenden der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche und Annett Werner, Referentin für Friedensarbeit bei Pax Christi Aachen sprach Verena Suchart, eine in der KSHG engagierte Studentin. Dabei illustrierten die Gäste an ihren jeweiligen Arbeitsfeldern, dass es immer wieder Mut erfordert sich für den Frieden einzusetzen. Es gelang ihnen auf ihre je eigene Weise, die Studierenden zu ermutigen, an

ihren Orten an die gesellschaftlichen Ränder zu gehen und Menschen zu begegnen. Es seien zum einen die Begegnungen, die Berührungen mit den persönlichen Schicksalen, die eine theoretische Auseinandersetzung und ein friedenspolitisches Engagement begründen, auch für eine Hochschulgemeinde. Eine politische Orientierung, der Einsatz für ein Mehr an Gerechtigkeit könne sich nicht ohne eine persönliche Beteiligung, nur durch theoretische Reflexion entwickeln. Aber es brauche zum anderen auch einen kritischen Blick auf Kirche und Gesellschaft, um zu erkennen, wo Unfriede herrscht und den Mut, diesen anzuprangern. Frieden ist eben nichts für Feiglinge.



Mit dieser Feststellung ging ein Wochenende zu Ende, an dem sich einige der Studierende auf neue Perspektiven eingelassen haben, manche zum ersten Mal das Thema Frieden so intensiv diskutiert haben und sicher kaum eine und einer unbewegt wieder nach Hause gefahren ist. Denn in wie vielen Lebens- und Arbeitsbereichen dieses Thema eine Rolle spielt und wie sehr es uns betrifft, ist deutlich geworden. So bleibt für jede einzelne, für jede Gruppe und für jede Gemeinde, die Ermutigung und die immer wieder neu geschöpfte Energie den Frieden zu wagen.

Friederike Bude ist PAX CHRISTI-Mitglied, Theologiestudium in Münster; feministischer und sozialetischer Schwerpunkt, arbeitet seit 2011 als Referentin für Politik und Gesellschaft in der KSHG Münster

Hans-Joachim Werner

Leserbrief

Lieber Ernst!

Ihr habt um Beiträge für die pc-korrespondenz gebeten. Vielleicht ist der unten stehende Leserbrief in abgewandelter Form auch ein möglicher Beitrag für die korrespondenz.

Offensichtlich hat die Redaktion der Pax Zeit entschieden, meinen Leserbrief nicht zu veröffentlichen. Obwohl ich zweimal angerufen habe und um Rückruf gebeten habe, hat man keinerlei Kontakt zu mir gesucht und mir bis heute keine Rückmeldung gegeben. Statt dessen hat man meinen Brief Andreas Zumach vorgelegt, der sich angeblich von mir falsch verstanden fühlte.

Das gesamte Verfahren halte ich für diskussionswürdig.

Wenn die pc-korrespondenz den Brief veröffentlicht, dann sollte m. E. darauf hingewiesen werden, dass Pax Christi dankbar sein sollte, wenn Leserbriefe zu engagierter Diskussion beitragen können. Ich halte es auch für fragwürdig meinen Brief Herrn Zumach zur Stellungnahme vorzulegen. Er hatte ja bereits ausreichend die Möglichkeit gehabt seine Position darzulegen.

Herzlichen Gruß,

Hans-Joachim

Der Artikel von Andreas Zumach scheint mir, was den Bereich Syrien angeht zu einseitig. Pax Christi sollte sich m.E. in diesem Konflikt nicht vor den Karren der westlichen Regimechancekampagne in Syrien spannen lassen, sondern Desinformationen in den westlichen Medien aufdecken. Bekannt sind mittlerweile etliche Propandalügen der westlichen Presse sowie der Opposition, um die syrische Regierung zu diskreditieren.

Die österreichische KRONEN-Zeitung veröffentlichte am 28.07.2012 ein gefälschtes Bild aus Aleppo, um Massaker der Regierung zu belegen. (<http://derstandard.at/1342948058586/Krone-dramatisiert-Foto-aus-Syrien-Leser-wenden-sich-an-Presserat>)

Viele der westlichen gelenkten "Nachrichten", die Massaker der Regierung meldeten, kamen von der ein Mann-Organisation "Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte", die Rami Abdulrahman (oder Rami Abdul Rahman oder Rami Abdelrahman) mit dem Pseudonym "Abdul-Rahman" betrieb. (<http://www.sueddeutsche.de/politik/syrische-beobachtungsstelle-fuer-menschenrechte-ominoese-protokollanten-des-todes-1.1522443>)

Kein Wort findet sich im Artikel darüber, dass die Entführung von UN Blauhelmen zweimal auf das Konto von "Rebellen/Terroristen" geht. Kein Wort findet sich darüber, das "Milizen/Rebellen" gefangene Soldaten und Polizisten und (vermeintliche) Unterstützer der syrischen Regierung einfach töten. Kein Wort findet sich in dem einseitigen Bericht von Herrn Zumach darüber, dass die "Rebellen/Milizen" die Bevölkerung in ihren besetzten Gegenden als Schutzschild mißbrauchen und Schutzgeld für den Übertritt aus und zu ihrem Gebiet kassieren.

Kein Wort findet sich in der Rede von Herrn Zumach, dass bewaffnete Milizen den syrisch-orthodoxen Erzbischof von Aleppo, Gregorios Yohanna Ibrahim, und den aus der selben Stadt stammenden griechisch-orthodoxe Bischof Bulos Jasidschi verschleppt und ihren Fahrer, einen Diakon, getötet haben.

Herr Zumach erwähnte nicht, dass die BBC in ihrem Bericht über das Massaker von Houla 2012 ein Photo mit Leichen verwendete, dass 2003 im Irak aufgenommen worden ist. (<http://www.presstv.ir/detail/2012/05/29/243579/bbc-uses-iraq-photo-for-houla-massacre/>)

Zu dem gegen die syrische Regierung gerichteten Vorwurf des Einsatzes von Giftgas ist zu sagen: Carla Del Ponte meinte am 5.5.2013 im Schweizer Sender RSI, dass chemische Waffen, wenn sie eingesetzt worden sind, (damals war ihr Einsatz noch nicht klar gewesen), wahrscheinlich von der Opposition kamen. Seit dem 21. August 2013 wird von den

westlichen Medien zum wiederholten Male das Gerücht verbreitet, Assad hätte an diesem Tag Giftgas gegen die Bevölkerung einsetzen lassen. Es gibt bisher dazu keine Belege und keine Beweise. Sonderbar ist, dass der Augenzeugenbericht der dazu von den syrischen „Rebellen“, die in starkem Maße von der CIA ausgebildet werden, schon am 20. August im Internet zu sehen war. Sonderbar ist auch, dass Assad die UNO-Waffen-Inspektoren eingeladen hat, um eine objektive Untersuchung zu haben, die belegen soll, dass seine Armee keine Chemischen Waffen eingesetzt hat. (Monitor) Sonderbar weil nun die militanten Oppositionellen und die Massenmedien zwei Tage nach Ankunft der Waffeninspektoren in Damaskus behaupten, Assad hätte vor dem Hotelfenster der Waffeninspektoren chemische Waffen eingesetzt! Das erscheint mir äußerst unglaubwürdig; Aber genau das behaupten die westlichen Medien. Zudem sprechen die Augenzeugenberichte eines russischen Fernsighteam von vor Ort (Anna-News, mit dem russischen Wirtschaftswissenschaftler und Journalisten Marar Musin), dagegen. (<http://www.was-die-massenmedien-verschweigen.de/>)

„Bereits Ende Mai tauchte schon Sarin auf, allerdings in der Türkei. Die Polizei Sondereinheit EGM beschlagnahmte in der Stadt Adama zwei Kilogramm des Nervengiftes und nahm zwölf Männer fest. Die Lieferung war für die Al-Nusra-Front bestimmt (gewesen). Schon im März hatte das Damasener Außenministerium nach Angaben der Agentur SANA der Terrororganisation den Einsatz 'chemisch(r) Materialien' vorgeworfen, welche sie von einem 'türkischem Unternehmen erhielt'. (Elsässer/Wiesnewski: Compact Spezial: Kriegslügen der USA, Werder 2013, S.70)

Außerdem hat die reguläre syrischen Wehrpflichtigenarmee zwei Tage später das Chemielabor der militanten Rebellen in dem umkämpften Gebiet gefunden, nachdem sie eliminiert worden und nachdem 40 Assad Soldaten durch Chemische Substanzen umgekommen waren. (<http://www.was-die-massenmedien-verschweigen.de/>)

Im Übrigen, ist es wirklich einer Friedensbewegung angemessen, den Begriff des "Regimes" unkritisch zu übernehmen, der automatisch suggeriert, wer allein "der Schuldige" ist? Was ist mit Saudi-Arabien, das 5000 Al Kaida Kämpfer in Syrien unterstützt, die dort ein islamisches

Kalifat errichten wollen und das brutal die Opposition in Bahrain niedergeschlagen hat. Ist diese Regierung es dann nicht auch Wert ein "Regime" genannt zu werden? Dient diese Bezeichnung überhaupt dazu, konfliktentschärfend zu wirken?

Natürlich ist die Regierung Assad keine lupenreine Demokratie. Man sollte aber nicht vergessen, dass sie von einem großen Teil der Bevölkerung unterstützt wird. Die Regierung Assad ist im Moment der Garant für die Freiheit der verschiedenen Religionsgruppen in Syrien und auch ein Garant für die Frauenrechte in Syrien.

Im Irak und Libyen, wo der Westen bisher meinte, einen Regimechange mit Gewalt von außen unterstützen zu müssen, haben wir mittlerweile eine schlechtere Situation für die Menschenrechte als vorher. Menschenrechte werden nicht mit verdeckten Geheimdienstoperationen oder Militäraktionen voran gebracht, sondern in den allermeisten Fällen am Besten mit Verhandlungen und zivilen Mitteln.

PAX CHRISTI-Mitglied Hans-Joachim Werner war früher aktiv in der Gruppe Warendorf, jetzt lebt er in Wiehl

Stefan Leibold

Leserbrief

Am 31. Januar hielt Bundespräsident Joachim Gauck die Eröffnungsrede bei der Münchner Sicherheitskonferenz, auf der sich hohe Politiker und Militärs treffen, um u. a. über die nächsten Kriege zu sprechen und wie man sie legitimieren kann. Meiner Meinung nach hätte Gaucks Rede einiges mehr an Resonanz gerade auch der Friedensbewegung verdient. Nach dem Lesen der Rede muss ich feststellen:

Kein anderer Politiker nennt so dummdreist die herrschende Ideologie, die den militärischen Status Deutschlands endlich aufrüsten soll, beim Namen. Bei so viel Offenheit bleibt einem wirklich die Spucke weg. Wahrscheinlich sollte man ihm dankbar sein. Horst Köhler trat noch zurück, heute bekommt Gauck Beifall.

Ich möchte nur einige Aspekte herausgreifen: Gauck sagt pauschal:

“Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir jemals hatten.” Da sollte er mal die Flüchtlinge, die Hartz-IV-Empfänger, die Opfer von häuslicher Gewalt mal fragen, um nur einige zu nennen. Für die Reichen und Einflussreichen ist dies sicher ein gutes Land- sie haben sogar von der Krise profitiert.

Eine Geschichtsklitterung: ist zweifellos: “Im außenpolitischen Vokabular reimt sich Freihandel auf Frieden und Warenaustausch auf Wohlstand.” Der Freihandel hat historisch immer den gerade am stärksten entwickelten Nationen und Regionen genützt. Für viele Menschen bedeutet er die Zerschlagung eigener wirtschaftlicher Strukturen und Abhängigkeit von der Macht großer Konzerne. Das geplante transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA wird die Standards von Umwelt, Arbeits- und Verbraucherschutz massiv einschränken und demokratische Verfahren überflüssig machen. Da träumt ein ehemaliger Pfarrer der DDR von Freiheit und hat noch lange nicht verstanden, dass Freiheit im Kapitalismus die Freiheit des Stärkeren ist, den Schwächeren zu zerstören.

Gauck schreibt: “Just in dem Moment überdenkt die einzige Supermacht Ausmaß und Form ihres globalen Engagements. Ihr Partner Europa ist mit sich selbst beschäftigt. Im Zuge dieser Entwicklung zu glauben, man könne in Deutschland einfach so weitermachen wie bisher -- das überzeugt mich nicht.” Ich übersetze: Die USA können sich ihre kostspieligen Kriegseinsätze nicht mehr wie bisher leisten, was für die Völker der Welt ein roßes Aufatmen bedeuten dürfte; eine Intervention in Syrien z. B. wäre schlicht zu teuer. Die Europäer haben diese lästigen Probleme mit den verarmten Massen bei ihnen selbst. Das ist für Deutschland die Chance, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch Supermacht zu werden. Ist das wünschenswert?

Immerhin gesteht er zu, die NSA sei “über das Ziel hinausgeschossen”. So kann man das auch sagen...

Reagiert Deutschland “seinem Gewicht entsprechend”? Noch nicht, sagt Gauck! Aber, so beschwichtigt er gleich, wir sind keine “Drückeberger”: siehe unser (höchst eigennutzorientiertes) Engagement für die Dritte Welt, die Ökologie, der Einsatz für die Verarmung Südeuropas- und wir machen ja auch militärisch schon mit! Aber wir müssen endlich mehr Soldaten in die Welt schicken - und die “Risiken fair teilen”, d.h. uns an mehr tote deutsche Soldaten gewöhnen. Darauf hatte Gauck vor einiger Zeit bereits hingewiesen, dass wir uns vom Glück, selbst kaum tote Soldaten beklagen zu müssen, verabschieden sollten.

Ein Weiteres: Jetzt meinen manche Zeitgenossen, die “responsibility to protect”, die Schutzverantwortung, sei eine ideologische Formel, um zu suggerieren, militärisches Eingreifen geschehe gar nicht für die Menschenrechte. In der Tat, genau so ist es! Gauck ist ob solcher Unterstellungen empört und verweist darauf, wir seien längst involviert, auch wenn wir nichts tun, können wir trotzdem Opfer von Anschlägen werden. Also müssten wir diese Verantwortung auch stärker auf uns nehmen.

Der Militäreinsatz in Afghanistan war ja seiner Meinung nach auch erfolgreich. Das ist allerdings eine steile und mutige Aussage, bei der mittlerweile viele Politiker nicht mitgehen würden. Tatsächlich kann man diesen Krieg des Westens mit guten Gründen als gescheitert ansehen.

Nun noch etwas, wo mir wirklich die Spucke wegblieb. Gauck argumentiert:

Jetzt sagen einige: Nur wegen der “historischen Schuld”, (also nur weil durch Deutsche ein paar Millionen Juden ermordet wurden und Millionen Menschen im von Deutschland angefachten Krieg brutal gestorben sind,) sollen wir nicht wieder überall in der Welt Krieg führen. Aber wir dürfen ja nicht wegsehen, die armen Menschen überall in der Welt! Immerhin traut er sich nicht, wie Joschka Fischer zu sagen: Gerade wegen Auschwitz müssen wir Menschen überall auf der Welt umbringen, aber was festzuhalten bleibt: “Das Prinzip der staatlichen Souveränität und der Grundsatz der Nicht-

einmischung” dürfen für uns nicht mehr uneingeschränkt gelten. Also wenn wir militärisch intervenieren wollen, dürfen wir das. Gründe werden sich finden lassen. Und nach Gaucks Auffassung sind auch Alleingänge durchaus mal drin!

“Um seinen Weg in schwierigen Zeiten zu finden, braucht Deutschland Ressourcen, vor allem geistige Ressourcen”. Die Bevölkerung muss schließlich eingenordet werden durch Diskurse in der Mitte der Gesellschaft, auf die kommenden Kriege vorbereitet werden – dafür gibt es vielleicht sogar mehr Lehrstühle an den Universitäten!

Ob Gauck mehr tote Soldaten einfordert oder in Bezug auf die Diskussion über sexuelle Belästigung vom “Tugendfuror” spricht – die Medien werden ihn wie immer hochloben. Gauck hat nicht verstanden, wie Kapitalismus funktioniert. Er findet ihn toll, weil die DDR so schrecklich war. So bedient er perfekt die Bedürfnisse der Eliten. So bereiten Bundespräsident und Medien die Bevölkerung auf die zunehmende Militarisierung Deutschlands vor. Und das ist ganz zweifellos ein Thema für Pax Christi.

TERMINE

28. Juni 2014

Friedensweg in Saerbeck und Ehrung des großen Pazifisten Martin Niemöller

Die kleine Gemeinde Saerbeck hat einen Friedensweg mit vielen Stationen. Wir wollen davon 4 Stationen besuchen und uns vor Ort von einem Mitarbeiter der Verwaltung erläutern lassen – auch als Anregung für uns. Dazu treffen wir uns um **11 Uhr** am Eingang des Friedhofes zu Saerbeck. Nach einem kleinen Imbiss fahren wir nach Lotte-Wersen zum Grab von Martin Niemöller zum Gedenken seines 30. Todesjahres. Wenn ein Pastor weltbekannt ist, dann muss das neugierig machen: MARTIN NIEMÖLLER war so ein weltbekannter Mann. U-Boot Kommandant im Ersten Weltkrieg – Pastor in Münster, dann Berlin-Dahlem – persönlicher Gefangener Hitlers in den KZ Sachsenhausen und Dachau – Kirchenpräsident – Weltrat der Kirchen – glühender und streitbarer Pazifist in der Bonner Republik und vieles mehr. An seinem Grab werden wir den Lebensweg Niemöllers verfolgen und wir hören Auszüge aus seinen Texten.

Da wir mit Privat-PKW anreisen ist es sinnvoll, sich bei Ernst Dertmann (Tel. 0176 44552286) anzumelden, damit Gemeinschaftsfahrten vereinbart werden können

6.-11. April 2015

PAX CHRISTI Friedens- und Erinnerungsfahrt nach Frankreich

Programm:

Ostermontag, 06.04.2015

1. Tag: Münster - Amiens (ca. 539 km)

Fahrt von Münster vorbei an Venlo, Maastricht, Lüttich, Namur, Valenciennes und Chambrai) nach Amiens. Je nach Ankunftszeit: kleiner Stadtrundgang. Bezug des Hotels. Kennenlernrunde. Abendessen und Übernachtung in Amiens

Dienstag, 07.04.2015

2. Tag: Amiens – Péronne - Amiens (ca. 66 km pro Strecke)

Nach dem Frühstück: Amiens (Kathedrale und Stadtansichten) - Weiterfahrt nach Péronne (Schlachtfelder an der Marne, Kriegsmuseum), Totengedenken – Rückfahrt nach Amiens, dort Abendessen und Übernachtung

Mittwoch, 08.04.2015

3. Tag: Amiens – Lisieux – Chartres (ca. 356 km)

Nach dem Frühstück: Fahrt nach Lisieux (ca. 221 km): Wallfahrtsbasilika (evtl. gemeinsamer Gottesdienst), Elternhaus der Theresa, Carmel-Kloster - Weiterfahrt nach Chartres (ca. 135 km), Bezug der Zimmer. Abendessen und Übernachtung in Chartres

Donnerstag, 09.04.2015

4. Tag: Chartres

Nach dem Frühstück: Chartres (Kathedrale, Stacheldrahtseminar, Franz Stock-Kirche) (evtl. gemeinsamer Gottesdienst) – Abendessen und Übernachtung in Chartres

Freitag, 10.04.2015

5. Tag: Chartres – Verdun - Metz (ca. 422 km)

Morgens nach dem Frühstück Abfahrt über den Gedenkort „Mont Valérien“ (Paris) nach Verdun (Gräberfelder, Schlachtfelder, Innenstadt, Treffen mit jungen Franzosen/Französinen, großes Totengedenken) – Weiterfahrt nach Metz – Abendessen und Übernachtung in Metz.

Samstag, 11.04.2015

6. Tag: Metz - Münster

Metz (Kathedrale mit den berühmten Chagall-Fenstern) – Rückfahrt nach Münster

Leistungen:

- Fahrt im modernen Fernreisebus mit Ruhesesseln, Kühlschrank, Bordküche und WC
- 2 Übernachtungen in Amiens, 2 Übernachtungen in Chartres und 1 Übernachtung in Metz, in Hotels der landestypischen Mittelklasse jeweils in Doppelzimmern mit Bad oder Dusche/WC

- Halbpension beginnend mit dem Abendessen am ersten und endend mit dem Frühstück am letzten Tag
- 1 Freiplatz für die Gruppenleitung im Einzelzimmer
- Reisepreissicherungsschein von Emmaus-Reisen

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer: 660,00 €

Einzelzimmerzuschlag: 175,00 €

Die Reiseleitung liegt bei Ernst Dertmann, Friedensarbeiter

Bemerkungen:

Die Kalkulationsbasis für dieses Angebot beträgt 25 Personen. Bei Kalkulationsbasis von 20 Personen erhöht sich der Reisepreis auf 720,00 € pro Person im Doppelzimmer. Wir halten für Ihre Gruppe 10 Doppelzimmer und 5 Einzelzimmer.

Für diese Reise ist ein gültiger Personalausweis oder Reisepass erforderlich.

Reiseveranstalter:

PAX CHRISTI in Zusammenarbeit mit Emmaus-Reisen-Diözesanpilgerstelle Münster GmbH.

Es gelten die Reisebedingungen des Hauptprospektes, den wir Ihnen auf Wunsch gerne zuschicken.

ANMELDUNG:

Unbedingt bis zum 1. Dezember 2014 an das Büro oder Ernst Dertmann per mail: dertmann-e@versanet.de oder per handy: 0176 44552286

Frühjahr 2015

PAX CHRISTI-Kongress 2015

Krieg ächten – Gerechter Friede weiter entwickeln

50 Jahre nach Pacem in Terris – Für eine friedensethische Neuorientierung

Im Frühjahr 2015 führt die deutsche Sektion einen friedensethischen Kongress durch, der angesichts aktueller friedenspolitischer Herausforderungen die Überlegungen der Dokumente „Pacem in Terris“ und „Gerechter Friede“ weiter entwickelt.

GEDANKEN

GEDANKEN

Verweilen

Ein afrikanisches Gebet

Namji Lass mich langsamer gehen, Herr.
Entlaste das eilige Schlagen meines Herzens
durch das Stillwerden meiner Seele.
Lass meine hastigen Schritte stetiger werden
mit dem Blick auf die weite Zeit der Ewigkeit.
Gib mir inmitten der Verwirrung des Tages
die Ruhe der ewigen Berge.
Löse die Anspannung meiner Nerven und Muskeln
durch die sanfte Musik der singenden Wasser,
die in meiner Erinnerung lebendig sind.
Lass mich die Zauberkraft des Schlafens erkennen,
die mich erneuert.
Lehre mich die Kunst des freien Augenblicks.
Lass mich langsamer gehen,
um eine Blume zu sehen,
ein paar Worte mit einem Freund zu wechseln,
einen Hund zu streicheln,
ein paar Zeilen in einem Buch zu lesen.
Lass mich langsamer gehen, Herr,
und gib mir den Wunsch,
meine Wurzeln tief in den ewigen Grund zu senken,
damit ich empor wachse
zu meiner wahren Bestimmung.